

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Kernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Kernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Kampf in der Elektro-Industrie.

### An die Arbeiter Berlins und der Umgegend! Genossen!

Die Entscheidung ist gefallen! Die Einigungsverhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und denen der Allgemeinen Elektrizitäts- und Siemens- u. Halske-Werke haben sich zerschlagen.

Die Unternehmer haben es abgelehnt, Zugeständnisse zu machen. Nicht einmal im Prinzip wurde eine derartige Erklärung abgegeben. Damit ist der Kampf herausbeschworen. 40 000 Arbeiter sollen ausgesperrt bleiben, ausgesperrt ohne jede Schuld und Verbindlichkeit an dem Streik.

Das ist der Herrenstandpunkt in schroffster Form. Man fragt nicht nach den Schuldigen — sofern es überhaupt als Unrecht angesehen werden kann, wenn Arbeiter Löhne von 30 Pfennige pro Stunde auf 33 Pfennige erhöht verlangen — eine Geißel über alle wird geschwungen, um durch Beeinflussung der Masse die angeblich Widerständlichen zur Arbeit zurückzudrängen.

Arbeiter Berlins! Sollen wir das ruhig mit ansehen? Nein! So leichten Kaufes sollen die Arbeiter der Elektro-Industriellen nicht willfährig gemacht werden.

Die Unternehmer haben durch ihr schroff ablehnendes Verhalten gezeigt, daß sie den Kampf wollen, sie haben ausgesperrt, bevor die Einigungsverhandlungen begannen!

Brigen wir ihnen nun, daß hinter den Aussperrten nicht nur die Arbeiter Berlins, sondern ganz Deutschlands und darüber hinaus stehen!

Einer für alle, alle für einen! Das sei unsere Losung. Mit Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen, sofort Sammlungen zu veranstalten, um den Aussperrten hülfreich zur Seite zu stehen.

Ueber die Sammlungen wird öffentlich im „Vorwärts“ quittiert werden.

Sitzen sind zu haben im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission von 11—1 und 6—8 Uhr.

Alle Gelder werden daselbst in Empfang genommen. Postsendungen sind an Alwin Rörsten, Engel-Ufer 15, zu senden.

### Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter sind für die dem Gewerkschafts-Kartell angeschlossenen Organisationen von heute ab Sammelstellen im Bureau des Kartells, Dragonerstr. 15, Hof 1 Zr., zu haben.

Gelder, die mit der Post eingehen, sind zu adressieren an Albert Westphal, Dragonerstr. 15, Hof 1 Treppe. Alle übrigen Mitteilungen an Theodor Fischer, ebenda.

Der Ausschuh.

### Wer übt Notwehr?

„Berliner Tageblatt“ und „Berliner Börsen-Courier“ bemühen sich in holder Einnacht, den Nachweis zu liefern, daß die Elektro-Magnaten, die über 30 000 Menschen auf die Straße warfen, sich in der Notwehr befinden! Der „Börsen-Courier“ vertritt diese Ansicht als Redaktionsmeinung, das „Berliner Tageblatt“, in dessen Verlag auch noch die „Arbeiterfreundliche“, „Volk-Zeitung“ erscheint, läßt sich die Verteidigung der Rathenau-Deute aus Arbeiterkreisen schreiben. Den Raum für den Leitartikel degradieren sie zur Felstafel, auf der ein außerhalb der Redaktion stehender Interessent sein langohriges Grantier tummelt.

„Es ist merkwürdig“, jammert der Sandio Bansa der Rühnemänner, „daß das große Publikum sich so leicht jede Prozedur, die ein Unternehmer zum Schutze geordneter Betriebsführung ausführt, als brutale Gewalttat beschreiben läßt, während man nur selten mißbilligenden Kritiken begegnet, wenn die Arbeiter in brutalem Stil vorgehen und, weil ihre Wünsche nicht sofort vollinhaltlich erfüllt sind, die Tätigkeit von Tausenden ihrer Kollegen unmöglich machen.“

Wir saßen uns an die Stirn. Wer hat zuerst die 10 000 auf die Straße geworfen? Wer am Sonnabend weitere 20 000? Wer hat angekündigt, daß am 14. d. Mts. noch weitere 20 000 bis 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden? Wir glaubten immer, die Elektro-Industriellen, wir glaubten, der Rühnemänner-Verband — und jetzt erfahren wir: die Arbeiter waren es, die Arbeiter haben die Tätigkeit von Tausenden ihrer Kollegen unmöglich gemacht.

„Der vorliegende Fall ist ein klassisches Beispiel für eine solche Gewalttat“, heischt der Stribisag aus Arbeitgeberkreisen im „Tageblatt“ weiter: „Das Zugeständnis der Firma besteht, der Verbandsdelegierte selbst erklärt es für ausreichend, ein Arbeiter stellt es ohne jeden Grund als eine bloße Vorspiegelung hin, und daraufhin wird der Streik beschlossen.“

Wo hat ein Verbandsdelegierter die Zugeständnisse der Elektro-Industriellen für ausreichend erklärt? Die Verbandsfunktionäre haben den Arbeitern im Interesse des Friedens geraten, sich mit dem Zugeständnisse der Unternehmer zu begnügen; aber der Wismut über die Paschawirtschaft der Rühnemänner ist zu einer solchen Höhe gediehen, die Sprache, in der die Unternehmer ihr Ultimatum stellten, war so beleidigend, daß die Arbeiterschaft in der Ehrennotwehr handelte, als sie dies Ultimatum zurückwies!

Die Gesellschaften der Berliner Elektrizitätsindustrie erklärten am Sonnabend, den 23. September:

„Auf Anregung der Arbeiterausschüsse unserer Fabriken erklären wir uns bereit, die vor Ausbruch des Streiks von den Fabrikleitungen gemachten Zugeständnisse aufrecht zu erhalten. Wir werden den Betrieb der geschlossenen Werke am Mittwoch, den 27. September 1905 früh aufnehmen und die Arbeiter nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse wieder einstellen, vorausgesetzt, daß uns bis Montag, den 25. September, nachmittags 6 Uhr, durch die Obmänner unserer Fabrik-Ausschüsse als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft erklärt wird, daß die Streiks beendet und alle übrigen seitens der Arbeiterschaft unserer sämtlichen Werke zurzeit aufgestellten Forderungen zurückgezogen sind. Wir fügen hinzu, daß wir übereingekommen sind, jeder Beunruhigung unserer Betriebe durch Arbeitsniederlegung einzelner Abteilungen in Zukunft stets gemeinsame Maßnahmen entgegenzusetzen.“

Die Gesellschaften verlangten also gegen die geringen gemachten Zugeständnisse, daß alle seitens der Arbeiterschaft auch in den übrigen Werken und Abteilungen gemachten aufgestellten Forderungen zurückgezogen würden und erklärten, daß sie in Zukunft jede gewerkschaftliche Bewegung in ihren Werken durch gemeinsame Maßnahmen niederzupressen würden. Für das Einkommen einer fünfprozentigen Lohnzulage sollte die Arbeiterschaft ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht verkaufen!

Der Artikel im „Tageblatt“ schließt: „So ist denn der gewalttätige Kampf entbrannt, der noch weiter um sich greifen kann. Es ist kein Lohnkampf; ihn als solchen zu bezeichnen, wäre eine vollständige Verleumdung der Tatsachen. Es ist ein Kampf gegen den Grundsatz, daß an die Stelle ruhiger Verhandlungen jederzeit die Gewaltmaßregel von unten herauf gesetzt werden soll.“

Im Angesichte der Kämpfe zwischen Metallarbeitern und Rühnemännern ist es geradezu abgeschmackt, davon zu reden, daß die Arbeiter an die Stelle ruhiger Verhandlungen Gewaltmaßregeln gesetzt wissen wollen. Dühende Male ist den Herren gerade von der Arbeiterschaft der Vorschlag auf Abschluß von Tarifverträgen gemacht worden, die dazu dienen sollen, an die Stelle von Gewaltmaßregeln ruhige Verhandlungen treten zu lassen, die es ermöglichen, im Gewerbe stabile Verhältnisse zu schaffen, die Lohnrevisionen ohne immerwährenden Kleinkrieg vorzunehmen.

Gerade dagegen haben die Unternehmer sich gestraubt und die Arbeiter gezwungen, ihre Forderungen iverkstattungsweise vorzutragen und durchzusetzen.

Oder wollen die Herren glauben machen, sie hätten freiwillig und ohne diesen Kleinkrieg den Arbeitern auch nur einen Pfennig zugelegt? Das höhnende Wort des Herrn Direktor Peterls an die jammervoll entlohnten Lagerarbeiter: „Lassen Sie Ihre Frauen mitarbeiten!“ gibt Antwort auf diese Frage. Es wird den Arbeitern der Berliner Elektrizitätsindustrie noch lange in die Ohren gellen!

Der „Börsen-Courier“ arbeitet auf andere Manier. Er schmiedet wieder das Märlein von den hohen Löhnen und beruft sich dabei auf die von der Firma Siemens u. Halske veröffentlichte Lohnabelle. Wir haben bekanntlich festgestellt, daß diese Tabelle nicht die Löhne der Schraubendreher aus dem bestreikten Berner-Berl wieder gibt. Aber auch die dort angegebenen Löhne sprechen immer noch zugunsten einer Lohnforderung der Schraubendreher. Es sollen betragen die Löhne der Dreher 71,3 Pfennig, die der Schraubendreher 63,9 Pf. (in Wirklichkeit 62,5 Pf.), die der Mechaniker 65,3 Pf., die der Schloffer 67,3 Pf. und die der Werkzeugmacher 73,5 Pf. Selbst wenn man diese Phantasielöhne mit einander vergleicht, haben die Schraubendreher immer noch ein Recht auf Lohnaufbesserung, denn sie stehen hinter den Arbeitern der anderen Kategorien zurück. Wenn aber der „Börsen-Courier“ von einer Irreführung durch die in dem Aufsatz der Gewerkschaftskommission wiedergegebenen Zahlen spricht, dann kennt er entweder die Verhältnisse nicht — und dann sollte er schweigen — oder er begeht selbst eine Täuschung seiner Leser — und dann sollte er nicht andere irreführender Vorstellungen zeigen —: Die Lagerarbeiter in Ober-Schöne-weide wollen in der Tat ihre Anfangslöhne von 30 Pfennig pro Stunde auf 33 Pf. erhöhen.

Vielleicht aber ist es gestattet, an dieser Stelle auch eine kleine „Lohnliste“ von der anderen Seite einzufügen. Wir brachten neulich einen Artikel über die Gewinne der beteiligten Aktiengesellschaften. Zahlen über das, was die einzelnen Direktoren, Aufsichtsräte u. beziehen, lassen sich aus den öffentlich gegebenen Abrechnungen nicht herausziehen; sie sind absichtlich verdeckt. Der Zufall verfehlt uns jedoch in die Lage, dennoch einige interessante Ziffern mitzuteilen:

Die Direktion der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erhielt im letzten Geschäftsjahre 1903/04 eine Lantenne von rund 900 000 M.! Hier von hat der Generaldirektor Rathenau allein erhalten ca. 400 000 M.! Außerdem erhält der Herr von den Berliner Elektrizitätswerken und den übrigen Gesellschaften, in deren Aufsichtsrat er sitzt, auch noch kolossale Einnahmen. Im ganzen bezieht er jährlich knapp gerechnet zirka 750 000 M.! Bei solchen Bezügen läßt sich allerdings bequem und gemütvoll über die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ philosophieren.

Alle diese Riesensummen aber und die noch viel größeren, die in die Tasche der Gesamtheit der Aktionäre fließen, müssen die Arbeiter im Schweiße ihres Angesichts erst erarbeiten. Wenn sie sich unter diesen Umständen dagegen sträuben, daß man ihre Löhne auf einem Niveau beläßt, das nicht ausreicht, die Arbeiter an allen Errungenschaften der modernen Kultur und Technik teilnehmen zu lassen, wenn sie sich gegen diesen Raub an dem Produkte ihrer Arbeit wehren, dann begehen sie und nicht die Unternehmer, die diesen Raub verteidigen, einen Akt der Notwehr!

### Ein Musterbeispiel

dafür, auf welchen Kampf sich die Berliner, nein die deutschen Arbeiter aus Anlaß des Kampfes mit den Rühnemännern vorzubereiten haben, bietet die Massenaußsperung in der schwedischen Metallindustrie. Diese dauert nun schon vier Monate. Als Anfang Juni die Arbeitgeber sich dazu verließen, 17 000 Arbeiter auf die Straße zu werfen, da erklärte ihnen ihr Hauptversorger Direktor Bernström, innerhalb 6 Wochen würden sie die Sieger sein; in dieser Zeit wären die Massen der Arbeiterorganisation erschöpft, die Arbeiter würden um Arbeit betteln kommen. Als die Hoffnung schlagartig, wurden die Unternehmer auf die 10. Woche vertröstet. Man rechnete: 150 000 Kr. wöchentlich kostete es, um die Aussperrten vor dem Verhungern zu bewahren, macht in 10 Wochen 1½ Millionen; mehr kann die Arbeiterschaft unmöglich leisten. Aber man konnte offenbar nicht das seit Jahren vorzüglich wirkende System der obligatorischen außerordentlichen Streikbeiträge in der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften und man unterschätzte die Opferwilligkeit der gesamten Arbeiterschaft Skandinaviens. Und die Arbeitgeber mühten sich noch mehr zu vergrößern, und nun war es der 1. Oktober, der große Mietzahlungstag, der den Arbeitern das Genick brechen sollte. Aber auch die Hoffnung schlug fehl. Hunderttausende wurden aufgebracht, und schon am Tage vor dem Ersten war alles klar: jeder Aussperrte war in den Stand gesetzt, seinen Hauswirt zu befriedigen. Nach wie vor stehen die Arbeiter einig da und denken nicht daran, sich den Herrschaftsgelüsten der Unternehmer zu unterwerfen. Während der ganzen Dauer des Kampfes sind kaum zehn Mann abtrünnig geworden. Wohl haben einzelne Fabriken anderweitig eine kleine Anzahl Streikbrecher gefunden und der „Gelbe Joseph“, der Vorherrscher von Svenska arbetareförbundet, der übrigens auch bei der Reichstagswahl in Stockholm kandidierte, aber durchfiel, hat sich redliche Mühe gegeben, den üblichen Auf seiner Organisation als Streikbrecher-Verband zu wahren. Aber auch das hat den Unternehmern wenig genützt. Einzelne Fabriken können notdürftig arbeiten, aber alle übrigen liegen ganz oder fast ganz still. In der ganzen Landschaft Schonen gibt es überhaupt keine Streikbrecher; ist es auch gar nicht möglich, welche aufzutreiben, und die vielen großen Betriebe, die dem schlimmen Rat und Befehlen der „Verfälschervereinigungen“ folgen, sind tatsächlich zum Tode verurteilt, wenn nicht bald die Vernunft und Einsicht bei den Unternehmern siegt. Lange kann das nicht mehr währen.

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich von der schwedischen nicht beschämen lassen und den Rühnemännern eine Schlappe liefern, die ihrer Macht sicherlich einen bösen Stoß versetzen wird. — Noch können die beteiligten Organisationen ihre Aussperrten auf Wochen unterstützen, aber es gilt, sich auf einen langen Kampf vorzubereiten. Darum sammelt schon jetzt Funktion!

Der Kampf gegen die Rühnemänner muß in der deutschen Arbeiterschaft eine Opferfreudigkeit hervorrufen, die ibrigleichen noch nicht gesehen hat!

### Herr v. Schulz über die Aussperrung.

Die Korrespondenz, welche die angeblichen Neußerungen des Herrn Magistratsrats v. Schulz in einem Interview verbreitete, versendet nun gegenüber seiner Erklärung eine Notiz:

### In eigener Sache.

Herr Magistratsrat v. Schulz hat in einer Erklärung an Heftige Zeitungen die Wichtigkeit seiner mit einem unserer Mitarbeiter gehaltenen Unterredung über den Elektrostreik, die wir vorgestern veröffentlichten, in Worte gestellt. Dem gegenüber halten wir die von und gegebene Darstellung über die Unterredung des Herrn Magistratsrats v. Schulz mit unserem Berichterstatter vollinhaltlich aufrecht und bemerken, daß die von unserem Berichterstatter wiedergegebenen, von Herrn v. Schulz schriftlichen Rede-wendungen sofort bei der Unterredung kenographisch

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.



festgelegt worden sind und das Stenogramm und im Original vorliegt.

Dem gegenüber hält Herr v. Schulz seine Erklärung vollinhaltlich aufrecht und wir müssen gesehen, daß uns dies Element eines unparteiisch der gesamten Sachlage gegenüberstehenden Mannes, der im öffentlichen Leben einen Ruf erworben hat, doch beweiskräftiger erscheint, als die „selbstentwerfenden Aufzeichnungen“ eines Berichterstatters, dessen Arbeit während der ganzen Dauer dieser Bewegung darin bestand, die Sache der Arbeiterschaft herabzusetzen, die der Unternehmer als rein und zweifellos ohne hinzustellen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Oktober.

### Der Redefangler.

Der Redefang des Fürsten Bülows überschwebt die europäische Presse. Zu den gestern besprochenen Darlegungen, die für den „Zeit Parisien“ gemacht wurden, erscheint nun nochmals sehr ausführliches Bülows-Gespräch im „Temps“. Der Reichsfangler hat seine neue Aera deutsch-französischer Liebeswürdigkeiten sofort stürmisch eröffnet, indem er die Fülle seiner Beredsamkeit über die Schar der Pariser Zeitungsvertreter ausgoß. Die neu gefestigte Franzosenfreundschaft regt sich also unbändig in ihm, daß er der französischen Presse unmittelbar und reichliche Auskünfte erteilt, wie sie die deutsche Presse noch niemals empfing, wie sie sonst der Leiter der auswärtigen Politik nur vor dem Parlament seines Landes über die wichtigsten Lebensfragen der auswärtigen Politik zu geben pflegt.

Auch dem Mitarbeiter des „Temps“ hat Fürst Bülows zunächst über die Marokkoangelegenheit ungefähr dasselbe erzählt, womit der Berichterstatter des „Zeit Parisien“ erleuchtet wurde. Dann plauderte er über die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und schließlich über die allgemeine Stellung Deutschlands in der auswärtigen Politik, über das Verhältnis zu England und Rußland, über die europäischen Bündnisysteme. Der „Temps“ übermittelt die Anschauungen des Kanzlers über diese Fragen wie folgt:

„Auf die Aeußerung des Intervallwech, in Frankreich herrsche die Besorgnis, daß Deutschland entgegen der Bismarckschen Tradition nimmere die koloniale Ausdehnung Frankreichs behindere, daß man in Berlin Frankreich in eine antienglische Politik hineinzuziehen und dazu vermittelst einer deutsch-russischen Annäherung zwingen wolle, erwiderte der Reichsfangler: Alle diese Bemerkungen sind unbegründet. Ja, es ist wahr, daß Fürst Bismarck häufig die Berechtigung der französischen Kolonialpolitik anerkannt hat, und ich selbst habe eines Tages im Reichstage erklärt, daß es weder in Afrika noch in Asien einen Punkt gebe, wo unsere Interessen aufeinanderstoßen, aber diese Kolonialpolitik darf nicht wie in der Marokkoangelegenheit die Gelegenheit zu einem üblen Vorgehen gegen Deutschland bilden. Vorausgesetzt, daß die französische Kolonialpolitik unsere wachsenden Handelsinteressen und unsere Würde, die wir noch höher stellen, respektiert, werden wir Frankreich nicht bloß nicht behindern, sondern nötigenfalls in Marokko und anderwärts unterstützen. Was den zweiten Grund des Mißtrauens anlangt, so weiß ich, daß es Leute gibt, die einen Krieg zwischen England und Deutschland als etwas Notwendiges prophezeien. Ich sage, daß es eine Albernheit ist, diesen Krieg als unvermeidlich anzulandigen. Deutschland und England würden einander zu viel Unheil antun. Sie werden diesen Versuch nicht machen. Und wenn ich auch die Festigkeit der Zeitungspotentien und die Nervosität des Publikums nicht verkenne, so behaupte ich doch, daß die Regierungen in London wie in Berlin sich zu sehr ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind, als daß sie sich durch derartige Festigkeit beeinflussen ließen. Frankreich kann da übrigens eine nützliche Rolle spielen, indem es die Gemüter beruhigt anstatt anzufachen. Die internationale Solidarität ist zu tiefgreifend, als daß man sich schmeicheln könnte, der torius gaudens (der lachende Dritte) zu sein. Wenn zwischen England und Deutschland Voreingenommenheiten vorhanden sind, so werden diese früher oder später schwinden. Frankreich kann mithelfen, sie zu zerstreuen. Sein Beispiel zeigt, daß es immer möglich ist, sich mit England zu veröhnen. Was Rußland anlangt, so stehen wir zu Ihrem Verbündeten in den denkbar besten Beziehungen. Das ist eine natürliche traditionelle Situation. Warum sollten Sie daran Anstoß nehmen? Haben wir jemals am französisch-russischen Bündnis Anstoß genommen? Hatte dieses Bündnis uns gegenüber jemals den aggressiven Charakter, den man, ich weiß nicht warum, gewissen Annäherungen zugeschrieben hat, die, ohne den Wert eines Bündnisses zu besitzen, viel beunruhigender lauten? Ein doppeltes System von Allianzen, die beide friedlich sind, sichert das Gleichgewicht Europas. Diesen Allianzen könnten und sollten sich Freundschaften beigesellen. Sie stehen mit Italien gut; nichts kann besser sein. Wir stehen mit Rußland gut. Vortrefflich! Man darf nur der französisch-italienischen Annäherung keinen antideutschen und der deutsch-russischen Annäherung keinen antifranzösischen Charakter beilegen. Ich habe offen zu Ihnen gesprochen, denn die Offenheit ist die beste Politik. Es kann auf beiden Seiten unangenehme Augenblicke gegeben haben, aber ein anhaltender Konflikt ist vermieden und der Friede aufrecht geblieben. Das ist die Hauptsache. Ich wünsche, daß diese Verständigung der Spannung das Vorspiel zu einem gegenseitigen Vertrauen bilden möge. Die deutsche öffentliche Meinung würde sich gern diesem Gefühl hingeben, sobald sie die Sicherheit hat, daß in Paris niemand mehr daran denkt, uns zu isolieren, was unter Kulturvölkern wie unter Zivilisierten immer als ein übles Vorgehen gelten wird.“

Wenn langwollige Reden und überschwängliche Eigenbelobigungen gute auswärtige Politik bedeuten würde, dann allerdings wäre Herr v. Bülows ein Meister der Staatskunst.

Wie liegen nun alle Gesilde der auswärtigen Politik in sonniger Luft ausgebreitet. Jenes düstere Gewöl, das jüngst noch sich gewaltig zusammenzog, wie ist es zerstorben vor den tiefsten Strahlen Bülowscher Heiterkeit und Milde. Vor kurzem noch schien die internationale Situation aufs äußerste gespannt, es raffelte der Säbel und die Marine wurde in Bereitschaft gestellt, doch schnell ist alle dräuende Gefahr beseitigt, Friedenswünsche und Freundschaftsbeteuerungen fliegen von Land zu Land. Alle Bemerkungen sind unbegründet, verländet Deutschlands Kanzler, die deutschen und die französischen Interessen stehen nirgends gegen einander, Deutschland werde Frankreich in nichts behindern, ja in Marokko und anderwärts unterstützen; aber die Voreingenommenheiten zwischen Deutschland und England, wie leicht können sie verschwinden; und die großen Allianzen endlich, sie können nur dem Frieden, sie sichern das Gleichgewicht Europas. Die Nationen hatten sich eine kurze Frist beunruhigt, doch nun ist alles wieder firtrefflich bestellt, dank der eben so besonnenen wie freimütigen, ebenso friedlichen wie energiebollen, dank der genialen Politik des Herrn v. Bülows!

Nur einige widrige Umstände hatten die nun überwundene trübe Zeit herbeigeführt und könnten auch fernerhin das Friedenswerk der Diplomatie stören, wenn sie nicht überwunden werden. Die Momente der Friedensstörung, gegen welche des Kanzlers auswärtige Staatskunst ringen mußte — das sind die bösen Hintergedanken der früheren französischen Regierungspolitik, das sind die festigen Zeitungspotentien und die Nervosität des Publikums bei uns in Deutschland und jenseits des Kanals. Doch gottlob, Herr Bülows ist all der bösen Feinde des Weltfriedens Herr geworden. Er ver-

kündet es der deutschen Nation, daß er reichlich verdient, in den erhabenen Rang der Fürsichtigkeit emporzuheben.

Das Drama mit Donner und Witz ist zur Idylle verwandelt. Aus dem Marokkospetalel, der die Welt erregte, schuf Bülows die „tiefgreifende internationale Solidarität“!

Wer die großen Probleme der internationalen Völkerverhältnisse im Geiste fortschreitender Menschheitskultur beurteilt und zu fördern sich müht, vermag nur mit äußerstem Widerwillen dieses Maskenspiel modischen Staatsmannstums zu ertragen. Bald erscheint die Kulisse der Kriegsgeschichte, bald die Kulisse des heiteren Himmels, und stets ist an allem Uebel der andere der Schuldige und zu allem guten Ausgang führt Bülows Kunst. Man darf natürlich den Diplomaten nicht zumuten, die Vorgänge der auswärtigen Politik in ihrem Zusammenhang zu erkennen, den tieferen Ursachen der nationalen Gegensätze nachzuspüren und daher die Möglichkeiten der Lösung zu suchen. Unleidlich aber erscheint jene Oberflächlichkeit, die mit den ernstesten Fragen Spott treibt und jene Diplomatie der Täuschungen, welche die verderblichen Irrungen der deutschen Welt-politik und Seerüstungspolitik hinter schönrednerischem Schwag von der Verbosität des Publikums zu verdecken glaubt, welche von internationaler Friedfertigkeit und Solidarität der Nationen gault, während sie die deutsche Politik und die nationale Wehrkraft Deutschlands an den Erbfeind der Kultur, an den russischen Jazismus verschachtet! —

### Die sozialdemokratische Reichsnot-Interpellation in der bayrischen Abgeordnetenkammer.

München, 5. Oktober 1905. (Fig. Ber.)

Die sozialdemokratische Fraktion der Abgeordnetenkammer interpellierte heute die Regierung, ob sie zur Abwehr des durch die hohen Fleischpreise hervorgerufenen Notstandes etwas tun wolle. Abgeordneter Segitz ging mit großer Schärfe gegen die bisherige Haltung der Regierung vor. Wenn den Arbeitern für das Steigen der verschiedenen Lebensmittelpreise ein Ausgleich gegeben werden solle, müsse man ihnen mindestens 35 Prozent Lohnerhöhung gewähren. Wie man aber dem Verlangen nach Lohnerhöhungen begegne, zeige zuerst die Aenderung in Berlin. Wenn ein Minister gesagt habe, daß sich die Löhne der Arbeiter um 100 Prozent erhöht hätten, so beweise das, wie sehr unsere Minister dem Volksleben und besonders den Arbeiterverhältnissen entfremdet seien. Der preussische Landwirtschaftsminister habe zu dem Vorschlage des „Vorwärts“, die Stadt Berlin möge 100 000 Schweine mästen, um dem Notstand in Berlin abzuhelfen, geäußert, er hätte gar nichts dagegen. Wenn die Gemeinde Berlin dies nicht tun wolle, so könne dies der sozialdemokratische Parteivorstand tun. Er würde dem Herrn Segitz die Ferkel dazu liefern. Segitz fuhr dann fort: Ich halte es geradezu für eine historische Pflicht, festzustellen, wie die deutsche Minister über die Kollage des Volkes spotten, wie sie mit dem Volke Schindluder spielen. Nebenbei gesagt, wenn der sozialdemokratische Parteivorstand Schweinegäut treiben würde, würde er von der Firma Sobbiel die Ferkel nicht beziehen. Der Geschäftsführer dieser Firma ist schon wegen Währungsverfälschung bestraft worden, so daß er hinreichend verächtlich erscheint, auch schlechtes Vieh zu liefern, und ein ehrlicher Geschäftsmann wird mit einer so anrüchigen Firma keine Geschäfte machen. (Weiß laut.) Der Minister beantwortete die Interpellation und gab, wie nicht anders zu erwarten war, die Erklärung ab, daß mit Rücksicht auf die angelegte Seuchengefahr an eine Öffnung der Grenzen nicht zu denken sei. Seine Ausführungen wurden nicht nur von der Agrariermehrheit, sondern auch von den Liberalen mit großem Beifall aufgenommen. Morgen Freitag ist die Besprechung der Interpellation. —

Zum Fall Nieuwenhuis wird sogar der „Köln. Jtg.“ aus Amsterdam geschrieben: „Es kann nicht geleugnet werden, daß das Rechtsgefühl der hiesigen öffentlichen Meinung heftig erschüttert worden ist und daß selbst in Kreisen, die sicher keine Sympathie für Domela haben, jetzt ganz offen Partei für ihn ergriffen wird. Wenn es wahr ist, daß ihm erst am ersten Tage nach seiner Verhaftung der Grund seiner Festnahme mitgeteilt worden sei, dann läge eine Verletzung des nicht nur jedem preussischen Staatsbürger, sondern auch dem Ausländer verbürgten Rechts vor, innerhalb 24 Stunden dem Richter vorgeführt zu werden. Noch unerklärlicher ist die abermalige Verhaftung, nachdem ihm eröffnet worden war, daß die auf die Liebertreibung des Ausweisungsbefehls gelebte Strafe durch seine Untersuchungshaft als verbüßt zu betrachten sei; es hieß hier, von Berlin aus hätte man bei der niederländischen Regierung zuerst anfragen müssen, ob sie gegen die Zulassung von Domela Nieuwenhuis auf niederländisches Gebiet nichts einzuwenden hätte, und erst als von Haag aus eine befriedigende Antwort eingelaufen sei, habe man in seine endgültige Entlassung gewilligt. Dies ist aber kaum anzunehmen, da die preussischen Behörden doch sicher wußten, daß die niederländische Regierung gar nicht in der Lage gewesen wäre, ihm, der doch niederländischer Staatsbürger ist, den Eintritt in ihr Gebiet zu verweigern, da das niederländische Strafgesetz eine Landesverweisung ihrer eigenen Untertanen gar nicht kennt. Dazu kommt aber noch, daß der Brief, den er nach seiner zweiten Verhaftung an seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Schrammen, vom Gefängnis aus geschrieben hatte, gar nicht befördert worden ist, sondern ihm bei seiner Entlassung wieder zurückgegeben wurde. Ganz offen wird hier gesagt, daß, wenn Domela Nieuwenhuis ein englischer, französischer oder amerikanischer Bürger gewesen wäre, seine Behandlung auch eine ganz andere gewesen sein würde, eine Meinung, die natürlich in der Luft steht, da die preussische Polizei mit einem den genannten Nationalitäten angehörenden Anarchisten weiselsöhne ganz genau ebenso verfahren wäre. Zu bedauern ist nur, daß Domela Nieuwenhuis jetzt mit einer Art Märtyrerkrone umgeben scheint, und noch mehr zu bedauern ist, daß dieser Zwischenfall entschieden dazu beiträgt, das durch weitere von der Polizei in der letzten Zeit verübte Ausweisungen ohnehin schon gereizte niederländische Nationalgefühl noch mehr zu erhitzen. Das letztere Umstand im Augenblick eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, davon kann sich jeder hier wohnende Deutsche, wenn er will, leicht überzeugen.“

Redaktions bemerkt die „Köln. Jtg.“, daß Nieuwenhuis zwar von Rechts wegen als vogelfrei behandelt sei — in der Tat sind ja die Rechtsgarantien der Strafprozessordnung, die auch dem Fremden gewährleistet sind, insofern wertlos, als die Polizei die Justiz nach Belieben ausschalten kann —, daß die Langsamkeit des Verfahrens aber doch peinlich berühre. —

Der Abgeordnete Dr. Stossmann hat infolge seiner Ernennung zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen nunmehr seine Mandate zum Reichstage wie zum Abgeordnetenhaus niedergelegt. Er wird in seinen Wahlkreisen (Reichstags-Wahlkreis Schleswig-Holstein 9 und Landtags-Wahlkreis Segeberg) nicht wieder kandidieren.

Bei der Reichstagswahl am 16. Juni 1903 erhielt der freisinnige Dr. Stossmann im 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Pflon-Segeberg) 9188 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat 4509, der nationalliberale 2597, der freisinnige 418 Stimmen. —

Hannover, 4. Oktober. (Fig. Ber.) Die Hausmann-Hohnroth-Affäre bei der Reichstags-Wahlwahl im Wahlkreis Hameln-Springe im Juni dieses Jahres war am Montag in Lauenstein Gegenstand einer Verhandlung vor dem dortigen Schöffengericht. Die Sache erregte seinerzeit großes Aufsehen und wurde in der ganzen Presse lebhaft erörtert. Der nationalliberale Kandidat Hausmann sollte den weltlichen Vertrauensmann Hohnroth aus Coppelbrügge durch 60 W. zu bestimmen versucht haben, daß dieser bei seinen weltlichen Parteigenossen dahin wirke, bei der Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten für Hausmann einzutreten. Dieser stellte, nachdem der „Courier“ die ganze Sache zunächst überhaupt bestritten hatte, schließlich diese so dar, daß er den Hohnroth nicht, wie es in einem Teil der Presse dargestellt

werde, etwa habe kaufen oder bekehren wollen, sondern daß er ihn auf sein eigenes Anerbieten zur Berichtigung der sog. niederen Wahldienste, wie Verteilung von Aufzusen, Stimmzetteln usw. engagiert habe. Diese Darstellung bestritt nun wieder Hohnroth und es kam zu gegenseitigen Erklärungen, in denen einer vom 19. Juni im „Hannoverschen Courier“ Hausmann den Hohnroth durch Anführung bestimmter Tatsachen als moralisch defekt und durchaus ungläubwürdig charakterisierte. Hohnroth lagte wegen Beleidigung und hatte sich deshalb Hausmann jetzt vor dem Schöffengericht in Lauenstein zu verantworten. Ein von dem Vertreter des Hohnroth, Rechtsanwalt Leon-Hannover, angebotener Vergleich scheiterte, da Hausmann wohl die Erklärung abgeben wollte, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Hohnroth zu beleidigen, nicht aber die Erklärung, daß er die in dem inkriminierten Artikel enthaltenen Behauptungen als unrichtig zurücknehme. Andererseits forderte Hohnroth gerichtliche Klarstellung der gegen ihn erhobenen Angriffe, um deren Unrichtigkeit darzutun. Ihm war Unwahrheit als besondere Charaktereigenschaft, Untreue als kaffierter der Arankenasse, Vernachlässigung der Unterhaltungs-pflicht seiner Familie, zerrüttete Vermögensverhältnisse zc. vorgeworfen. Zu einer Erörterung der ganzen Sache kam es überhaupt nicht, da das Gericht lediglich die Frage prüfte, ob Hausmann in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe. Das Gericht entschied in diesem Sinne. Hausmann sei berechtigt gewesen, den Hohnroth als ungläubwürdig zu schildern, um dessen Angriffe gegen seine eigene Darstellung der in Frage kommenden Angelegenheit abzuwehren; und er konnte das nur durch Anführung bestimmter Tatsachen. Auf Grund des § 193 des Strafgesetzbuches, da er auch in der Form nicht über das zulässige Maß hinausgegangen sei, wurde deshalb Hausmann freigesprochen. Während zumeist die Gerichte mit der Anerkennung berechtigter Interessen als Strafausschließungsgrund äußerst zurückhaltend sind, ist hier der § 193 in ganz unmöglicher Auslegung angewendet worden. — Die Sache wird zweifellos noch die Strafkammer beschäftigen, da die Hauptfrage der ganzen vielunstrittenen Geschichte durch diese Verhandlung unerledigt und ungeklärt blieb. —

### Ein sozialpolitischer Fortschritt in Württemberg.

Stuttgart, 4. Oktober. (Fig. Ber.) Die württembergische Eisenbahn-Verwaltung macht amtlich bekannt, daß seit dem 2. Oktober in den Betriebswerkstätten der Staatseisenbahnen die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr wird die Arbeitszeit sieben Stunden betragen. Die Verkürzung wird durch Früherlegung der Feierabendstunde herbeigeführt werden. Die Regelung der weiteren Einzelheiten soll erfolgen, wenn die Arbeiterauskünfte sich darüber geäußert haben.

Dieser sozialpolitische Fortschritt ist sehr zu begrüßen und im wesentlichen der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten zu verdanken. Im Jahre 1904 hatten sie den Antrag auf Einführung des Reinstundentages gestellt, waren aber von der Regierung mit dem Entschiede abgelehnt worden, daß die Frage noch nicht spruchreif sei und Württemberg nicht allein in solcher Angelegenheit vorgehen könne, ohne sich im Einverständnis mit anderen deutschen Bundesstaaten zu befinden. Die sozialdemokratischen Vertreter luden die Sache aber nicht ruhen und Genosse Taucher kam bei der letzten Staatsberatung in wirkungsvollen Ausführungen darauf zurück, ohne jedoch mehr als eine sehr zurückhaltende Antwort der Regierung zu erhalten. Nun erscheint, verhältnismäßig unerwartet, die amtliche Verfügung mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß eine gleichartige Anordnung am 2. Oktober auch für Bayern und voraussichtlich auch für Baden in Kraft getreten sei. Es ist klar, daß dieses Vorgehen der staatlichen Eisenbahnverwaltungen auf das Verhalten der Betriebsleitungen aller sonstigen Staats- und städtischen Betriebe in den genannten drei Bundesstaaten nicht ohne Einfluß sein und daß von einer ausgedehnteren Einführung des Reinstundentages demnächst zu berichten sein wird. Offenlich ist auch die Privatindustrie nicht abgeneigt, dem ihr von den Staatsbetrieben benutzten Beispiel zu folgen. — In Bayern ist, wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, die entsprechende Bekanntmachung schon am 19. September erfolgt. (D. N.) —

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Aus München wird uns berichtet: Am 18. März ds. J. unterstellte sich im Gasthause zu Puzental mehrere Gäste über die Person des deutschen Kaisers. Der 23jährige Fabrikarbeiter Johann Ebbauer von Kolbermoor nahm ebenfalls an der Unterhaltung teil und soll im Laufe des Gesprächs den Kaiser schwer beleidigt haben. Sechs Wochen waren verfloßen und kein Mensch hätte mehr an den Vorfall gedacht, wenn Ebbauer sich nicht mit dem Diensthut Josef Endreß in Zuzental überworfen und ihn nicht einen „gescherten Tropfen“ genannt hätte. Nun erst entdeckte dieser Endreß die vorgezeichnete Enttäuschung über die vor sechs Wochen gesandene angebliche Beleidigung des deutschen Kaisers und erhielt bei einem Genbrat die Anzeige. Vor dem Landgericht München II bestritt Ebbauer die ihm zur Last gelegte Aeußerung, er sei damals hochgradig betrunken gewesen, wenn er sie wirklich gebraucht habe, so könne er sich daran nicht mehr erinnern. Trotzdem die Trunkenheit des Angeklagten vom Wirt bestätigt wurde, erhielt Ebbauer dennoch wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis. —

### Wie deutsche Seeleute behandelt werden.

Vor dem Seematt zu Hamburg sollten gestern die Ursachen des Todes eines Matrosen von dem zur Hamburg-Amerika-Linie gehörenden Schnelldampfer „Deutschland“ festgestellt werden. Als der Dceantrieb sich im August dieses Jahres auf der Reise von Hamburg nach New York befand, sah ein Passagier, wie der noch nicht 18 Jahre alte Matrose Janßen aus Oldenburg über Bord sprang. Der Mann konnte nicht gerettet werden. Unter den Passagieren entstanden Gerüchte, daß J. kurz vorher schwer mißhandelt und deshalb über Bord gesprungen sei. Da ferner an Bord nicht weniger als 27 Desertionen passiert waren, leitete das Seematt eine Untersuchung ein. Wie behundet wurde, soll der Matrose B. den Bootsmann Schmidt gereizt haben, weshalb dieser ihn geschlagen habe. Der erste Offizier Selmar erklärte, der Bootsmann sei ein scharfer Vorgesetzter und ein leicht erregbarer Mensch. Der Matrose Dreves sagte aus, daß der Bootsmann Schmidt schon zwei Tage vor dem Vorfall wegen eines nicht verstandenen Befehls dem Janßen Schläge versetzt habe, was von anderen Zeugen bestätigt, aber von dem Bootsmann in Abrede gestellt wurde. Der Altmann Bitt hat bemerkt, daß der Bootsmann kurz vor dem Selbstmord den J. in einem Borderraum des Schiffes zu Boden gedrückt und mit Häften bearbeitet. Der Quartiermeister war Zeuge dieses Vorganges und brachte denselben nach Begehung des Selbstmordes zur Anzeige. Diesen Befundungen gegenüber erklärt der Bootsmann, dem J. nur einen Schlag ins Gesicht gegeben und ihn einmal geschüttelt zu haben. Der Reichskommissar, Vizeadmiral z. D. Freiherr v. Bodenhausen, beschönigt die Brutaltäten des Bootsmannes, indem er meint, zweifellos habe der Verstorbenen durch sein Benehmen den Bootsmann schwer gereizt, und es erscheine verständlich, daß er ihn schüttelte und schlug, wenn dies auch selbstverständlich durchaus unstatthaft sei. Es sei nicht aufgeklärt, ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliege, sei aber das letztere der Fall, so sei dem Bootsmann kein Verschulden beizumessen, denn die Mißhandlung sei nicht als Ursache des Selbstmordes anzusehen. Das Seematt ist derselben Ansicht; der Spruch lautet in seinem entscheidenden Teile: „Ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliegt, hat nicht festgestellt werden können. Der Mann hat den Bootsmann Schmidt durch lärmendes und renitentes Wesen so gereizt, daß dieser ihn geschlagen hat. Daß diese Mißhandlung den Mann aber zum Selbstmord getrieben haben sollte, ist nicht anzunehmen.“ Diese Annahme ist für den schlagenden Bootsmann sehr günstig. Das Seematt ist weiter der Meinung, daß die Massendefektionen nicht wegen schlechter Behandlung erfolgt seien. —



**Wegen Soldatenmishandlungen in 49 Fällen und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in 24 Fällen** wurde der Unteroffizier Boh, 3. Komp. Garde-Fuß-Art.-Reg. in Spandau, von dem dortigen Kriegsgericht am 28. September d. J. zu 6 Wochen Mittelarrest verurteilt. Wie wir vor etwa 6 Wochen mitteilen konnten, war Boh in einem anonymen Briefe bei seinem Kompagniechef, dem Hauptmann Maschke, arg verlästet worden. Die damals eingeleitete Untersuchung hat die in jenem Briefe gegen Boh erhobenen Beschuldigungen reichlich bestätigt. Der militärische Ankläger, Kriegsgerichtsrat Görz, hatte für jeden Fall von Soldatenmishandlung 5 Tage, für jeden Fall vorschriftswidriger Behandlung Untergebener 3 Tage Mittelarrest beantragt. Der Verteidiger des Boh forderte vom Hauptmann Maschke und den Unteroffizieren der 3. Kompagnie, die sämtlich geladen waren, ein Zeugnis über Boh. Dem Anstahnde, daß dieses Zeugnis glänzend ausfiel, hat Boh seine milde Strafe zu verdanken. Das Garde-Fuß-Art.-Reg. hat aber eine weitere Kapitulation mit Boh, dessen Dienstverpflichtung am 1. Oktober erloschen war, abgelehnt.

#### Angedachte Schlappe in Südwestafrika.

In Kapstadt wird, den „Central News“ zufolge, eine amtliche Meldung veröffentlicht, eine Hottentotten-Abteilung unter Kora und Morris habe am oder um den 30. September zehn nach Warmbad unterwegs befindliche Transportwagen weggenommen, wobei zwei Kapuren des Transportgesellschaftes getötet worden seien. Ferner seien auf verschiedenen Signalstationen zusammen 15 deutsche Soldaten getötet worden.

#### Verlustliste.

Berlin, 5. Oktober. Telegramme aus Windhuk melden: Am 20. September d. J. im Gefecht bei Kubers schwer verwundet: Unteroffizier Karl Dschewski, geboren am 20. 2. 70 zu Krohau, Schuh rechter Fuß, Gefreiter Wilhelm Reinsch, geboren am 25. 7. 80 zu Friedemühl, Bauerschuh, Leicht verwundet: Bizefeldwebel Richard Thiel, geboren 14. 4. 75 zu Görlitz, Schuh rechter Fuß, Unteroffizier Richard Reimann, geboren 4. 11. 82 zu Al.-Rimmersdorf, Streifschuh rechter Fuß, Unteroffizier Wilhelm Schulz, geboren 2. 9. 78 zu Burg (Spreewald), Fleischschuh linke Schulter, Gefreiter Karl Wilhelm, geboren 26. 10. 82 zu Springstille, Fleischschuh linken Oberarm, Gefreiter Otto Schulz, geboren 6. 6. 82 zu Spandau, Schuh rechte Ferse, Reiter Karl Hoffmann, geboren 12. 11. 81 zu Elbing, Streifschuh linkes Ohr, Reiter Friedrich Straffenberger, geboren 6. 3. 84 zu Stallupönen, Streifschuh rechten Oberarm, Reiter Anton Kaminski, geboren 11. 6. 88 zu Wierzhucin, Schuh linken Oberarm, Reiter Karl Bellenz, geboren am 30. 8. 83 zu Trier, Beschoßpflücker rechten Oberarm, Reiter Theodor Wloda, geboren am 11. 11. 82 zu Spandau, Fleischschuh Brust und rechten Arm.

Am 2. Oktober d. J. gestorben: Reiter Otto Behme, geboren 9. 8. 83 zu Weimar (Oldenburg), im Feldlazarett Waltahe an Lungenerkrankung, Reiter Emil Sieger, geboren am 18. 9. 83 zu Arbon (Schweiz), im Lazarett Karibib an Ruhr.

#### Husland.

#### Frankreich.

#### Der Kampf der sozialistischen Postbediensteten.

Paris, 2. Oktober. (Eig. Ver.) Die sozialistischen Postbediensteten bleiben standhaft und geben das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung nicht preis. Am Sonntag veranstalteten sie eine mächtige Kundgebung. Zur selben Stunde, als in der Sorbonne der Unterstaatssekretär Gérard, der Chef der Post- und Telegraphenvereine, bei einem Fest des von der gewerkschaftsfreundlichen Minorität verlassenen Klumpkongresses präsidierte, hielten sie eine Versammlung ab, die von mehr als 4500 Bediensteten, darunter einer Anzahl Delegierten der Provinz besucht war. Aus allen Teilen des Landes waren Zustimmungstelegramme eingetroffen. Zum Beginn der Versammlung wurde mit Affirmation eine Resolution angenommen, in der die Postbediensteten in der Geburtsstunde ihrer Gewerkschaft dem Weltproletariat ihren Gruß entbieten. Hierauf wurden die Statuten der Gewerkschaft angenommen. Der Sitz der Gewerkschaft soll die Pariser Arbeitsbörse sein. Genosse Grouffier begrüßte die neue Kampforganisation im Namen der sozialistischen Partei. Unter Hochrufen auf die Gewerkschaft und die Vereinerung der Arbeiterklasse und mit dem Gesang der Internationalen wurde die Versammlung geschlossen.

Daß der jungen Gewerkschaft auch Kämpfe bevorstehen, geht aus der Rede hervor, die Herr Gérard beim Fest der alten Assoziation gehalten hat. Nachdem er Reformen zugunsten der Bediensteten in Aussicht gestellt hatte, erklärte er, es könne nicht geduldet werden, daß die Berufsvereinigungen der Bediensteten in politische Vereine verwandelt würden. „Wenn diese Vereinigungen verschwinden sollten, geschähe das durch ihre eigene Schuld, weil sie sich vom Wege der Weisheit und Vernunft entfernt hätten. Die Bediensteten dürften nicht die Pflicht der Disziplin verletzen und ärmliche Manifestationen veranstalten.“ Das bedeutet also, daß der Chef des Postwesens die unangenehmen Vereinigungen verbieten will. Die Bediensteten haben indes schon gezeigt, daß sie sich durch Drohungen nicht einschüchtern lassen. Die Pariser Angestellten namentlich treten geschlossen für die Gewerkschaft ein. Ihre sonntägliche Protest- und Kampfsammlung war ein ebenförmiger Triumph, wie das Fest der gewerkschaftsfeindlichen Arbeiterknaben und Angstreier trotz des offiziellen Klimms ein Fiasko war.

#### Italien.

#### Der Kongress der italienischen Volksschullehrer.

Die Berichte über die Erdbebenkatastrophe in Calabrien hat die italienische Tagespresse davon abgehalten, die Verhandlungen des fünften Kongresses des Verbandes der italienischen Volksschullehrer zu verfolgen, der am 11. und 12. September in Cagliari in Sardinien getagt hat.

Wir entnehmen dem Organ des Lehrerverbandes, den „diritto della scuola“ die nachfolgenden Angaben über den Kongress und den Verband der Lehrer, der zu den bedeutendsten Berufsverbänden Italiens gehört.

Von 51 100 antwortenden Volksschullehrern und -Lehrerinnen sind zurzeit 32 781 im Verband organisiert, in 513 Sektionen in allen 60 Provinzen Italiens. Der Prozentatz der Organisierten auf die Zahl der angestellten Lehrer ist in den verschiedenen Regionen sehr verschieden. In der Spitze markiert die Emilia, in der 95 Proz. organisiert sind, dann Toskana mit 83, die Marken mit 82 Proz., Apulien und Sardinien mit 75 Proz., Sizilien mit 74, Latium und Umbrien mit 72, Venetien mit 64, die Lombardie mit 60, Campanien mit 56, Calabrien und Abruzzen mit 56, die Basilicata mit 45, Ligurien mit 43 und schließlich der Piemont mit nur 43 Proz. Organisierten.

Am Kongress nahmen über 200 Delegierte teil; einige von diesen hielten es für höflich, als der Minister Bianchi zu reden anfang, mit Orientierung den Saal zu verlassen. Aus der Rede des Ministers ist hervorzuheben, daß er sich für den gemeinsamen Unterricht der Knaben und Mädchen ausgesprochen hat und die unteren Klassen ausschließlich Lehrerinnen anvertraut sehen möchte. Die Arbeiter wurden mit der Annahme einer Resolution eröffnet, in der der Kongress den Eltern von Grammidole seinen solidarischen Gruß entbietet.

Es wurde darauf die neue Examenordnung scharf kritisiert und eine Tagesordnung angenommen, die sich gegen die Bureaucratisierung und den Schematismus in der Schule richtet. Ueber die Unterfütterung der Massen von Volksschullehrern kam es zu einer lebhaften Diskussion. Der Sozialist de Robbia forderte die Errichtung weiterer Erziehungsinstitute und die Reformierung der beiden Institute für die Lehrerausbildung bestehend. Er erklärte, die Familie werde kein erzieherisches Milieu, die moderne Erziehung läge den Instalten ob. Es drang aber die gegenteilige Ansicht durch, die fordert, für die Erziehung der Lehrerausbildung — für die durch Einbeziehung je eines Logelohnes im Jahr von der Regierung ein Fonds ge-

bilbet wird — durch Verabreichung von Stipendien an die Bedürftigen zu sorgen. Auf Antrag der Referentin Mariani nahm dann der Kongress eine Resolution für die Gleichstellung der Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen an. Nach Erledigung einer Reihe interner Fragen über den Unterfütterungs- und Pensionsfonds und ähnliches wurde Mailand als Sitz des nächstjährigen Kongresses gewählt.

Bekanntlich kennt die italienische Volksschule keinen Religionsunterricht und ihr fünfjähriger Kursus ist die Voraussetzung für den Besuch der Mittelschulen.

#### Dänemark.

Ein Wahlrechtsreform-Vortrag. Das Wahlrecht zum dänischen Folkething ist nominell für alle Wahlen gleich, ebenso wie das deutsche Reichstagswahlrecht; aber ebenso wie dieses, wenn auch nicht in demselben Maße, wird es ungleich durch eine höchst ungerechte Wahlkreiseinteilung. Im Frühjahr dieses Jahres ver sprach der Minister Christensen dem Folkething eine gerechte Wahlkreiseinteilung mit gleichem Wahlrecht für alle Wähler durch Verfassungsänderung. Im dänischen Reichstage, der am Montag wieder eröffnet wurde, hat derselbe Minister am nächsten Tage einen Vorschlag zur Verfassungsänderung eingebracht, welcher lautet: „Der erste Satz des § 32 des Grundgesetzes wird verändert in: Die Zahl der Folkething-Mitglieder ist 132.“

Jetzt zählt der Folkething nur 114 Mitglieder, obgleich der geltende Grundgesetz bestimmt, daß die Zahl der Mitglieder ungefähr dem Verhältnis entsprechen soll, daß auf 16 000 Einwohner ein Folkethingmann kommt. Gerade diese Bestimmung ist es, die nun der Minister durch jenen Vorschlag erledigen will. Die Wahlkreiseinteilung ist durch ein besonderes Wahlgesetz festgelegt. Was er versprochen hat, die Ungerechtigkeiten der Wahlkreiseinteilung zu beseitigen, dazu hat der Minister offenbar keine Neigung. Dagegen aber will er durch seinen Vorschlag die Bestimmung der Verfassung, wonach die Wahlkreise ungefähr gleich groß sein sollen, beseitigen, anstatt ihr Geltung zu verschaffen.

#### Uffien.

#### Zur inneren Lage Japans.

Tokio, 5. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die offene Bewegung gegen den Friedensvertrag hat tatsächlich aufgehört, dagegen ist ein Feldzug gegen die Minister eröffnet worden, die einen sehr heftigen Angriff auszuhalten haben werden, wenn das zurzeit vertagte Parlament seine Sitzungen beginnt.

#### Australien.

#### Australische Arbeiterpolitik.

Daß die Arbeiterpartei unter ihrem Führer Watson an Bedeutung und Einfluß in der Politik des australischen Staatenbundes außerordentlich gewonnen hat, ist schon oftmals berichtet worden. Die Aussichten für die bevorstehende Wahl zum Bundesparlament werden als sehr günstig hingestellt. Es ist die Möglichkeit gegeben, daß Reform-Maßregeln zugunsten der Arbeiter in großem Maßstabe eingeführt werden, und in den Arbeiterkreisen Australiens beschäftigt man sich schon mit der Diskussion dieser Reformen. Es soll beantragt werden, die Nationalisierung der Tabakindustrie und des Spiritusengeschäfts sofort vorzunehmen und dann die Kohlen- und Schiffsindustrie folgen zu lassen. Ein Uebelstand, unter dem sämtliche australische Staaten leiden, ist ihre Verschuldung. Die Arbeiterpartei ist dagegen, daß die Staaten weitere Anleihen aufnehmen, außer zu dem Zwecke, die Zinsen der vorhandenen Schulden zu bezahlen. Man will die Staatsausgaben aus der staatlichen Warenproduktion und durch die Einnahmen aus den öffentlichen Ländereien decken und glaubt, daß man genügend Ueberschüsse aus diesen Quellen ziehen kann, um ein großes System öffentlicher Werke errichten zu können. Es wird deshalb auch vorgeschlagen, daß der Staat mit der Errichtung von Eisen- und Stahlwerken vorgehen soll. Eine möglichst weitgehende Rationalisierung der bedeutenden Industrien ist das Ziel, welches sich die Arbeiterpartei vorgesetzt hat. — Mit dieser Realpolitik ist man in den Kreisen der sozialistischen Parteiorganisation dagegen durchaus unzufrieden. Die Agitation für den Sozialismus leidet darunter, so wird behauptet. Die Arbeiterführer seien emsig bemüht, den Sozialismus als eine harmlose Erweiterung des Staatswesens den Massen mundgerecht zu machen. Der Queensland-„Worker“ sagt: „Die Koalition zwischen Arbeiterpartei und liberalen Demokraten übt einen entnervenden Einfluß auf die meisten von uns aus. Die Vorsicht und Sicherheit, mit der wir immer nur einen Schritt vorwärts zu gehen wagen und lange Pausen inzwischen machen, — das sind nun unsere Schlagwörter und Ideale. Mit geschleierter Miene debattieren wir geistreich über Evolution und schlafen dabei allmählich ein.“ — Die Rührigkeit der Gegner, die eine antifozialistische Kampagne durch alle Staaten des Bundes eröffnet haben, ist immerhin ein Zeichen, daß die Bewegung doch nicht ganz eingeschlafen sein kann.

Zum Mann, der englische Gewerkschaftsführer, der vor einiger Zeit die Staaten bereiste, sprach sich freilich über den Stand der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung unbefriedigt aus; er hatte weit mehr erwartet. Von Queensland erzählt er, daß dort die gewerkschaftliche Organisation sehr schwächlich sei. Von anderen Orten hatte er den Eindruck, als erkenne er nur noch die Wellen einer abgelaufenen Flut. „Und wie steht es mit der politischen Organisation? Wohl, unzweifelhaft, politische Vereine bestehen in nahezu allen Orten, die ich besuchte, aber sie betätigen sich nicht viel für die Sache der Aufklärung. Keiner dieser Vereine hat Literatur zum Verkaufe und es fanden wenig Versammlungen zu erzieherischen Zwecken statt. Die kapitalistischen Parteien versehen eine solche Schwäche und Untätigkeit zu ihrem Vorteil auszunutzen. Seit Monaten schon hat die bürgerliche Presse das sozialistische Gespenst heraufbeschworen. Durch das ganze Land erschallt das Wort „Sozialismus“, aber von seinem Wesen ist recht wenig zu spüren.“

#### Soziales.

#### Bauarbeiter in Hessen.

Für besseren Schutz der Bauarbeiter demonstrierte am Sonntag eine in Offenbach abgehaltene Konferenz hessischer Bauarbeiter, die aus 30 Orten mit 76 Delegierten besetzt war. Es bestand früher eine Schutzkommission für den ganzen Bezirk der hessennassauischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft, die aber nach der Uebermittlung der Bauarbeiter-Beschwerden an die Landtage sich aufgelöst hat. Die Offenbacher nahmen nun die Verfolgung der Sache für das Großherzogtum Hessen in die Hand, um auf Gemeindeverwaltungen und Kommunen besser einwirken zu können. Das erscheint auch sehr notwendig. Wohl hat die hessische Regierung in der zweiten Kammer am 16. Dezember 1900, als über eine Petition wegen Erlass einer Schutzverordnung beraten wurde, ihre Sympathie mit den Forderungen der Arbeiter ausgedrückt und sie hat von Verhandlungen mit Gewerbe-Inspektoren z. berichtet. Hat auch Pläne entwickelt, wie Techniker herangebildet werden könnten. Sei es zum selbständigen Wirken als Bauinspektoren, sei es als Hilfsorgane der Gewerbe-Aufsicht — doch bei den Beratungen, Erwägungen und Besprechungen ist's geblieben, irgend etwas Greifbares kam nicht heraus. Lediglich für einzelne Gemeinden und Verwaltungsbezirke sind Verordnungen erlassen worden, mit deren Einhaltung es mangels genügender Aufsicht auch schlecht bestellt ist. Die zuständige Verfassungskommission sorgt gleichfalls nicht für die notwendige Kontrolle; für den großen Bezirk Großherzogtum und Regierungsbezirk Hessen-Kassau sind drei Aufsichtsbeamte angeheft, die in der Hauptsache der Kontrolle der Lohnbücher sich widmen. Auf Bauteilekontrolle entfielen in den sechs Kreisen: Offenbach, Dieburg, Friedberg, Hanau, Schlüchtern und Oberamt im Jahr ganze 40 Tage, also rund eine Woche pro Kreis mit wohl tausend

einzelnen Baustellen! Daher hohe Unfallziffern; es verunglückten pro tausend Arbeiter in der

	1901	1902	1903
Sektion Darmstadt . . . .	35,99	36,04	39,25
„ Mainz . . . . .	43,36	47,78	40,63
„ Gießen . . . . .	29,06	26,25	24,51

In Sektion Darmstadt und Mainz ist größtenteils großstädtische Bauweise mit ihrer mörderischen Hast, hohen Gerüsten, Anwendung von Maschinen etc. üblich, daher die im Vergleich zu Gießen höhere Unfallziffern.

Kremsler, Bauleiter der Zimmerer, führte in seinem Referat Zweidrittel aller Unfälle auf den Mangel von Schutzeinrichtungen zurück: von 200 Unfällen fielen nur einer dem Leichtsinne der Arbeiter zur Last und erst auf 400 Unfälle einer, den Trunkenheit verduldet.

Interessante Mitteilungen wurden in der Diskussion gemacht. So kamen beim Neubau des Kreiskrankenhauses in Langen mancherlei Verstöße vor, die der Berufsgegenwart angezeigt wurden. Der Name des Vertrauensmannes der Genossenschaft war nicht ohne weiteres zu ermitteln, obwohl der Mann dem Gemeinderat angehört, an den die Arbeiter sich erst wandten! Die Genossenschaft hat allerdings die Verstöße abgestellt. In Darmstadt froch ein Vertrauensmann der Arbeiter, der von den Gewerkschaften seinen Lohn ersicht bekam, neun Tage auf den Bantzen herum; er stellte eine Menge Verstöße fest. In Worms bähnten zwei Arbeiter bei einem Unfall das Leben ein, der nachgewiesenermaßen auf Nichtbeachtung der Schutzvorschriften zurückzuführen war. Eine Baupolizeiverordnung besteht; sie soll auf den Bantzen aushängen, aber viele Bauarbeiter haben sie nie zu Gesicht bekommen. Aus mehreren Orten wurde über miserablen Zustand der Weibkinder (Maler) Gerichte geflagt. Im Tiefbau scheinen besonders schlimme Zustände zu herrschen. Im Brandenburgischen muß beim Ausbuddeln schon des nachstürzenden Sandes wegen verachtet und verkleidet werden, in Hessen bei dem vielfach lehmigen Boden halten das die Unternehmer oft nicht für nötig, z. B. beim Bau kleinerer Kanäle. Wenn dann der schwere Boden doch ins Rutschen kommt, ist das Unglück um so größer. Sehr gut wirkt nach den Meldungen mehrerer Delegierten die Furcht vor der Arbeiterpresse: die bloße Aussicht, daß etwas ins Blatt kommt, hat schon Gerüstbauten veranlaßt.

Die Konferenz faßte Beschlüsse: Sie fordert Uebernahme der Bauarbeiterschutzgesetzgebung auf das Reich, ungeachtet der Forderung, daß die Gemeinden sowie die Landesregierung in Hessen im Sinne eines ausreichenden Bauarbeiter-schutzes vorgehen. Die Hypothekengläubiger (Wandelgläubiger) sollen haftpflichtig gemacht werden. Zur Aufsicht sollen technisch durchgebildete Beamte angeheft und praktisch geschulte Bauarbeiter sollen ihnen beigegeben werden. Beförden sollen möglichst ihre Bauten in eigener Regie ausführen, wo dies nicht angängig, sollen bei Submissionen die ortsüblichen oder tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen bindend sein. Willig freies Koalitionsrecht wird verlangt, da die Arbeiterorganisationen für den Arbeiterschutz unentbehrlich seien. Der hessischen Regierung wird Mißbilligung ausgedrückt, weil sie ihr Versprechen nicht erfüllt hat.

Einstimmig protestierte die Konferenz dagegen, daß in der soeben erfolgten Ausschreibung der Bürgermeisterei Offenbach für die Stelle eines Bauteilkontrollors aus Arbeiterkreisen mehrjährige Tätigkeit als Partier zur Bedingung gemacht wird: Es wird Wahl durch die Arbeiterpartei analog der Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer verlangt. Die Ausschreibung ist allerdings befremdend; als die Stadtverordneten-Versammlung den Beschluß faßte, wurde lebhaft gewünscht, die Bewerber sollten die Qualifikation als Partier haben. Formell ist nach dem hessischen Gemeindegesetz die Anstellung durch Wahl der Interessenten nicht angängig, aber die Bürgermeisterei könnte bei gutem Willen die Wahl als Vorschlag betrachten und den Vorgesetzten dann anstellen.

Die Konferenz bestätigte schließlich einen im Jahre 1900 gefaßten Beschluß, der Bildung von Bauarbeiter-schutz-Kommissionen für alle Baubezirke anregt. Die Städte Mainz, Offenbach, Darmstadt, Gießen und Worms erhielten Auftrag, aus ihren Schutzkommissionen je einen Vertreter zu einer Zentral-Kommission zu entsenden, die in Darmstadt ihren Sitz hat. Die Kommission hat die Aufgabe, Material über den Bauarbeiter-schutz zu sammeln und in geeigneter Weise zu verwenden zur Erlangung von Bauarbeiter-schutz-Bestimmungen sowie zu einer neuen Petition an den Landtag. Diese Institution ist sehr zu begrüßen, leichter wie im Reich wird man in Hessen besseren Schutz erreichen können. Wie man hört, will übrigens die Regierung noch in diesem Herbst eine Schutzverordnung herausgeben, es stehen nämlich Landtags-woahlen bevor!

#### Landarbeiterwohnungen.

In einem Rechtsstreite eines Landarbeiter-Chepaars spielte die Verschaffenheit der dem Ehepaare vom Gutbesitzer eingeräumten Wohnung eine Rolle. Dabei wurde festgestellt, daß die Wohnung schmutzig, dumpfig und feucht gewesen sei und nahe beim Abort gelegen habe. Die Gerichte stellten sich auf den Standpunkt, daß das nicht so schlimm sei; die Wohnung sei wie die Wohnungen anderer Landarbeiter und deshalb sei das Ehepaar nicht berechtigt gewesen, den Dienst vor Ablauf des Vertrages zu verlassen. Das ist ebenso kennzeichnend für die Lage der Landarbeiter wie für die Auffassung der Gerichte, deren Mitglieder allerdings noch niemals dazu verdammt gewesen sind, in einer schmutzigen, dumpfigen und feuchten Landarbeiterwohnung in der Nähe des Abortes zu wohnen. Die gelehrten Herren Richter würden es sich gewiß nicht gefallen lassen, wenn ihnen der Fiskus eine solche angenehme Dienstwohnung anwies.

Unser Berichterstatter am Kammergericht berichtet uns über die Angelegenheit:

Die Engelmannschen Eheleute, die ihre Stellung als Erntearbeiter auf dem Rittergut Denlar vor Vertragablauf verlassen hatten, waren auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gejendes und der ländlichen Arbeiter bestraft worden, nachdem der Gutsadministrator dies beantragt hatte. Das Schöffengericht hielt diese Bestrafung wegen widerrechtlichen Verlassens des Dienstes aufrecht, worauf die Angeklagten Berufung einlegten. Sie machten hauptsächlich geltend, sie hätten die Stellung mit Recht aufgegeben. Nicht sie hätten vertragswidrig gehandelt, sondern die Gutsverwaltung, indem sie ihnen eine durchaus ungesunde Wohnung überweisen habe, die: schmutzig, dumpfig und feucht gewesen sei. Das Landgericht Stendal verworft jedoch die Berufung und führte unter andern aus: Die Mängel der Wohnung seien nicht derart gewesen, daß ein Grund zum Verlassen der Wohnung vorgelegen hätte. Allerdings hätten mehrere Zeugen ausgesagt, daß die Wohnung schmutzig, dumpfig und feucht sei und nicht weit vom Abort liege. Nach anderen Aussagen (z. B. der des Administrators!) der Berichterst. sei es aber nicht so sehr schlimm. Die Wohnung sei ebenso, wie die anderer Arbeiter. Die Angeklagten hätten durch ausgiebige Lüftung und Reinigung selbst Wühlkäse schaffen müssen.

Die Angeklagten legten Revision ein: Sie hätten auf dem Gute eine selbständige Haushaltung geführt. Nach § 628 des Bürgerlichen Gesetzbuches genüge deshalb schon ein „wichtiger Grund“, die Arbeit mit Recht zu verlassen. Dieser sei in der ihnen überlassenen Wohnung zu finden. Sie sei total verunreinigt gewesen. Ein Bild in das Protokoll zeige, daß die Zustände direkt fankalös gewesen seien. Der Gutsadministrator werde sie natürlich für gut hinstellen. Das Landgericht verkenne die Pflichten des Gutbesizers, der den ländlichen Arbeitern vertraglich eine Wohnung einzuräumen. Solche Wohnungen dürften eben nicht dumpfig, feucht und schmutzig sein.



Das Kammergericht hob das Urteil auf und bewies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Die Angriffe der Revision seien allerdings unberechtigt. Die Aufhebung des landgerichtlichen Urteils müsse indessen erfolgen, weil der Strafantrag nur vom Administrator des Gutes unterzeichnet sei und § 1 des Gesetzes über die Dienstverletzungen des Gefindes und der ländlichen Arbeiter die Bestrafung von einem Strafantrag der „Herrschaft“ abhängig mache. Einen Administrator habe das Kammergericht noch niemals als Herrschaft angesehen. Das Landgericht müsse nachprüfen, ob der Untertänige bei dem Strafantrag mitgewirkt habe und inwiefern, um dann festzustellen, ob der Strafantrag vielleicht durch solche Mitwirkung ein Antrag der Herrschaft geworden sei. Wenn nicht, dann müsste allerdings wegen Nichtvorliegens eines gültigen Strafantrags Freisprechung erfolgen.

## Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage).

**Stammierte Terroristen.** Die Kölner Maler- und Anstreicher-Innung hatte bekanntlich am 8. September beschlossen, daß sämtliche organisierte Gewerkschaften, sowohl die Mitglieder der freien Gewerkschaft als die „christlichen“ Verbände, ausgesetzt werden sollten. Es handelte sich um die Erneuerung des bereits im April aus Anlaß des Kölner Malerstreiks gefassten Beschlusses einer Unternehmer-Versammlung, daß am 1. September alle Gewerkschaften auszusperren seien, die bis dahin nicht aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation ausgetreten seien. Diese ebenso frage wie tolle Antastung des Koalitionsrechtes sollte eine Massenflucht aus den beiden Verbänden zur Folge haben und dadurch eine Wiederholung der Lohnbewegung im kommenden Frühjahr unmöglich machen. Die beiden bedrohten Gewerkschaften haben aber durch den Beschluß nicht ein einziges Mitglied verloren. Der Schreckhaush verheißt vollständig seine Wirkung. Als der 1. September nahte, glaubte die Innung, um sich nicht lächerlich zu machen, den Beschluß vom April auch dem Wirklichen zu müssen. Die erste zu diesem Zwecke einberufene Innungsversammlung blieb beschlußunfähig; es kam vielmehr ein Dupend Weiser. In der erneut veranstalteten Versammlung erschienen der Innungsleiter vier ganze Dutzend, wobei der durch sein Auftreten auf dem Münchener Malerkongress sattem Bekanntheit Obermeister Peter Raubach für zwei gezählt ist. Man beschloß trotz des feindlichen Ermuthendens Besuchs — es gibt in Köln gemäß dem Adreßbuch etwa 600 Malermeister — die Aussetzung durchzuführen. Den Kölner Meistern aber ist es nicht eingfallen, den Innungsbedürfnissen den Gefallen zu tun und den wahren Beschluß auszuführen, der lediglich den „Obermeister“ vor einer Blamage bewahren sollte. So konnte denn am Dienstagabend in einer zahlreich besuchten Gewerkschaftsversammlung berichtet werden, daß von einer Aussetzung in Köln nichts zu merken ist. Es haben sich bis jetzt, also nach vier Wochen, ganze zwanzig Mitglieder bei dem Verbands als ausgesperrt gemeldet. So beschloß denn die Versammlung einstimmig, über den Beschluß der Innung einfach zur Tagesordnung überzugehen. — Wie man in Meisterkreisen über die Sache denkt, mag man daran erkennen, daß die „Berliner Maler-Zeitung“, also ein Arbeiterblatt, schrieb, sie habe bei Bekanntwerden des Innungsbeschlusses zunächst an einen verspäteten Faschingsherz geklopft.

Der Verband der sächsisch-thüringischen Weberinnen hat von der Aufhebung des neuen Lohnartikels durch die Arbeiterschaft jetzt offiziell Kenntnis erhalten und seinerseits weitere Verhandlungen als zwecklos zurückgewiesen, weil die in den einzelnen Ortsgruppen gemachten Zugeständnisse das Ultimatum bilden. Der Arbeiterschaft wurde zugleich eröffnet, daß alle Zugeständnisse als zurückgezogen zu gelten haben, die der neue Tarif enthält, daß aber dieser Tarif nebst den allgemeinen Arbeitsbedingungen sofort in Kraft treten soll, sobald sich die Arbeiterschaft noch zur Annahme des Tarifes in der endgültig festgesetzten Form bereit erklärt.

## Eine machtvolle Rundgebung des arbeitenden Volkes,

eine Rundgebung für die Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die das Herrschertum der Könige von Rommonds Gnaden aufs Pflaster geworfen hat, waren die 25 Volksversammlungen vom Donnerstagabend. Von Charlottenburg über Moabit, Wedding und Gesundbrunnen, Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt, Königs- und Frankfurter Viertel nach Friedrichshagen und Nimmendorfer Büschel bis hinunter nach Nixdorf und ostwärts über Oberkornelstraße und Köpenick bis nach Friedrichshagen hinaus — überall traten sie zusammen zu Hunderten und Tausenden, ein gewaltiges Heer von Männern und Frauen der Arbeiterschaft, und legten einmütigen Protest ein gegen den toll gewordenen Uebermut brutaler Magnaten des Kapitals.

Der Beginn der Versammlungen war auf 1/2 11 Uhr festgesetzt, aber schon vor 1/2 10 Uhr, ja vor 7 Uhr eilten Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen nach den Versammlungsorten. In Berlin waren besonders die Straßen des Nordwestens und Nordens, der Stadtteile, in denen die von der Ausperrung und Arbeitsniederlegung betroffenen Werke der Elektro-Industrie liegen, von Tausenden belebt. Vorbei zogen sie an den Zwingburgen des Kapitals, die jetzt einlam dasagen, bewacht nur von Schulheuten und von Streikposten. Schon vor 1/2 11 Uhr waren die Straßen leer und entgostoben. Aber drinnen in den Sälen sahen und standen Schulter an Schulter und Kopf an Kopf die Tausenden und harrten des Beginns der Versammlung. Mit wenigen Ausnahmen hatten die Lokale polizeilich gesperrt werden müssen, meist schon in der achten Stunde. Welsch war der Zudrang so gewaltig, daß sehr bald die Tische hinausgeschafft werden mußten, um Platz für die Rednerstühle zu schaffen. Moabit, Wedding, Gesundbrunnen, Rosenthaler Vorstadt, Schönhauser Vorstadt hatten Versammlungen, so imponierend, wie wir sie dort fast nie gesehen haben. Fast überall in diesen Stadtvierteln der Arbeit und der Arbeiterschaft wurde eine Ausperrung nötig, besonders zeitig im Kolberger Salon, im Marienbad, in den Steinmünder Festhallen usw. Aber auch im Nordosten und im Osten war der Besuch sehr stark. Der große Saal der Brauerei Friedrichshagen war bis auf den letzten Platz gefüllt, der Riesenaal von Keller in der Stappensstraße war überfüllt bis hinauf zu den Galerien.

Von machtvoller Wirkung, wie das äußere Bild dieser Rundgebung, war auch ihr ganzer Verlauf. In atemloser Spannung lauschten die Versammelten den Worten der Redner, vielfach unterbrach zustimmender Beifall ihre Ausführungen, ein Sturm der Begeisterung bildete den Abschluß. Die Haltung war überall würdig — es ist lächerlich, daß man erst noch hervorheben muß, was ganz selbstverständlich ist für Massenbewußte Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Lohnkampf stehen. Aber hier und da schien es doch anders erwartet zu haben, das bewies das starke Schumannsaufbehalten, das vor und neben einigen der Versammlungsorte bereit gehalten wurde. In allen Sälen wurde einmütig der vorgelegten Resolution zugestimmt, die den Kampf, den die Kapitalherren der Elektro-Industrie ihren Arbeitssklaven aufgedrängt haben für eine gemeinsame Sache der gesamten Arbeiterschaft erklärt.

Die Resolutionen welche angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die heute Versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins nehmen Kenntnis von dem Stand der Streiks und Ausperrungen in der Berliner Elektro-Industrie.

Die Versammelten sehen in der rigorosen Ausperrungsmaßregel nicht bloß eine Abwehr der Forderungen der Streikenden, sondern hauptsächlich einen von den vereinigten Unternehmern geplanten Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft und deren Organisationen.

Die weitere angebrohte Ausperrung durch den Kühnemännerring zum 14. Oktober gibt nur Wenigen den Beweis, daß die Kühnemänner durch ihre Ausperrungsmethode es nur auf eine Erdrückung der Arbeiterorganisationen abgesehen haben.

In Erwägung, daß ein bedingungsloses Aufnehmen der Arbeit nicht nur die Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie treffen würde, sondern die Erdrückungsgelüste der Unternehmer sich auch auf andere Industriezweige übertragen wird, verpflichten sich die Anwesenden, mit allen Mitteln dafür einzutreten und dahin zu wirken, daß das Vorgehen der Unternehmer in gebührender Weise zurückgewiesen wird.

Des weiteren erachten die Versammelten es für äußerst nötig, auf dem schnellsten Wege für materielle Hilfe zu sorgen und verpflichten sich, die eingeleiteten Sammlungen aufs eifrigste zu betreiben und zu unterstützen.

Bei der großen Zahl der Versammlungen können wir leider nicht aus allen Berichten geben und lassen deswegen nur solche über die wichtigsten Versammlungen folgen:

Die Versammlung in „Marienbad“ war vollständig überfüllt und schon lange vor Beginn polizeilich abgesperrt. Hunderte von Personen waren infolgedessen wieder umkehren. Bemerkenswert war die große Anzahl von Frauen, die sich eingefunden hatten und teilweise stehend den Ausführungen des Referenten während von Metallarbeiter-Verband zuhörten. Vor allem machte sich die Entrüstung der Anwesenden über die einseitige Parteinahme der Behörden zugunsten der „Kuhnenprogen“ geltend. Diese Empörung kam auch in folgenden, einstimmig angenommenem Zusatz zu der allgemeinen Resolution zum Ausdruck. Er lautet:

Des weiteren legt die Versammlung auf das energichste Protest dagegen ein, daß sich wiederum die Behörde auf die Seite der Arbeitgeber begibt, indem sie Feuerwehrlente, Volkseimannschaften und selbst Eisenbahnangestellte, die auch von den Steuergerichten der Arbeiter mitunterhalten werden, willkürlich in den Dienst des Unternehmertums stellt.

Die öffentliche Volksversammlung bei Wille war bereits um 8 Uhr polizeilich abgesperrt. Der Referent Wiesner schilderte den Anfang des Kampfes, die dann von den Unternehmern vorgenommene Ausperrung und geißelte im besonderen das Verhalten der Staatsbehörden in diesem Kampfe. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen und die Resolution mit dem auch nachher hinzugefügten Zusatz einstimmig angenommen. Dem Antrag, eine Tellerammlung zugunsten der Ausgesperrten vorzunehmen, wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Die Säle des Roabiter Gesellschaftshauses, Wielestraße, waren bis auf den letzten Platz von Männern und Frauen gefüllt, so daß der bekannte Apfel kaum zur Erde konnte, selbst die Bühne mußte in Anspruch genommen werden, um einen erträglichen Aufenthalt zu schaffen. Jernitz sprach im großen Saale, Bagels im kleineren. Sie schilderten noch einmal kurz die Entstehung der Ausperrung. Bei der Gegenüberstellung der erbärmlichen Löhne der Arbeiter mit den über Ministergehälter hinausgehenden Löhnen der Direktoren und Vorstandsmitglieder brach sich die Entrüstung der Versammelten in drastischen Andeutungen Bahn. Die Stimmung der Versammlung befestigte die Worte eines Redners, als er bei der Schilderung der brutalen Unternehmertum und der Praktiken ihres Arbeitsnachweises in der Gartenstraße, wo die Arbeiter wie Zuchtshändler behandelt würden, ausrief, daß der Haß gegen diese rücksichtslose Gesellschaft eingetragelt sei in die Herzen der Berliner Arbeiter. Nicht minder elementar kam die Empörung der Arbeiterschaft zum Ausdruck bei der Verurteilung der Regierung, die Arbeiterbetriebe und Streikbrecher stellt, die ihre Beamten zwingt, das zu tun, was unter allen Umständen Menschen als ehrlose Handlung gilt. Ja beredten Worten forderten die Redner auf zur Unterstützung der Ausgesperrten und zum Eintritt in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, daß an der geschlossenen Kette der Arbeiterschaft die brutale Gewalt der Unternehmer zerbrechen muß. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Mit begeisterten Hochrufen auf die moderne Arbeiterbewegung fanden die Versammlungen ihr Ende.

Die Versammlung in Ahrens Brauerei war gut besucht. Dort sprach Genosse Fiedler. Ein Ausgesperrter berichtete noch über Vorkommnisse aus der Turbinenfabrik, wo die Polizei sich anbot, das Werk am Ausperrungstage zu besetzen. Die Tellerammlung wurde nach Schluß der Versammlung fortgesetzt.

Die Versammlung bei Bipp am Friedrichshagen war von über 1000 Personen besucht. Hier schilderte Dornblath, Vertreter des Gewerksvereins, die Entwicklung des großen Kampfes und das rücksichtslose Vorgehen des Unternehmertums, dem es, wie auch der Redner bemerkte, offenbar nicht um die Abwehr der geringen Forderungen der paar hundert Streikenden, sondern um die Untergrabung der Arbeiterorganisationen zu tun ist. Als der Redner von der Streikbrecherleistung durch die Staatsbehörden sprach, gab die Versammlung in lauten Pfuirufen ihrer Erbitterung Ausdruck. Zum Schluß seiner oft von Beifall ununterbrochenen Rede sprach er die Hoffnung aus, daß trotz der Lügen, durch die das Unternehmertum die Öffentlichkeit zu täuschen sucht, die Berliner Arbeiterschaft doch zu der Einsicht kommen werde, daß nicht die Arbeiterschaft, sondern gerade das Unternehmertum selbst es war, das den Kampf heraufbeschworen hat, und meinte ferner, auch die Behörden sollten nun endlich einsehen, daß ihre Aufgabe hierbei nicht die Unterstützung der so brutal gegen die Arbeiter vorgehenden Kapitalisten sein dürfe. Die Arbeiterschaft aber müsse jetzt fester als je zusammenhalten, damit die Ausgesperrten nicht unterliegen. — Ein Diskussionsredner verlangte, daß man nicht warten solle, bis die Kühnemänner die angebrohte neue Ausperrung durchzuführen, sondern sofort zum Angriff übergehen. Daraus erwiderte der Referent, was in dieser Hinsicht geschehen solle, darüber dürfe in diesem großen Kampfe nicht der Einzelne entscheiden, das müsse man der Zentralkommission überlassen, die zu jeder Zeit genau erwägen werde, welche Maßnahmen notwendig und zweckmäßig seien.

Kellers Saal hat das Bild einer imposanten Volksversammlung, wie wir sie zu sehen gewohnt sind, wenn außerordentliche Vorgänge das Interesse der Arbeiterschaft erregen. Bis in den letzten Winkel waren Saal und Galerien von einer dichtgedrängten Menge gefüllt. Eine Schar von Frauen und Männern, die schon durch ihre Anwesenheit bekundeten: Wir sind willens, unseren in den Kampf gezielten Arbeitssklaven zu helfen, soweit unsere Kraft reicht, damit der Ansturm des herrschsüchtigen Unternehmertums zurückgeschlagen wird. — Außerhalb des Saales, in verschiedenen Winkeln verstreut, eine zahlreiche Volkseimannschaft, und im dunkelsten Winkel des langen Hofes ein Trupp von zehn reitenden Schulheuten, die sich die Frage vorlegen mochten: Weshalb eigentlich müssen wir und seit vierzehn Tagen bei jeder Versammlung hier herumbrüllen? —

Nach Eröffnung der Versammlung nahm Duffe vom Metallarbeiter-Verband das Wort. Er schilderte den Gang der Versammlung das Eingreifen der Behörden zugunsten des Unternehmertums und appellierte schließlich an die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft, sie zur Unterstützung ihrer kämpfenden Klassen-genossen aufzufordern. — Der stürmische Beifall, der den Aus-

führungen des Referenten folgte, bewies, daß die Massen entschlossen sind, die von ihnen geforderte Solidarität in weitestem Maße zu üben. — Nachdem noch einige Diskussionsredner denselben Gedanken Ausdruck gegeben hatten, wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

In den Andreas-Festhallen, Andreasstraße 21, hatten sich annähernd 1000 Personen eingefunden, denen R. W. L. v. vom Metallarbeiter-Verband eingehend Entstehung und Entwicklung des Kampfes schilderte und mit unwiderstehlicher Beweiskraft die Lügen aufdeckte, die der Kapitalistenlängel durch seine Anstöße in der Presse verbreiten läßt. Durch vielfache Zwischenrufe bekundeten die Versammelten, daß sie unter den obwaltenden Lohndarstellungen, die Redner auf das objektive darstellte, die Forderungen der Streikenden für das allermindeste hielten. Gewaltige Empörung durchbrauste den Saal, als W. L. v. durch einfaches Vorlesen eines Artikels der „Arbeiter-Zeitung“ die abgrundtiefe Heuchelei an den Pranger stellte, die einen Gewaltstreik der Arbeiter vor-spiegelt und von einer „leider notwendig gewordenen Ausperrung“ spricht. Und diese Empörung flammte noch manchmal auf, besonders auch gegenüber dem Eingreifen der staatlichen Behörden und der neuen Ausperrungsdrohung der Kühnemänner. Als ein bedeutungsvolles Zeichen hob der Referent hervor, daß ein Polizeioffizier in der Schlegelstraße die „Arbeiterpolizei“ weg-gewiesen habe. Das sehe aus, als ob jetzt die Protestaktionen los-gelassen sollten. (Stürmische Entrüstung. Zurufe: Russisch. Ein 22. Januar à la Petersburg.) Den zur Unterstützung der Kampfsenden und Ausgesperrten anfeuernden Schlussworten folgte langanhaltender Beifall. — Schlenker von der Metallarbeiter-Gewerkschaft fand ebenfalls treffliche Worte zur Kennzeichnung der Situation und der „Kuhnenprogen“. Seiner Meinung nach ist die Lehre aus dem Gang der Dinge zu ziehen, daß die Organisationen schneller und kräftiger zugreifen müssten, wenn die Unternehmern wieder mal solchen Tanz wagen sollten. Diesen Wunsch richtete er auch bezüglich der neu angebrohten Ausperrung an das Zentralkomitee. Auch seine Ausführungen fanden bei der Versammlung lebhafteste Zustimmung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eisenbahnunfall.

Frankfurt a. M., 5. Oktober. (B. L. Z.) Heute mittag entgleiste, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, auf einem hohen Damme auf freier Strecke bei Niederhausen zwischen Kirm und Wülfen am Stein die Lokomotive des Rhein-Frankfurter Schnellzuges Nr. 145. Infolge einer Drehung nach links blieb die Lokomotive mit dem Zuge auf dem Damme stehen. Personen sind nicht verletzt. Der Zug wurde auf ein anderes Gleis gesetzt und traf mit 1/2 1/2 fündiger Verspätung hier ein. Die Ursache der Entgleisung ist noch unbekannt.

Wien, 5. Oktober. (B. L. Z.) Abgeordnetenhause. Bei der Beratung der Dringlichkeitsanträge betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts erklärt Adamarek, der Dringlichkeitsantrag der Reichsversammlung sei kein Agitationsmittel, er ergebe sich vielmehr aus der Notwendigkeit, die großen Massen im eigenen Interesse des Staates zur Mitwirkung der Gesetzgebung heranzuziehen. Redner widerlegt die gegen das allgemeine Wahlrecht erhobenen Einwendungen und bezeichnet namentlich die Furcht vor Nichtbewilligung der Staatsnotwendigkeiten, besonders der Militärsachen, als unbegründet. Auch der Abschluß des nationalen Friedens werde nicht eher möglich, als bis das Privilegium im Parlamente aufgehört habe, denn ein Friedens-schluss zwischen den Privilegierten und den Unterdrückten sei unmöglich. Er glaube nicht, daß der Ministerpräsident sich in die ungarischen Wahlangelegenheiten einmischen werde, er nehme jedoch indirekt Einfluß darauf, wenn er sich hier gegen das allgemeine Wahlrecht ausspreche. Redner erwartet von der Einführung des allgemeinen Wahlrechts haben wie drüben einen günstigeren Boden für die Regelung des Verhältnisses zwischen beiden Reichsteilen, belämpft das Argument, als ob die deutsche Minorität im neuen Parlament durch die Staben unterdrückt werden könnte und erklärt, die Tore der Volksvertretung müßten den breiten Volksmassen freiwillig geöffnet werden. Abgeordneter Schurzfisch betont gleichfalls die Notwendigkeit, das Parlament durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts unter gleichzeitiger Reform des Herren-hauses aktionsfähig zu machen. Ein solches Parlament werde energisch an die nationalen Fragen herantreten und eine Lösung für dieselben finden.

Abg. Fressl (tschechisch-radikal) führt aus, die Deutschen seien die größten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. — Abg. Breikere (Republikan) erklärt, die Frage des allgemeinen Wahlrechts dürfe nicht mißbraucht werden, um ein gewissenloses Spiel mit dem Volke zu treiben. — Abg. Daszynski (Soz.) führt aus, Oesterreich sei als moderner Staat unmöglich, weil die großen Massen staatsfremd erhalten würden. Redner greift den Ministerpräsidenten und die Dynastie an und bezeichnet es als ein Zeichen des Verfalls des Parlaments, daß der Ministerpräsident über die wichtigsten Fragen der Monarchie mit nichtsagenden Phrasen hinweggehen dürfe.

Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen.

London, 5. Oktober. (B. L. Z.) Die „Mogh“ meldet, liegen in Port Said und Suez 77 Dampfer, einschließlich 18 Postdampfer.

Dublin, 5. Oktober. (B. L. Z.) Das nationalistische Parlamentmitglied John O'Donnell wurde unter der Anklage, in einer Rede zu Einschüchterung und Gewalttätigkeit aufgereizt zu haben, zu drei Monaten Gefängnis oder Leistung einer Sühnearbeit für zukünftiges Wohlverhalten verurteilt. Er verweigerte die Sicherheitsleistung und wird infolgedessen die Gefängnisstrafe antreten.

Stockholm, 5. Oktober. (B. L. Z.) In der Ersten Kammer hoben bei der Debatte über das Karlsruher Uebereinkommen mehrere Redner hervor, daß seitens Schwedens große Zugeständnisse gemacht worden seien, so daß der Vertrag das Gepräge trage, daß Norwegen seinen Willen erhalten habe, Schweden aber nicht. Einzelne Redner protestierten gegen die Schiedsgerichtsbestimmung. — In der Zweiten Kammer sprach nur Sjellen, welcher nichts gegen den Schiedsgerichtsvorschlag einzuwenden hatte und hervorhob, daß in der Hauptache Schweden in dem Karlsruher Uebereinkommen erreicht habe, was es gewollt habe.

Kristiania, 5. Oktober. (B. L. Z.) Der Storting nahm mit 91 gegen 21 Stimmen einen Antrag an, der die Aenderung des § 112 der Verfassung. Durch den Antrag wird die Möglichkeit geschaffen, auch in der dritten Session einen Stortingantrag auf Aenderung der Verfassung einzubringen, sobald die Aenderung vom nächsten Storting angenommen werden kann. Staatsminister Michelsen erklärte im Laufe der Debatte, unter normalen Verhältnissen hätte es genügt, einen derartigen Antrag in der ersten und zweiten Session einzubringen, aber die jetzigen politischen Verhältnisse verlangten, daß auch in der dritten Session ein solcher Antrag vorgelegt werden könne. Niemand von den Stortingmitgliedern aber von der Regierung könne sagen, was notwendig werden könne, wenn das Land anerkannt sein werde. Es könnte dann notwendig werden, an der Verfassung Aenderungen vorzunehmen, was nur geschehen könne, wenn der jetzige Antrag angenommen werde.

Petersburg, 5. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Polen sind am 3. Oktober 9 Cholerafälle festgestellt worden, von denen drei tödlich verliefen.

Petersburg, 5. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Transbaikalgebiet ist für pestbedroht erklärt worden.



Die Kolonialtreiber an der Arbeit.

Es trifft sich nicht gerade gut, daß der deutsche Kolonialkongreß gerade in einem Augenblicke zusammentritt, wo das bisherige Vergehen für unsere Kolonialpolitik, das im deutschen Volke etwa noch vorhanden gewesen sein mag, durch die bitteren Erfahrungen in Südwestafrika und Deutschostafrika eine arge Abkühlung erfahren hat.

Schon der Präsident des Kongresses, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der die Tagung mit einer Ansprache eröffnete, gab den Ton für die Kongreßverhandlungen an. Er wies auf den überaus reichhaltigen Besuch der Tagung hin.

Kritisch konnte es auch nicht fehlen, daß die Regierung den Kongreß durch offizielle Ansprachen ehrte. Das Amt des Sprechers hatte Graf Posadowsky übernommen. Der Redner war ehrlich genug, zuzugestehen, daß es den Anschein habe, als ob die traurigen Ereignisse in Afrika auf die koloniale Stimmung mancher Volksteile eine Rückwirkung ausgeübt hätten.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch der demnächst verfloßene Kolonialdirektor Stäbel für Deutschland, erklärte er, seien Kolonialbesitz und Kolonialpolitik eine dringende Notwendigkeit. Den Feinden der Kolonialpolitik, die den Grundzug aufstellten, Deutschland brauche keine Kolonien, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Nachdem dergestalt die Regierung den Kolonialtreibern ihren Segen erteilt, wurde in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Zunächst sprach Professor Helfferich, der ehemalige Beamte des Kolonialamtes und der künftige Leiter der anatolischen Bahn, über die Bedeutung der Kolonien für unsere Volkswirtschaft.

Deutschland, so führte er aus, sei im Laufe der letzten Jahrzehnte wie kaum ein anderes Land in die Weltwirtschaft hineingewachsen. Sein auswärtiger Handel habe sich 1904 auf 11,6 Milliarden belaufen. Es stehe darin nur noch hinter Großbritannien (mit 15,8 Milliarden) zurück. Da wir nicht in einer Zeit des freien Wettbewerbes zwischen den einzelnen Nationen lebten, da die einzelnen Staaten vielmehr ihre territoriale Hoheit dadurch ausnutzten, um im Wege der Gesetzgebung den Wettbewerb der anderen Nationen zu beeinträchtigen, sei die Erwerbung eigener Kolonien eine dringende Notwendigkeit.

Es sei uns gestattet, diesen phrasenhaften und bombastischen Darlegungen einige nüchternere Tatsachen entgegenzusetzen. Wenn Dr. Helfferich den deutschen Exporthandel auf 11,6 Milliarden bezifferte und die Bedeutung unserer Kolonien für den Weltmarkt hervorhob, so hätte er auch nicht verabsäumen dürfen, nähere Zahlen über unseren Kolonialhandel mitzuteilen. Der deutsche Gesamt-handel mit unseren sämtlichen Kolonien hat aber zurzeit nur einen Wert von 82 Millionen Mark. Er beträgt also nicht mehr als den 360. Teil unseres gesamten Exportes.

Den Hauptteil der Tagung sollte zweifellos der Vortrag des Kaufmanns Schanz über die Baumwollfrage in den deutschen Kolonien bilden. Die Verknüpfung unserer Kolonien als Warenkolonien steht herabgerückt, daß man ungedrungen ein neues Klammermittel für unsere Kolonialpolitik gebraucht. Als eines solchen

Klammermittel bedient man sich bereits seit einiger Zeit des angeblich zukunftsreichen Baumwollbaues in unseren afrikanischen Kolonien. Kaufmann Schanz eröffnete denn auch dem deutschen Baumwollbau die rosigsten Perspektiven. Deutschlands Baumwollindustrie liefere jährlich einen Produktionswert von rund einer Milliarde Mark. Sie beschäftige in ihren Betrieben zirka eine Million Arbeiter. Als Bezugsländer für Baumwolle kämen aber bisher nur Nordamerika, Ostindien und Ägypten in Frage.

Nach hier müssen wir den pomphaften Zukunftsträumen die nüchternen Wirklichkeit gegenüberstellen. Deutschland importierte im Jahre 1903: 830 Millionen Kilogramm Baumwolle, oder 1.845.000 Ballen à 200 Kilogramm. Der Ertrag des Baumwollbaues in Togo betrug aber ganze 82.000 Kilogramm oder 160 Ballen, d. h. also den 11.250. Teil der in Deutschland gebrauchten Baumwolle.

Auch hier müssen wir den pomphaften Zukunftsträumen die nüchternen Wirklichkeit gegenüberstellen. Deutschland importierte im Jahre 1903: 830 Millionen Kilogramm Baumwolle, oder 1.845.000 Ballen à 200 Kilogramm. Der Ertrag des Baumwollbaues in Togo betrug aber ganze 82.000 Kilogramm oder 160 Ballen, d. h. also den 11.250. Teil der in Deutschland gebrauchten Baumwolle.

In einer der Abteilungen des Kolonialkongresses sprach Professor Dr. Jahn-Verlin über die Verbreitung der Deutschen im Auslande.

Drei Millionen Deutscher befanden sich im Auslande. Die Ausdehnung des Deutschland sei fortgesetzt im Steigen. Es müsse darum alles getan werden, um das leider so häufige Ausgehen in die fremde Nationalität durch Pflege des deutschen Nationalstolzes in der Fremde zu verhindern. Daß diese Ratschläge von den Vätern, nach denen die deutsche Auswanderung heute hauptsächlich erfolgt, besonders sympathisch empfunden würden, ist wohl schwerlich anzunehmen.

Ueberhaupt ist die ganze Kolonialpolitik das schlechteste Geschäft, das sich überhaupt denken läßt. Nur eine Handvoll Deutscher vermögen in den Kolonien ihre Existenz zu finden. Der Handel mit Deutschland ist ein minimaler. Wohl aber kosten diese Kolonien uns unermessliche Summen! So beträgt allein im Jahre 1905 der Reichszuschuß für die Kolonien nicht weniger als 113 Millionen Mark! Dieser Reichszuschuß wird aber noch bedeutend answellen durch die Summen, die uns der südwestafrikanische Krieg und wahrscheinlich auch der ostafrikanische Zustand kostet.

Die deutschen Bodenreformer beschäftigten sich auf ihrem 15. Bundestage am Mittwochabend im Abgeordnetenhause ebenfalls mit unseren Kolonien. Der Referent war J. K. Victor, Mitglied der Bremer Handelskammer und des Kolonialrates und einer der größten Plantagenbesitzer in Togo. Sein Vortrag war eine große schwere Anklage gegen die konfessionierten Gesellschaften in den Kolonien, welche die Entwicklung daselbst aus Verzicht und Verachtung heissen. Die deutsche Regierung sei die erbene Dienerin dieser Spekulantengruppen von großen Kapitalisten. Die bedeutendste Gruppe sei die South West African Co., 1892 gegründet, die in Verbindung mit englischen Kapitalistengruppen sechs und kleinere ihr untergeordnete Kolonialgesellschaften gegründet habe.

Die wertvollsten Vorrechte, Land- und Minengerechtigame sowie wichtige Privilegien zu Bahnanlagen hätten diese Gesellschaften von der Regierung erhalten, ohne die übernommenen Pflichten zur Entwicklung und Erforschung des Landes zu erfüllen. Sie hielten an ihren Rechten mit Zähigkeit fest, läßen aber zur Förderung irgendwelcher Fortschritte nichts, wozu sie nicht gezwungen würden, und die Regierung zeige sich stets schmach und nachgiebig gegenüber den Interessen dieser Kapitalistengruppen.

Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Kolonialamtes waren anwesend, aber in der Diskussion meldete sich kein Gegner der Ausführungen des Referenten zum Wort, trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden Adolf Damoche an die Wegner. Gegenüber einigen Anfragen in Bezug auf die Regier erklärte der Referent, daß der Regier Neuerungen weit leichter zugänglich sei, als man allgemein annehme und daß er sich anständig zeige, wenn man ihn anständig behandle.

Die Versammlung nahm eine Resolution an des Inhalts, daß der Bund der deutschen Bodenreformer sich aufs neue zu den Forderungen bekenne, die er schon im Jahre 1900 aufgestellt habe, daß Arbeit und Grund und Boden nicht getrennt werden sollten in unseren Kolonien, daß es ungerecht und verderblich sei, wenn die steigenden Bodenrenten unserer Schutzgebiete ohne genügende Gegenleistung an einzelne Spekulantengruppen vergeben werden; er fordere straffe Handhabung der Ausschüttrechte des Deutschen Reiches; er dringt auf die Erfüllung der übernommenen Pflichten der konfessionierten Gesellschaften und verlangt eine Einschränkung der großen Rechte und Machtbefugnisse bei künftigen Konzessionen an Kapitalistengruppen und eine ganz erhebliche Verkleinerung des überlassenen Landgebietes.

Die Revolution in Rußland.

Die Lage im Kaukasus.

Sankt, 5. Oktober. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Lage ist noch immer nicht normal. Die Einwohner fahren fort, sich von Patrouillen begleitet zu lassen. Viele Städte sind geschlossen, Plünderung und Morde kommen täglich vor. Niemand glaubt an die Beständigkeit des Friedens zwischen den Tataren und Armeniern. Die Tataren weigern sich, die Verantwortung für die Ruhe im Vohrggebiet zu übernehmen und die Opfer zu entschädigen, wenn ein Schuldiger arretiert worden ist.

Die Schülerbewegung.

Woronesch, 4. Oktober. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) 300 Seminaristen veranstalteten einen Aufzug in der Dworianskajastraße. Eine Menge von Schülern anderer Lehranstalten schlossen sich ihnen an, so daß die Menge auf etwa tausend Personen answoll. Sie hielten den Verkehr mit Straßenbahnen und Wagen auf; Polizei und Kosaken trieben schließlich die Menge auseinander.

Die Schließung der Universität Moskau.

Petersburg, 5. Oktober. Die „Kowoje Wremja“ meldet aus Moskau, daß eine von nichtidentischer Seite in den Räumen der Universität abgehaltene Versammlung den Rektor veranlaßt hat, die Universität zeitweilig zu schließen.

Revolutionäre Schreibmaschinen.

Nicht nur die Fahrräder, sondern auch die Schreibmaschinen haben sich als Erfindungen des Umsturzes herausgestellt. Da in letzter Zeit vielfach Proklamationen revolutionären Inhalts verbreitet worden sind, die mit Schreibmaschinen angefertigt worden sind, so hat der Gehülfe des Ministers des Innern eine Verfügung erlassen, wonach Schreibmaschinen nur mit polizeilicher Genehmigung verkauft werden dürfen. Den Schreibmaschinenhändlern, die man einer strengen Kontrolle unterworfen hat, werden für etwaige Uebertretungsfälle hohe Strafen angedroht.

Aus der Partei.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zurzeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir erlauben die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung und rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Altenburg (S.-A.), Wallstr. 9 I.
Altona-Hamburg, Gämnemarkt 85 II.
Barmen, Oberdörnerstr. 104.
Berlin SO., Engel-Ufer 15.
Bielefeld, Zinnerstr. 45.
Bochum, Biemelhauserstr. 38-42.
Bremen, Osterthorstr. 26 I.
Bremerhaven, Am Hafen 49.
Breslau, Messergasse 18/19 I.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Wilmannsstraße 20 I.
Charlottenburg, Grünstr. 3.
Chemnitz-Kappel, Juidauerstr. 162.
Coburg, Wauer 20.
Darmstadt, Elisabethstr. 81.
Dortmund, 1. Kampstr. 78 I.
Duisburg, Friedrich-Wilhelmstr. 78.
Düsseldorf, Kofenerstr. 67 a.
Ebersfeld, Hombildel 6 I.
Essen, Kircht. 18.
Frankfurt a. M., Promenade 5.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Halle, Theaterstr. 19.
Hera, Hospitalstr. 21 I.
Hessenkirchen, Vereinsstr. 29.
Hof, Erharderstraße (altes Gerichtsgebäude).
Halle a. S., Weisstr. 21.
Hamburg, Gämnemarkt 85 II.
Hannau, Wühlstr. 2.
Hannover, Artilleriestr. 13.
Hamburg a. Gb., Deichstr. 12.
Hierscha, Mühlengang 15.
Jena, Saalhausstr. 8.
Karlsruhe, Narrenstr. 19.
Kattowig, Rathausstr. 6.
Kiel, Gasstr. 24 parterre.
Köhlisch bei Waken, Nordstraße.
Köln a. Rh., Seberstr. 201.
Kronach, Kirchplatz 74.
Landshut i. Schl., Waldenburgerstr. 37 II.



Leipzig, Gärtelstr. 12, part.  
 Luckenwalde, Neue Friedrichstr. 42.  
 Lübeck, Johannisstr. 46, part.  
 Lüdenscheid, Friedrichstr. 30.  
 Magdeburg, Fürsten-Ufer 6 I.  
 Mannheim, S. 3, 10.  
 Meissen, Poststr. 4.  
 Mühlheim (Hessen), Offenbacherstr. 7.  
 München, Baaderstr. 1 I.  
 Neu-Ruppin, Klosterstr. 23.  
 Nürnberg, Eggdienplatz 22.  
 Oberhausen, Marktstr. 5.  
 Osnabrück, Große Hamlenstr. 9.  
 Pforzheim, Waisenhausplatz 3.  
 Posen, Breitenstr. 21.  
 Recklinghausen, Hernerstr. 66.  
 Remscheid, Kölnerstr. 18.  
 St. Johann bei Saarbrücken, Hofenstr. 7/9.  
 Solingen, Kaiserstr. 25.  
 Stuttgart, Birken-Allee 34.  
 Striegau, Haganstraße.  
 Stuttgart, Erlingerstr. 17/19.  
 Waldenburg i. Schles., Freiburgerstr. 16.  
 Wolgast, Naarbrückerstr. 17 I.  
 Worms, Mainzerstr. 19.  
 Würzburg, Brücknerstr. 6 I.  
 Sekretariat der Zentralkommission für Bauarbeiterschut  
 (G. Deinke), Hamburg 7, Wefenbinderhof 56 II.  
 Berlin, 4. Oktober 1905. Der Parteivorstand.  
 Lindenstr. 60.

**Aus der Parteipresse.** Der Redaktionsverband der „Leipziger Volkszeitung“ hat mit dem Beginn des neuen Quartals wesentliche Ergänzungen und Veränderungen erfahren. In die politische Redaktion trat Genosse Konrad Hähnisch, bisher Redakteur des Dorfmunder Parteiorgans, ein. Aus der Redaktion des lokalen Teiles ist Genosse August Lütich ausgeschieden, um in das Leipziger Arbeitersekretariat an Stelle Dr. Dunders einzutreten. Nachfolger Lütichs ist Genosse Otto Kressin, bisher Korrektor in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“. Weiter hat auch der Lokalredakteur Genosse Paul Lange, der in nächster Zeit eine neumontierte Gefängnisstrafe antreten wird, auf längere Zeit von der Redaktion Abschied genommen, um sich für die bevorstehenden Strapazen im Gefängnis zu kräftigen. Langes Posten verwaltet Kollege Oskar Heinig.

Genosse Krowtzi, bisheriger Feuilleton-Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“, ist am 30. September aus der Redaktion ausgeschieden.

Die „Mainzer Volkszeitung“ geht in den Verlag der Gesamtpartei über.

**Einer von den Asten.** Unsere gestrige Notiz über Rechtsanwalt D. E. Freitag in Leipzig ist durch die Erinnerung zu vervollständigen, daß Freitag mit seinem bereits verstorbenen Bruder Bernhard Verteidiger im Hochverratsprozess Liebknecht-Webel-Dempner (März 1872) war. Der Auf, den die Brüder Freitag sich in diesem Prozess erwarben, legte den Grund für ihre später sehr bedeutende juristische Praxis in Leipzig und Sachsen.

In bezug auf den ersten sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, als welcher Freitag bezeichnet wurde, sei noch erwähnt, daß damals zuerst Liebknecht gewählt worden ist. Liebknecht konnte jedoch das Mandat nicht annehmen, weil er die sächsische Staatsangehörigkeit noch nicht lange genug besaß; darauf trat Freitag an seine Stelle.

Bei den Landtagswahlen im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt wurden gestern zwei Sozialdemokraten gewählt, so daß der Landtag sich aus acht sozialdemokratischen und acht bürgerlichen Abgeordneten zusammensetzt.

**Oesterreichischer Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1906.** — Soeben gelangte zum 11. Male dieses so wertvolle Arbeiter-Taschenbuch zur Ausgabe. Es ist insofern besonders wertvoll, da es ein ausgeprochenes Handbuch für das kommende große Wahljahr wurde. Es enthält eine übersichtliche, wertvolle Darstellung der Aufgaben, die die österreichischen Reichstagswahlen stellen. Die angelegte statistische Uebersicht über die beiden ersten Wahlgänge wird allgemein interessieren. Sig. Raff lieferte ein kleines Wörterbuch aus dem Gebiete der Arbeiterförderung, das jedem gute Dienste erweisen wird. Ein dritter größerer Aufsatz gibt eine Anleitung für sozialdemokratische Redner. Auch sonst sind viele kleinere aber wichtige Sachen in dem so billigen Büchlein (Preis 72 Heller) enthalten. (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI.)

## Aus Industrie und Handel.

### Die Ausgabe kleiner Banknoten.

Dem Reichstage ist bekanntlich im Mai d. J. ein Gesuchentwurf über die Ausgabe kleiner Reichsbanknoten im Werte von 20 und 50 M. pro Stück zugegangen. Der Entwurf wurde einer Kommission übergeben, kam aber in dieser wegen des plötzlichen Schlußes des Reichstages nicht mehr zur Beratung. Wahrscheinlich wird die Vorlage dem Reichstag in nächster Session von neuem beschäftigen. Dafür spricht, daß der Reichsbankpräsident Dr. Koch in der letzten Nummer des „Bank-Archiv“ eine lange Verteidigung der Maßregel veröffentlicht. Er erörtert die Ausgabe kleiner Reichsbanknoten und führt dann dazu aus:

„Gegen die Reichsbanknoten ist von namhafter Seite längst eingewendet, daß dieselben ein sehr unvollkommenes Wertzeichen sind. Nach § 5 des Gesetzes vom 30. April 1874 werden sie zwar bei allen Kassen des Reiches und sämtlicher Bundesstaaten in Zahlung angenommen und von der Reichshauptkasse für Rechnung des Reiches jederzeit auf Erfordern eingelöst. Aber sie sind ohne besondere Deckung. Die Uebereinstimmung mit dem Betrage des Reichskriegsschatzes (im Juliusturm zu Spandau) ist eine rein zufällige, rechtlich bedeutungslos. Tatsächlich fällt die Einlösung lediglich der Reichsbank zur Last; die Reichshauptkasse“ ist nur eine Abteilung der Reichsbank-Hauptkasse. Darum wird von manchen hochangesehenen Schriftstellern die gänzliche Einziehung der Banknoten und deren Ersatz durch Reichsbanknoten gefordert. Da hierzu indessen bei dem Stande der Reichsfinanzen keine Aussicht sich bietet, so bleibt nichts übrig, als ohne diese Voraussetzung kleine Reichsbanknoten zu schaffen. Die Reichsbanknote hat an sich einen großen Vorzug vor dem Reichspapiergeld. Sie unterliegt den Deckungsvorschriften des Bankgesetzes. Ein Drittel des Umlaufs muß nach § 17 des Bankgesetzes held in kurzfristigem deutschen Gelde, Reichsbanknoten oder Gold und der Rest in diskontierten bankmäßigen Wechseln vorhanden sein. Die Deckung in Metall ist sogar von jeher eine weit höhere gewesen. Sie hat in den Jahren 1896 bis 1900 durchschnittlich 76,4 Proz. und weiter

im Jahre 1901	76,57 Proz.
1902	79,88
1903	72,47
1904	71,92

betragen. Sodann ist die Notenausgabe der Reichsbank, soweit sie nicht durch den Vorvorrat gedeckt wird, mit Einrechnung der Akkretien auf (jetzt) 470 Millionen Mark kontingiert. Von dem Ueberschuss muß eine fünfprozentige Steuer an das Reich bezahlt werden, welche die weitere Ausdehnung unrentabel macht.

Es dürfte kein Grund obwalten, der deutschen Reichsbank eine Befugnis vorzuenthalten, welche so viele fremde Notenbanken längst ohne Schaden ausüben. Die stete Kontrolle der Reichsgewalt schließt

gegen jeden Mißbrauch, der überdies bei der treuen Hüterin der Goldwahrung, als welche die Reichsbank sich stets erwiesen hat, nicht zu befürchten sein würde. Eine so leichte Vermischung von papierernen Wertzeichen zu unserem großen metallischen Umlauf, wie sie hier beabsichtigt wird, in der Hand einer vorstehenden, überdies an die Schranken des Bankgesetzes gebundenen Verwaltung ist völlig unbedenklich. Die große Elastizität der deutschen Notenausgabe verbürgt, daß diese sich nur dem Bedürfnis anschließt. Röhme der Verfehr die kleinen Noten wegen der festgewurzelten Neigung zu metallenen Wertzeichen oder aus anderen Gründen nicht auf, so würden diese einfach in die Notenbank zurückströmen. Selbst die gleichzeitige Zirkulation von Reichsbanknoten der kleineren Abchnitte dürfte kein entscheidender Nachteil sein. Es ist überdies eine veränderte Stückelung des Reichspapiergeldes beabsichtigt, welche vielleicht dahin führt, die von manchen Kreisen so stürmisch begehrten Kronen in gewissem Umfange entbehrlich zu machen. Von der Reform des Reichsbankwesens aber die vorliegende mehr mechanische als organische Verbesserung des Banknotenwesens abhängen zu lassen, dürfte ebenso wenig rätlich sein, als deren Verschiebung bis zu einer hoffentlich ferneren kritischen Zeit, welche einen großen Vorrat fertiger, zur sofortigen Ausgabe überall bereiteter papiererner Wertzeichen behufs Schonung des Goldvorrats der Zentralbank erfordern könnte.“

Der letzt erwähnte Zweck, die Schonung des Goldvorrats der Reichsbank, ist jedenfalls für die Regierung die Hauptsache. An und für sich läßt sich dagegen sicherlich nichts einwenden, aber die Bedenken gegen eine weitere Verklärung des Papiergeldes werden, wenn es sich auch im ganzen nur um einen relativ geringen Betrag handelt, dadurch nicht vermindert.

**Neugründungen und Kapitalerhöhungen.** Die Diskontierung der Reichsbank wird vielfach als ein Warnungssignal vor einer weiteren Steigerung der gewerblichen Unternehmungslust gedeutet. In der Tat war das im dritten Quartale 1905 für gewerbliche Zwecke in Anspruch genommene Kapital ziemlich erheblich. Für Neugründungen und Kapitalerhöhungen, soweit sie durch den „Reichsanzeiger“ besamt geworden sind, wurde im dritten Quartale des laufenden Jahres eine Summe von 329,93 Millionen Mark beansprucht. An dieser Summe partizipieren Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Es ist beachtenswert, daß die Neugründungen der Geldmarkt weniger in Anspruch genommen haben als die Kapitalerhöhungen. Denn von der Gesamtsumme in Höhe von 329,93 Millionen Mark entfallen nur 141,97 auf Neugründungen, dagegen 187,96 Millionen Mark auf Kapitalerhöhungen. Am lebhaftesten äußerte sich die gewerbliche Unternehmungslust im Juli, in ziemlichem Abstand folgt dann der Monat September und darauf der August. Fast man die Summe für Neugründungen und Kapitalerhöhungen zusammen, so entfallen auf den Monat:

	Juli	August	September
	122,06	102,57	104,70 Mill. Mark.
Die Neugründungen allein erforderten in jedem dieser 3 Monate:			
	Juli	August	September
insgesamt . . . . .	61,60	41,63	38,44 Mill. Mark.
davon:			
Aktiengesellschaften . . . . .	41,04	22,10	24,53
Gesellschaften m. b. H. . . . .	20,56	19,53	13,91
Die Kapitalerhöhungen in Höhe von 187,96 Millionen Mark verteilten sich wie folgt. Es entfielen auf die einzelnen Monate:			
	Juli	August	September
insgesamt . . . . .	61,06	60,94	66,26 Mill. Mark.
davon:			
Aktiengesellschaften . . . . .	56,48	58,88	65,18
Gesellschaften m. b. H. . . . .	4,58	1,70	1,08

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Sonderbare Buchbinder-Streikposten.

Vom Verbands der Schneider wird uns mitgeteilt: „Eines Tages, als der Buchbinderstreik bei der Firma Kämmerer in der Kochstraße noch im Gange war, ging der Schneider B., der in der Friedrichstraße arbeitete, wie gewöhnlich nach 12 Uhr zu Tisch. Sein Weg führte ihn durch die Kochstraße. Nichts ahnend und sich seiner Schuld bewusst besah er, wie andere Leute auch zu tun pflegen, sich die Auslagen eines Schaufensters. Plötzlich klopfte ihm jemand auf die Achsel; ein Schuttmann forderte ihn zum Weitergehen auf. Der also Angeredete, der zunächst wähnte, der Schuttmann habe Mißgefäll mit seinem hungrigen Magen — daß die Buchbinder bei Kämmerer streikten, wußte er nämlich gar nicht — ging an ein anderes Schaufenster. Jetzt wurde der Hüter der öffentlichen Ordnung ärgerlich. Der Schneider sprach seine Verwunderung aus, was denn eigentlich los sei, und was ihn, den Schuttmann zu seinen eigensinnlichen Maßnahmen berechtige. Antwort des Schuttmanns: Er — der Schneider — würde wohl besser wie er wissen, worum es sich handele; er triebe sich doch schon einige Stunden hier herum und stände Streikposten. Ein Wort gab das andere; der Schneider wurde zur Wache gebracht und erhielt dieser Tage ein Strafmandat über 30 M., weil er vor dem Hause Kochstr. 69, wo selbst gestreikt wird, gestanden, und der im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ergangenen Aufforderung den Teil der Kochstraße zwischen Friedrich- und Wilhelmstraße zu verlassen, seine Folge geleistet hat.“

Für die Belästigung des Publikums will also die Polizei, die einen unbeteiligten Menschen direkt der Freiheit beraubt, obendrein noch Geld haben. Den Gefallen wird ihr der Schneider natürlich nicht tun, sondern er wird Gelegenheit nehmen, in Rußland und gegebenenfalls auch noch an anderer Stelle, den vielen schon vorhandenen, den neuen Beweis hinzuzufügen, daß die heilige Hermandad bei der großen Sorge um das „bedrängte“ Unternehmertum die ergößlichsten und tomschäftigen Sprünge macht.

Zum Schluß noch eine Frage: Würde derselbe Schuttmann einem Straßenpassanten mit Glacehandschuhen und Zylinder, unter dem sich der größte Schwindler und Verbrecher zeigen kann, das Ansehen von Schaufenstern verbieten haben?

Die „Morgenpost“ veröffentlicht folgendes Strafmandat: „Sie haben am 13. September gegen 12 Uhr mittags in der Kochstraße, in der Nähe der Buchbinderei von Kämmerer, Kochstraße 67, deren Arbeiter streikten, zwecks Unbehelligung, wodurch den Aufsichtsbeamten die Aufrechterhaltung der Ordnung erschwert und die zahlreich angestellten Streikposten in ihrem Treiben gedeckt wurden. Der wiederholten Aufforderung eines Aufsichtsbeamten, weiterzugehen, haben Sie keine Folge geleistet. Die Uebertretung wird bewiesen durch das Zeugnis des Schuttmanns E. D.“

Dieses Strafmandat hat — ein Redakteur der „Morgenpost“ erhalten. — Wir sind mehr als neugierig, ob sich in Berlin ein Richter finden wird, der die damals in der Kochstraße zahlreich angestellten Schuttmannposten in ihrem Treiben deckt!

**Zum Streik in der Wipf- und Zementbranche.** In der gestrigen Streikversammlung bezichtigte der Brandschlichter Frisch den Stand der Bewegung als außerordentlich günstig. Seit Montag haben bereits 66 Firmen mit 1280 Kollegen die Forderungen unterschrieben anerkannt, darunter die Firmen Lugins u. Co., Ullrich u. Wade, Blath u. Prugel usw. Vom Verband der Baugeschäfte“ ist gestern bei der Streikleitung angefragt worden, ob diese eben zu Verhandlungen bereit sei. Daraufhin wurde die Streikkommission von der Versammlung beauftragt, entsprechend den Traditionen der Gewerkschaften, dem Stande der Unternehmung Folge zu geben. Die Verhandlungen sollen demnach am heutigen Freitagabend stattfinden. Hierzu bemerkte Frisch, daß die Kommission etwazige Zustimmung zu den Vorschlägen der

Unternehmer nur unter ausdrücklichem Vorbehalt der Sanktion der Berufslogen geben werde. Auf eine Anfrage hin wurde von der Streikleitung sodann bestätigt, daß es mit der gestrigen Veröffentlichung vom Stukkateur-Verband im „Vorwärts“ durchaus seine Wichtigkeit habe.

Die Automobil-Droschkenfürer Berlin und Umgegend hielten ihre ersten beiden Versammlungen in Berlin ab. Beide Versammlungen tagten im Saal von Augustin in der Oranienstraße, die der nachfahrenden Mittwoch mittag, die der am Tage fahrenden in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag. Sie waren vom „Verein Berliner Droschkenfürer“ einberufen worden, um sich mit der Lohnfrage zu beschäftigen. Wie der Referent Veder ausführte, haben die Unternehmer eine Organisation gegründet, offenbar nicht allein zu dem Zweck, ihre Interessen den Behörden gegenüber usw. zu vertreten, sondern hauptsächlich, um etwaigen Forderungen der Chauffeure entgegenzutreten zu können bezw. deren Verdienst zu schmälern. Diese verdienten nach ihrer Meinung viel zu viel, und eine Lohnreduzierung sei am Plage. Die Unternehmervereinigung habe beschlossen, zu gelegener Zeit einen geringeren Lohnsatz zur Durchführung zu bringen und selbst kleinere Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, mit den großen Unternehmern zu diesem Zweck Hand in Hand zu gehen. Statt der gegenwärtig geltenden Sätze: „Bei einer Tagesklasse bis zu 12 M. 25 Proz. der Einnahme und 2 M. Tagelohn bezw. bei einer höheren Einnahme einen Tagelohn von 1,50 M. und 25 Proz.“, sollen nach dem letzten Beschlusse der Arbeitgeber die Tageslöhne überhaupt fortfallen und den Chauffeuren nur noch 25 Proz. der Einnahme gezahlt werden. Um ihnen die Lohnreduzierung annehmbarer erscheinen zu lassen, werde jedem Fahrer, der im ganzen Monat keine Reparatur am Automobil zu verzeichnen gehabt habe, eine Prämie von 50 bis 80 M. zugefagt. Dies sei jedoch nur eine Lockspeise, denn etwas derartiges trete überhaupt nicht ein. — Da man jeden Augenblick gewärtig sein müsse, daß den Automobilfahrern ein solches Ansehen gestellt werde, so fordere er die Anwesenden auf, schon jetzt dazu Stellung zu nehmen und schlage er vor, den Unternehmern schon jetzt zu erklären, daß ein solches Vorgehen mit der Proklamierung des Streiks der Automobil-Droschkenfürer beantwortet werde; auch nicht eine Automobildroshale dürfe dann den Hof verlassen. Eine Resolution in diesem Sinne wurde in beiden zahlreich besuchten Versammlungen einstimmig angenommen. — Von den gegen 300 in Frage kommenden Fahrern sind mehr als 80 Proz. im „Verein Berliner Droschkenfürer“ organisiert, während ein weiterer Teil dem „Handels- und Transportarbeiter-Verbande“ angeschlossen ist. Gleichzeitig wurde das Bureau beauftragt, bei dem Berliner Polizeipräsidium dahin vorstellig zu werden, daß an jeder Automobildroshale ein Schleuderreifen angebracht werde, um die vielen Unglücksfälle zu verhüten.

Mit der Lohnbewegung der Speicherarbeiter steht folgender Vorgang, der gestern seine Erledigung auf dem Hamburger Getreidespeicher gefunden hat, im enghen Zusammenhang. Der Inhaber des Speichers hatte nämlich maschinelle Ausladevorrichtungen für seinen Betrieb angeschafft, wodurch das alte Akkordbetrieb bei ihm überflüssig wurde. Er wollte nun diese Gelegenheit benutzen, um bei Einführung des neuen Lohnsystems einige „unliebliche“ Arbeiter loszumerden. Er entließ deshalb eine Anzahl Leute, unter denen sich „zufälligerweise“ sämtliche Vertrauensleute der Organisation befanden. Die Arbeiter merzten aber gar bald die „gute“ Absicht des Unternehmers, und da ihr Einspruch nicht fruchtete, so legten sie am Montag mittag mit Einschluß der Meister und Wäger einmütig die Arbeit nieder. Das hatte der Unternehmer allerdings nicht erwartet; jedoch glaubte er, bald neue Arbeitskräfte in Hülle und Fülle erhalten zu können, wenn er mittels Plakaten an den Anschlagssäulen Leute suchte. Es meldeten sich auch eine große Anzahl Arbeiter; aber anfangen wollte auch nicht ein einziger von ihnen, als sie hörten, daß der Betrieb bestrickt werde. Mittlerweise schickten die Kaufleute und Mehlhändler ihre Fuhrwerke, um das notwendig gebrauchte Mehl vom Speicher zu holen. Die Wagen hielten und hielten; aber niemand brachte Sade. Da forderte der Speicherbesitzer die Mehlhändler auf, doch selbst die Sade vom Speicher auf die Wagen zu tragen. Einmütig aber lehnten die Kutscher dieses Anstimmens ab mit dem Bemerkten, daß sie auch nicht im Traume daran dächten, Streikarbeit zu verrichten. Schließlich erschienen eine Anzahl Mehlhändler und Kaufleute selbst auf dem Plan, um nachzusehen, wo denn die Kutscher mit den schließlich erwarteten Fuhrern eigentlich geblieben seien. Bald waren sie über den Grund der Verzögerung unterrichtet. Was war da zu machen! Sie mahnten, baten und stützten; jedoch keine Hand rührte sich, auch nur einen Sad anzufassen. So ging's am Montag, so ging's am Dienstag, und so ging's auch am Mittwoch. Da hatte der Unternehmer genug von der Geschichte. In seinem Horn drohte er schon einmal über das andere, seinen Speicher zu schließen, doch die Mehlhändler stürmten ihm fast die Türe. So bequeme er sich denn wohl oder übel zu Verhandlungen mit den Organisationsvertretern. Brummig erklärte er sich nicht nur bereit, sämtliche Entlassenen wieder einzustellen, sondern erkannte auch schnellstens den am Dienstag mit den übrigen Speicherbesitzern abgeschlossenen Lohnvertrag unterschreiben an. Damit gilt der Tarifvertrag jetzt als Kollektivvertrag für sämtliche Berliner Getreidespeicher und die dort beschäftigten Lohnarbeiter.

### Deutsches Reich.

**Der Streik der Klempner in Neu-Ruppin bei der Firma B. Graaf ist beendet und damit die Sperre über genannte Firma aufgehoben.** Deutscher Metallarbeiter-Verband. 8. Bezirk.

In der Maschinenfabrik Linden bei Hannover, einer der bedeutendsten Lokomotiv- und Maschinenfabriken, die einige Tausend Arbeiter beschäftigt, ist, wie schon telegraphisch gemeldet, ein Streik bezw. eine Absperrung ausgebrochen, deren Konsequenzen sich noch nicht überblicken lassen. Zunächst kam es mit den Fräsern, deren Stundenlohn von 60 auf 48 Pf. gefallen ist, zum Streit, weil diese die Garantie eines Stundenlohnes von wenigstens 50 Pf. forderten. Als die Präfer streikten, sollten andere Arbeiter die Arbeit machen. Am Dienstag morgen wurden zwei Stöcker und drei Hobler, die das verweigerten, sofort entlassen. Ihnen folgten sechs weitere Arbeiter, nachmittags 52 und Mittwoch morgen schließlich noch gegen 300. Da die gesamte Arbeiterschaft im vorliegenden Falle sich solidarisch erklärt hat, so ist eine volle Absperrung wahrscheinlich. Organisiert sind die meisten im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein, ein Teil nur in dem Metallarbeiter-Verbande. Unter den Ausgesperrten sind zahlreiche Leute, die schon 30 Jahre und noch länger in der Fabrik arbeiten. Die Gesellschaft macht glänzende Geschäfte.

**Achtung, Steinseher!** Wegen Lohnunterschieden ist bis auf weiteres der Zugang nach Köln und Gelsenkirchen streng zu meiden. Dergleichen nach Paderborn, Firma Serbais, wegen Nichtannahme des Tarifes.

Die Parteipresse wird um Abdruck ersucht!  
 J. A.: Die Guleitung. E. Wiese.

**Der Buchdruckerstreik im Karlsruher „Volkstempel“.** Erst jetzt sind wir in der Lage, über die Ursache und den Verlauf der von der bürgerlichen Presse maßlos ausgekauften Vorfälle zu berichten:

Die Geschäftsleitung des „Volkstempel“ hatte eine Schmalzmaschine angeschafft. Der § 34 Absatz b des Buchdruckerartofes besagt nun: „Die für den Maschinenbetrieb anzuliefernden Gehältn sind möglichst dem eigenen Personal zu entnehmen.“

Die Geschäftsleitung glaubte nun, daß sie diesem Passus Rechnung trage, wenn sie zwei bisherige Seher des „Volkstempel“ an der Maschine anlernen ließ, außerdem aber engagierte sie einen perfekten Maschinenseher neu, um die Maschine sofort auszuüben zu können. — In diesem Neuenngement nun erblickten die Seher einen Verstoß gegen den Tarif und legten die Arbeit nieder.

Das Tarifschiedsgericht entschied wie folgt: Das Schiedsgericht der Buchdrucker hält die Fassung des § 34 des Tarifs, beim Uebergang vom Hand- zum Maschinenfabrik für den Maschinenfabrik anzuliefernden Gehältn möglichst dem



eigenen Personale zu entnehmen, für unklar; kann aber die Auffassung des Klagegelehrten nicht teilen, daß außer Leuten des eigenen Personals noch fremde Kräfte herangezogen werden.

Das Schiedsgericht hält es deshalb im Sinne der Konventionierung des § 34 für richtig, die Einstellung des Maschinensehers Hermann rückgängig zu machen.

Das Schiedsgericht Karlsruhe hält ein Niederlegen der Arbeit ohne Anrufung des Schiedsgerichts für tarifwidrig und erblickt in dieser Vertragsverletzung eine Schädigung der guten und wünschenswerten gegenseitigen Beziehungen zwischen der hiesigen Gehilfenschaft und der Prinzipalität.

Es ist deshalb die Arbeit am Dienstag früh vom gesamten Personale wieder aufzunehmen.

Das Tariffchiedsgericht irrt übrigens: Die Fassung des § 34 ist nicht unklar. Sie gestattet ohne Zweifel auch die Einstellung eines perfekten Sehers, der nicht dem bisherigen Personal angehört. Aber wir sind allerdings der Meinung, daß Parteigeschäfte in ihrem Entgegenkommen über das hinausgehen haben, was die Gehilfenschaft in ganz strenger Auslegung des Tarifses von bürgerlichen Geschäften zu fordern berechtigt wäre. Freilich darf dadurch die Existenz und die Kontrahierungsfähigkeit der Parteigeschäfte nicht in Frage gestellt werden. — Die Arbeitsniederlegung der Buchdrucker allerdings war in diesem Falle um so unbedeutender, als sie auf einen, selbst nach Meinung des Tariffchiedsgerichts unklaren, d. h. auslegungsfähigen Satzungen pochten und außerdem die selbst geschaffenen Tarifinstanzen umgingen.

## Haus der Frauenbewegung.

### II. Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine.\*)

L. H. D. Die zweite öffentliche Abendversammlung fand vor dichtgefülltem Saale statt. Doch wurden alle diejenigen gründlich enttäuscht, die etwa infolge des Themas besonders interessante Ausführungen erwartet hatten. Dr. Gannus Dorn-München sprach über „Reform der deutschen Strafgesetzbuch vom Standpunkte der geschlechtlichen Sittlichkeit“. Seine rechtsphilosophischen Ausführungen leitete er mit einigen weit ausholenden Betrachtungen über ethische Auffassung der geschlechtlichen Verhältnisse ein. Das Recht baut sich auf der Kultur, es wurzelt in den vernünftig gewordenen Bedingungen einer vergangenen Periode und bereitet den Boden für neue Rechtsanschauungen vor. Alles Recht erscheint aus engster Verknüpfung mit dem sittlichen Recht aller Völker, in ganz besonderem Maße das Strafrecht und darin vor allem jene Gruppen von Rechtsfällen, die von den Erscheinungen aus der geschlechtlichen Sphäre der Menschen handeln. Für die Entfaltung des Menschen zu einer vollen sittlichen Persönlichkeit erlangt kaum eine andere Zone des Lebens eine so tiefe Bedeutung wie die körperlich-seelische Anziehung zwischen Mann und Weib. Darum gehört es auch zu den Lebensfragen eines Volkes, welche Stellung die staatliche Macht als Trägerin der Staatsgewalt zu den Erscheinungen und Problemen des geschlechtlich-sittlichen Lebens einnimmt. Das geschlechtliche Leben des Menschen darf nicht hemmend oder zerstörend der allgemeinen Entwicklung seiner sittlichen Persönlichkeit entgegenstehen, sondern soll eine Kraft sein im Dienste der Entwicklung der Individualität. Ueber den Weg zu diesem Ziel aber tobt ein heiserer Kampf der Weltanschauungen und Moralsysteme, hier steht der blind überzeugte Monogamist dem gegenüber, für den auch die Monogamie noch ein Problem ist. Das Strafrecht macht sich zur Aufgabe, für den einzelnen wie für die Gesamtheit alle Hemmungen und Störungen zu beseitigen, die durch einen dritten auf dem Wege zur sittlichen Vollkommenheit hervorgerufen werden; jedoch ist dies nicht absolut in allen Fällen möglich. Die erste Voraussetzung für die Statuierung eines strafrechtlichen Schutzes wird stets die Durchführbarkeit des Schutzes sein, ferner die Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit. Und, wie Seuffert sagt: „Der deutsche Strafgesetzbuch wird nicht auf neue Straftaten Bedacht zu nehmen, sondern eine Verminderung der bestehenden zu erwägen haben.“ Das Problem des Zweckes der Strafe steht im Mittelpunkt des heutigen Streites der Strafrechtler. Die Strafe darf nicht verhängt werden, um Vergeltung zu üben, sondern, damit Staat und Gesellschaft sich des Genusses der menschlichen Lebensgüter in Sicherheit freuen können. Sie hat den Zweck, Unfälle verbrochener Art zu verhüten, in ihrer Zahl zu vermindern. Da jedoch das Strafrecht äußerlicher formaler Kriterien für die Behandlung eines Falles bedarf, für die Erscheinungen des geschlechtlichen Lebens aber gerade die inneren, oft schwer oder gar nicht erkennbaren Tatsachen unterscheiden, so erwächst hier in besonderem Maße die Gefahr einer ungerechten Verurteilung im absoluten und relativen Sinne. Jedes Strafgesetz, das die geschlechtliche Lebenssphäre betritt, muß die doppelte Aufgabe erfüllen, die breite Masse vor Angriffen zu schützen, ohne sich selbst als Ein- und Angriff darzustellen in die ethische Entwicklung einer feineren Empfindung. — Die erste große Gefahr für das Individuum entsteht, noch bevor es das Licht der Welt erblickt, durch schuldhaftes Massenverbrechen. Nicht minder schutzbedürftig sind die Unmündigen, die noch nicht die Kräfte besitzen, aus eigener Kraft und Einsicht die Forderungen des sittlichen Lebens zu erfüllen. Aber auch der erwachsene Mensch und ganz besonders das erwachsene Weib kann aus psychologischen und psychologischen Momenten des Schutzes seiner geschlechtlichen Lebensbedingungen nicht entzogen; Gewalt, Mißbrauch aller psychologischen und menschlichen Abhängigkeitsverhältnisse, betrügerisches Verhalten, die Gefahren gesundheitslicher Natur und schließlich die Verletzung des sittlichen Gefühls bilden die hier möglichen Hemmungen und Störungen. — Der Referent erörtert hierauf in 17/18ständiger Rede alle in Betracht kommenden Bestimmungen des geltenden Strafgesetzbuches und läßt an einigen besonderen Paragraphen eingehender Kritik. Die bayerischen Strafbestimmungen über das Konfubinat, den § 175 bekämpft er besonders, verlangt die Hebung des weiblichen Schutzes und fordert entschiedene Verhinderung des Knappheitsparagraphen nach der Seite, daß jede minderjährige weibliche Person entsprechend geschützt sei; auch § 181, der das Zuhälterwesen betrifft, müsse schärfer gefaßt sein, ebenso müßten im Falle der Hebertragung venetischer Krankheiten strengere, besser umfassende Strafbestimmungen zu treffen sein als jetzt, wo diese Fälle als Körperverletzung betrachtet werden. Die Paragraphen, die sich mit dem Mädchenhandel befassen, erklärt er bei richtiger Handhabung für ausreichend. Die Fruchtabtreibung sollte nur dann bestraft werden, wenn Interessen dadurch gefährdet würden. Wertenswert sei, daß Japan z. B. das Delikt der Blutschande, die bei uns schwer geahndet werde, gar nicht kenne. Der Beischlaf sollte nicht ohne weiteres mit dem Begriff der unzüchtigen Handlung identifiziert werden. Die Anwendung des § 174 auf das Verhältnis zwischen Privatlehrern, zum Beispiel Musiklehrern usw. und Schülern erweise zu weit gegangen und habe noch weniger Berechtigung beim Arzt und seinen Patienten. Der weitestgehende Schutz vor Verletzung unseres sittlichen Gefühls sei gewiß bringend wünschenswert, aber er begegnet unüberwindlichen praktischen Schwierigkeiten, wenn mißbräuchliche Anwendung ausgeschlossen sein soll. Redner glaubt zum Schluß, daß, wenn er zu viel Vorschläge gemacht haben sollte, in dieser Versammlung dazu berechtigt zu sein, denn es handele sich nicht um Lösung der politischen Aufgabe, nur Erreichbares zu proklamieren, sondern um Erfüllung einer Kulturpflicht. Dazu sei in eminentem Sinne gerade die Frauenbewegung berufen.

In der Diskussion wendet sich Fräulein Pappert zunächst gegen den Umstand, daß die „Veholtenheit“ einer weiblichen Person bei Sittlichkeitsdelikten stets als mildernder Umstand angesehen werde, und erinnert an den Altonaer Notzuchtprozeß. Ebenso charakterisiert sie die Anrede des Kindesalters und bestreitet, daß Wohnungsnot als mildernder Umstand gelten dürfe. Herr Dr. Rosenberg meint, man könne niemals genug

Strafbestimmungen streichen, weil die vorhandenen Strafbestimmungen ja erst die Vergehen schaffen, wie z. B. die Fälle des Elektrizitätsdiebstahls, der ganzen sozialen Strafgesetzgebung beweise. Unter dem Deckmantel, die Frau müsse genügend geschützt werden, greift das Gesetz gerade die Frauen am heftigsten an und läßt den wahren Schuldigen in allen diesen Fragen, den Mann, laufen. Nicht die Kindesmörderin ist schuldig, denn sie ist im Augenblick der Geburt immer willens- und bewußtlos und unverantwortlich für ihr Handeln, wie alle Mediziner erklären, und handelt unter unwillkürlichen Zwangseinflüssen, sondern der Mann, der sie diesem Druide schutzlos überläßt, ist der Schuldige, der vor den Richterstuhl gehört. Hier liegt eine schreiende Ungerechtigkeit der Männerwelt, die das Strafgesetzbuch gemacht haben, gegen die Frauen vor. Der Kindesmord als Strafbestimmtheit muß aus dem Strafgesetzbuch entfernt werden. — Blutschande müßte milder angesehen werden, denn die Wohnungsverhältnisse sind mächtiger als die Menschen, und daß die Massenveredelung dadurch nicht gefährdet ist, beweisen uns gerade jetzt die als Rasse hochwertigen Japaner. Frau Holmar wendet sich gegen die Bestrafung des Konfubinats, das oftmals fittlich viel höher zu werten sei als die leere Ehe. Herr Bab kritisiert die Anklage des Referats, der Redner habe, anstatt einen großzügigen ethisch-fittlichen Standpunkt aufzurollen und von diesem aus Vorschläge zu machen, ein juristisch-kolleg gehalten, das hier nicht am Platze und zwecklos war. — § 184 ist das schlimmste Verhängnis für fittliche Aufklärung, durch ihn werde die Freiheit der Wissenschaft aufgehoben in dem Moment, wo sie, Aufklärung schaffend, in populären Gewande vor das Volk tritt. Dieser Paragraph muß einfach gestrichen werden. Wenn man ein Buch laßt, hinterher den Inhalt als unftitlich denunziert, und es wird anstatt des Käufers der Verkäufer oder der Verfasser bestraft, so spricht das allen fittlichen Empfindungen Hohn. Fr. Dr. Augspurg sieht die Ursache der milden Rechtsprechung gegen die Verbrecher an Kindern in der physischen Unmündigkeit für den Richter, allein über diese Dinge richtig zu urteilen. Hier müßte unbedingt die Frau zugezogen werden. In der Frage des Kindesmordes möchte sie wünschen, daß die deutsche Strafgesetzgebung sich die standinadische zum Muster nehme, wo wegen Kindesmord nicht so sehr die Mutter, als der Kindesvater, und zweitens die Hausbewohner, Arbeitgeber u. Bestrafter würden, weil diese es nicht hätten dazu kommen lassen dürfen. Herr Dr. Vorigius spricht sich für Straffreiheit bei allen Vergehen an Kindern aus, weil an diesen Kindern in der Regel nichts mehr zu verderben sei. Kinder erleiden keinen fittlichen Schaden, wenn sie anstatt mit Geiseln sich mit Erwachsenen sexuell verhalten. — Wegen diesen Standpunkt wenden sich leidenschaftlich Fr. Lischnewska und Dr. Schirmacher. Herr Dr. Dorn weist in seinem Schlusswort den Vortwurf des Herrn Bab zurück und dankt für die vielen Anregungen aus der Diskussion. Er hofft, daß die künftige Strafgesetzgebung zu einem Instrument gestaltet werden könne, das nicht der Kultur des geschlechtlich-sittlichen Lebens im Wege steht, sondern ihr dienen kann.

Und will es auch bedürfen, als wäre die Aufgabe dieses Abends nicht die gewesen, die sämtlichen in Betracht kommenden Strafparagraphen zu erörtern und für jeden einzelnen davon Vorschläge auf Milderung oder Verschärfung zu machen, sondern als wäre es notwendig gewesen, den ganzen klaffenenden Zwiespalt zwischen dem geschlechtlich-sittlichen Leben des Einzelnen wie der Gesellschaft und der Strafgesetzgebung aufzudecken. Die geschlechtlich-sittlichen Beziehungen zwischen Mann und Weib vertragen unvordenker eine Einmischung der Öffentlichkeit und des Gesetzes, je feiner, zarter und ethischer sie von den einzelnen Individuen gestaltet werden sollen. Von diesem kulturellen, ethischen Standpunkte aus die Forderung zu erheben, daß diese Einmischung der Öffentlichkeit, des Staates und der Strafgesetzgebung beseitigt werden müsse, Vorschläge zu machen, die Wege zu zeigen, wie dieses innig zu wünschende Ziel erlangt werden könne — das wäre unseres Erachtens umso mehr Pflicht des Kongresses der radikalen Frauenbewegung gewesen, als sie sich ja in Einzelbestrebungen auf ähnlichen Kampfgebieten schon seigelt hat. Allerdings, daß sich dieses Ziel unter den heutigen Verhältnissen, will sagen, in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, wo auch das eigentliche, innerste Leben des Menschen, sein Geschlechtsleben, von kapitalistischen Bedingungen abhängig geworden ist, nie wird erreichen lassen, darüber besteht bei uns wenigstens kein Zweifel. Aber das ist kein Hindernisgrund, das Problem ins Auge zu fassen, es durchzusprechen und den Versuch zu wagen, sich auf dem Wege dahin zurechtzufinden. Die Verbesserungsarbeit an den einzelnen bestehenden Bestimmungen dürfte ruhig dem praktischen Kleinkrieg des Alltags überlassen werden, denn die kann in dem besten Referat eines Abends ohnedies nicht befriedigend geleistet werden.

### Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht.

L. H. D. Der Verband bemühte sich, an den Vorbereitungen zu politischen Wahlen tätige Mitarbeit zu leisten; daß er sich dabei den „Liberalen“ Parteien zur Verfügung stellte, ist zwar nicht selbstverständlich, aber bekannt. Wie die bürgerlichen Frauen behaupten können, radikal zu sein, fortschrittlichen Ideen zu dienen, politische Gleichberechtigung der Frauen zu erkämpfen und sich bei den letzten Landtagswahlen in Bayern den liberalen Parteien zur Verfügung stellen und auf ihre Arbeit noch stolz sein können, wo alle bayerische Parteien sich gegen die Liberalen als die Verräter am Wahlrecht erhoben, das müßte unbegreiflich erscheinen, wenn es sich nicht um bürgerliche Frauen handelte, die noch niemals konsequent geblieben sind, wo ihre Konsequenz sie unbedingt zur Sozialdemokratie führen müßte. — Dagegen hat sich der Verband mit aller Kraft daran begeben, für die evangelischen Frauen das kirchliche Stimmrecht zu erobern und glaubt, hier bald gute Resultate erzielen zu können. Der Verband agitierte lebhaft für die wenigen vorhandenen Wahlrechte der Frauen an den Kantonsassen, richtete Eingaben an den Reichstag und den bayerischen Landtag und bezeichnet es mit besonderer Genugtuung, daß die freisinnige Volkspartei zum Provinzialtag nach Jülichburg Fräulein Jiey als Delegierte entsandte. — Die Hamburger Wahlverschleierung, bei der die Hamburger Damen eine Protestversammlung veranstalten wollten, aber nicht konnten, rief eine Debatte hervor, in der Dr. Anita Augspurg erklärte, daß ihr der genannte Zweck, wo es sich um absolute Männerrechte handelte und die Frauenforderungen natürlicherweise juristischen müßten, nicht prinzipiell genug war, besondere Anstrengungen und Mittel aufzuwenden.

Hierzu hält Fr. Heymann einen Vortrag über die politische Mitarbeit der Frauen. Sie führt aus, daß wenn man das politische Leben der verschiedenen Nationen mit einander vergleicht, z. B. Amerika mit Deutschland, so müsse man das deutsche Volk als ein gänzlich unpolitisches bezeichnen. Auch die Deutschen hätten starke und stark empfindende politische Persönlichkeiten, auch unter den Frauen, wie Emma Perwegh, Luise Otto-Peters u. a. Aber den Frauen im allgemeinen kam politisches Verständnis auch von objektiven Gesichtspunkten nicht zugesprochen werden. Es kann ihnen der Vorwurf nicht erport werden, daß sie über Vereinsduffel, Bildungs- und Erwerbsfrage das politische Interesse vergessen haben. Alle, die dem Gesetz untertan sind, sind auch berechtigt, die Gesetze mit zu machen. Erst hätten wir uns politische Freiheit erobern müssen, denn sie sind das Fundament, auf welchem das Gebäude der Frauenfreiheit ruhen soll. Das Versäumte ist nicht wieder nachzuholen. Aber wir sollen unsere Zeit benutzen, denn wenn irgend eine Kampfzeit für das deutsche Volk wieder herbeibrächen sollte, auf dem Kampffeld auch Frauen bereitstehen. — Die deutschen Frauen sind in der parlamentarischen Welt der „Frauenbewegung“ im Juni darauf hingewiesen worden, daß sie das Recht haben, die Eintragung in die Kommunalwählerlisten zu verlangen und aufgefördert worden, das zu tun. Der Appell ist wirkungslos verhallt. Nun hat ein kleiner Bruchteil von Frauen ihr politisches Verständnis dadurch bewiesen, daß sie an Wahlvorbereitungen teilnehmen bei der Sozialdemokratie, beim Zentrum, bei der

Konserkativen; ein verschwindend geringer Bruchteil auch bei den Liberalen. Die bürgerlichen Frauen haben aber von der Beteiligung an den Arbeiten der liberalen Parteien das meiste zu erwarten; denn der Sozialdemokrat tritt in der Praxis die Rechte der Frau gerade so mit Füßen wie jeder andere Mann. Wir brauchen nur an Belgien zu denken. Und wir werden von den Liberalen mit offenen Armen aufgenommen. Es handelt sich in erster Linie um Beteiligung der Frauen an den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Wir müssen aber auch unsere stark beschäftigten Abgeordneten mit Material versehen. Wir haben viel nachzuholen, was bisher veräußert worden ist: vor allem die politische Gleichstellung der Frauen allen anderen Forderungen voranzustellen.

Aus der Diskussion ist zunächst das bemerkenswerteste eine veritable Flottenrede von Fr. Lischnewska, die es als ihre Aufgabe bezeichnet, dieselbe Flottenbewegung, die der Jugend der besitzenden Klassen in den Schulen schon mit Erfolg eingeimpft ist, auch in die Herzen der Arbeiterkinder zu pflanzen. Frau Cauer schildert zunächst ihre ganze politische Entwicklung und persönliche Anteilnahme an allen politischen Verhandlungen namentlich des Reichstages. Sie kann aber ihr Bedenken über eine Verbindung mit dem zersplitterten Liberalismus, die für sie ja ein inniger Herzenswunsch wäre, nicht unterdrücken. Denn noch kein liberaler Mann ist für die Rechte der Frauen zu haben gewesen. Nur wenn der Liberalismus zu einer großen Partei sich noch verschmelzen könnte, dann könnte sie hoffen, daß der Liberalismus durch den Bund mit den Frauen noch eine große Macht werden könnte. Frau Adel hofft dies, weil in Bayern sich doch der Liberalismus, wenn auch vorläufig aus taktischen Gründen, zusammenschloß. Sie fürchtet aber, die bayerische Frau sei nicht dafür zu erziehen, denn die Klostererziehung verschlechte die Frau dem öffentlichen Leben. Anita Augspurg behauptet in der gewohnten Weise, daß die Sozialdemokratie in allen ihren Taten prinzipiell die Rechte der Frauen verleihe, das beweise, abgesehen von den Vorgängen in Belgien, eben jetzt wieder das Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Zentrum. — Die bayerische Frau stehe dem öffentlichen Leben nicht verständnislos gegenüber, mangelhafte Teilnahme am politischen Leben ist nur auf schlechteste Leitung zurückzuführen. Frau Ruben-Hamburg bedauert, daß Fr. Heymann sowohl in ihrem Vortrage wie auch die ganze nachfolgende Diskussion sich nur an die liberalen Frauen gewendet habe, und nicht an die Frauen in ihrer Allgemeinheit. Die Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie sind insofern falsch, als in allen großen Versammlungen und Frauenkongressen der sozialdemokratischen Frauen die Sozialdemokraten immer stets und treu zur Seite stehen und daß Frau Jettin in der nächsten „Gleichheit“ wohl Veranlassung nehmen werde, sich gebührend mit den heute zutage getretenen Anschauungen auseinanderzusetzen. Herr v. Werlich beleuchtet den Zwiespalt innerhalb des Liberalismus. Er als Liberaler begrüßt mit lebhafter Freude die Anteilnahme der Frauen an den Kämpfen der Liberalen, aber er müsse sie ermahnen, nur den entschiedensten Linksliberalismus zu unterstützen, der andere sei dessen noch (?) nicht würdig. Dadurch würden die Frauen allerdings zur Regeneration des Liberalismus beitragen können. Die Gegensätze gegen die Sozialdemokratie dürften niemals so scharf betont werden, daß ein eventuelles Zusammengehen unmöglich gemacht werde. Er wüßte sich nichts Wirkungsvolleres zu wünschen, als wenn bei Angriffen auf wichtige Frauenrechte einmal Frau Jettin und Frau Cauer zusammengehen könnten, das würde ein großer Tag sein. Diese Möglichkeit darf nicht durch Verbitterung ausgeschlossen werden. Die Frauen müßten die Stellung des Zentrums auf dem Hamburger Katholikentage, die Rede des B. Rauter für ihre Bewegung entsprechend ausnützen. Auch Fr. Lüders wendet sich aus taktischen Gründen gegen die Festlegung des Verbandes für Frauenstimmrecht für das liberale Lager. Fr. Heymann wendet sich in ihrem Schlusswort gegen die Kolonial- und Flottenrede des Fr. Lischnewska und bedauert es, daß schon in der Schule die Kinder durch Flottenlieber für eine einseitige politische Anschauung bearbeitet werden. Sie ist der festen Überzeugung, daß die Frauen durch ihre Arbeit für den Liberalismus viel dazu beitragen können, die Fahne des Liberalismus hochzuhalten, sie setzt volles Vertrauen auf die jungen Elemente im Liberalismus. Die sämtlichen Ausführungen von Frau Ruben haben sie in der Ansicht bestärkt, daß sie auf dem richtigen Wege sei. Wir können uns nur an die liberalen Parteien halten, weil wir nur in ihnen in der Lage sind, das besondere Moment, das wir in das politische Leben zu tragen fähig sind, zur Geltung zu bringen: die frauenrechtlichen Tendenzen. —

Es unterliegt für uns wohl keinem Zweifel, daß der Tag niemals kommen wird, an dem Frau Jettin und Frau Cauer, will sagen die proletarische und bürgerliche Frauenbewegung zusammengehen werden, es müßte denn sein, daß das Unmögliche geschähe, daß die bürgerlichen Frauen ihre Klasse verlassen und zum Proletariat übergingen. Uns treffe eine ganze Welt von einander, wir können uns mit einander nicht verständigen. Wir kämpfen nicht um frauenrechtlerische Tendenzen; wir kämpfen für die Menschenrechte aller Völker, aller der unterdrückten, entrechteten, enterbten Klassen, für die Männer, die Frauen, die Kinder. In unseren kleinen und kleinsten Kämpfen verlieren wir niemals dieses Ziel aus den Augen und deshalb haben wir nicht gemein mit der bürgerlichen Frauenbewegung, der es geht, wie ihrer Klasse: sie wird in den bevorstehenden großen Kämpfen der Menschheit zerrieben werden. Ihr kann nicht, aber uns wird die Zukunft gehören.

## Zwölfte Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes.

### Dienstagvormittags-Sitzung.

Aus der Montagvormittags-Sitzung ist nachzutragen, daß auf Vorschlag v. Elms eine siebengliedrige Kommission eingesetzt wurde, die alle auf Änderung der Statuten gehenden Anträge und Vorschläge beraten soll.

In der Dienstagvormittags-Sitzung wurde in der Diskussion des Vorstandsberichts fortgefahren. v. Elms weist den Vorwurf zurück, daß die Sortierer ihr neues Organ bereits schon fertig in der Tasche hätten, als ihr Ausschluß vom „Tabakarbeiter“ erfolgte. Eine Verschärfung wurde damals pure abgelehnt, damals aber wäre sie leicht möglich gewesen. Es sei gesagt worden, die leitenden Personen der Sortierer seien schuld, aber bewiesen habe man nichts. Gerade unter den Mitgliedern eben sei feindselige Stimmung wegen des Verhaltens der Tabakarbeiter vorhanden. Wenn der Tabakarbeiter-Verband gemäß den Beschlüssen von Berlin 1894 die fakultative Arbeitslosenunterstützung einführen wollte, um den Sortierern die Verschmelzung zu ermöglichen, so haben die letzteren recht daran getan, dies abzulehnen, denn die fakultative Form wäre der Tod der Arbeitslosenunterstützung gewesen. Man habe gedroht, wenn die Sortierer nicht wollen, dann werde man sich an die Generalkommission wenden; er sage, die Generalkommission werde über einen Verband, der 20 Jahre bestesse, nicht so ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. Der Protest gegen die Sortierer, der in einer Resolution Heising zum Ausdruck komme, werde auch nicht nützen, da eben die Sortierer auf dem Standpunkte stehen, daß sie im Rechte seien. Der Tabakarbeiter-Verband sei überhaupt im Grunde nur ein Zigarettenmacher-Verband, der auch Zigaretten- und Kautabakarbeiter aufnehme. Die Resolution Gents sehe in dem Verlangen der Sortierer, alle Sortierer ihrem Verein zuzuführen, zu Unrecht eine Antinomist, das Verlangen sei durchaus berechtigt; die wenigen Sortierer im Tabakarbeiter-Verbande könnten dem Verbande auch nichts nützen, wohl aber seien sie den Sortierern zur Einheitsfront ihrer Lohnbewegungen nötig. Mit Gewalt sei nichts zu machen. Was die Sektionsfrage angehe, so scheine man Sektion und Branchenorganisation zu verwechseln. Sektionen, die nach den örtlichen Verhältnissen geschaffen seien, seien für die Sortierer durchaus nötig; in Hamburg z. B. würde man ohne Sektion nicht auskommen. Wenn aber Reichmann nur befußs Verbeisigung der Verschmelzung

\*) Wegen Raummangel mußte der Bericht einen Tag zurückgestellt werden.



eine probatorische Sektionsbildung ins Auge fassen, dann könne er seine Garantie dafür übernehmen, daß die Sortierer für eine Verschmelzung zu haben sein werden. Wenn gesagt worden sei, man wolle nicht nur die Sortierer, sondern auch die Hirsch-Dunderschen und die Christlichen im Verbandsverein, so dürfe man nicht immer den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes betonen. Man wolle damit bei den rückständigen Elementen nicht erreichen. Arbeiterpolitik sollen die Gewerkschaften treiben, aber nicht Parteipolitik. Redner kommt noch einmal auf den Minimallohn. Man solle bedenken, daß die Herstellung einer Dreipfeinig-Figurre nicht möglich sei ohne Hungerlöhne. Durch die Einführung eines Minimallohnes mache man es den Firmen, die den Mindestlohn einführen, unmöglich, Dreipfeinig-Figurren zu produzieren; dadurch mache man aber gerade solche Firmen konkurrenzunfähig, die organisationsfremdbildig seien. Gerade die Konsumvereine seien Hauptkonsumenten von Dreipfeinig- und noch billigeren Figurren, die nur in Fachhäusern hergestellt werden können. Hier können auch die Leiter der Konsumvereine nichts tun, da muß die Aufklärung zu den Konsumenten getragen werden. Das Augenmerk der Generalversammlung müsse noch auf die beabsichtigte Zigarettenfabriksteuer gelenkt werden; sie sei nichts weiter als ein Versuch, die Fabriksteuer in der gesamten Tabakindustrie einzuführen. Deshalb müßten die Tabakarbeiter energisch gegen die Zigarettenfabriksteuer Stellung nehmen, denn die Steuer werde nicht nur auf die Löhne drücken, sie würde der Mord der ganzen Industrie sein.

**Sagner** - Oslaw kann auch feststellen, daß in seinem Bezirke seit Einführung des Unterstufungsweßens die Mitgliederzahl gestiegen sei. Das sei erfreulich, weil in Schlesien die Löhne der Tabakarbeiter schlimmer seien als die der Weber im Endgebirge. Kalkül wäre es, die Krankenunterstützung zu beschränken, gerade bei den Tabakarbeitern gebe es viele Kranke, und wenn die Krankenunterstützung beschnitten werde, dann würden in Oslaw leider eine große Anzahl dem Verbands den Rücken kehren. Man könne ja eine andere Gala auffstellen, die der Ausbeutung des Verbandes eineniegel vorschlebe. Zur Sortiererfrage bemerkte er, daß in Oslaw vor zwei Jahren die Sortierer einen Ausstand hatten. Es wurden Angelernte eingestellt. Diese sind nunmehr in den Sortiererverein aufgenommen worden. In den Tabakarbeiter-Verband hätte man sie nie aufgenommen. Auch das zeige, daß eine Einigung mit den Sortierern dringend nötig sei.

**Reohne** - Ditzsen kann konstatieren, daß die Hoffnungen, die auf die Dresdener Beschlüsse gesetzt worden seien, in der Tat überflüssig worden sind. Man habe dort die Unterstufungseinrichtungen eingeführt, um möglichst viele Kollegen zum Verbands zu ziehen, das sei gelungen. Bei Anstellung von Beamten dürfe nicht gespart werden, sonst gehen die besten Kräfte dem Verbands verloren. Auch vor einer Beitragserhöhung dürfe man sich nicht scheuen, wenn der Verband mehr leisten solle. Seine Kasse habe daher eine Erhöhung von 5 Pf. beantragt. Man solle sich nicht scheuen, den Mitgliedern offen zu erklären, daß die Beiträge immer höher werden müßten. Die höheren Beitragsklassen abzuschaffen, weil sie zuviel an Unterstützung kosten, gehe nicht, es würden sich dann örtliche Zuschuß-Lassen bilden, die Herde der Sonderbändler. Gewundert habe es ihn, daß so viele Anträge auf Abschaffung des Arbeitsnachweises gekommen seien. Sei etwas schlecht daran, dann solle man doch die bessere Hand anlegen. Ein einziger gemeinsamer Nachweis für ganz Deutschland genüge allerdings nicht. Von der Einigung mit den Sortierern scheine nur noch die ungelöste Sektionsfrage zu trennen. Er meine, wenn man aus praktischen Gründen den Zigaretten-, den Antitabakarbeiter-Sektionen zugesiehe, dann

könne daselbe doch auch für die Sortierer gelten. Der Hamburger Antrag, der die Resolution der Sortierer aufs schärfste verurteilt, sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß in der Einigungsfrage überhaupt alles aus sei. Nach der heutigen Debatte wäre er wohl überhaupt nicht gestellt worden.

**Geyer**: So optimistisch wie Krohn sei er in der Sortiererfrage nicht, zumal nach der Art, wie Elm die Sortierer verteidigt habe. Er wundere sich gerade darüber, daß Elm, der doch sonst so sehr für die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung eintrete, diese separatistische Absonderung billige. Dies komme doch nicht etwa aus den letzten Jahren; erst war es der Lotaberein Fremdbildungs-Klub und aus ihm sei dann eine ganze zentralistische Gewerkschaft erwachsen. Dadurch sei die Tabakarbeiterbewegung zerstückelt worden, der ganzen deutschen Arbeiterkraft sei ein schlechtes Beispiel gegeben worden. Und das verteidige Elm! Früher meinten die Sortierer wohl auf einer höheren sozialen Stufe zu stehen als die Zigarettenarbeiter, aber damit wird es bald vorbei sein, in wenigen Jahren werden ihre höheren Löhne vorbei sein. Besondere Interessen, die eine besondere Gewerkschaft rechtfertigten, haben die Sortierer nicht. Es sei nicht wahr, daß der Tabakarbeiter-Verband in Wirklichkeit kein solcher sei; die Reorganisation des Verbandes sei ja gerade dahin gegangen, alle Tabakarbeiter aufzunehmen zu können. Elm habe den Sortierern keinen guten Dienst erwiesen, als er sagte, mit prinzipiellen Gründen könne man die Sortierer nicht überzeugen. Gerade die prinzipielle Stellungnahme sei notwendig. Mit der Neutralitätsduselei werde man nichts erreichen. Wir müssen unsere Prinzipien scharf in den Vordergrund treten lassen sowohl den christlichen Gewerkschaften wie den Hirsch-Dunderschen gegenüber. Für Minimallohne könne er sich nicht erklären, eher für Tarifverträge, nur solle man von diesem nicht etwa alles Heil erwarten. Ueber die Sektionsbildung herrsche seiner Ansicht nach noch viel Unklarheit. Schon jetzt werde es doch den einzelnen Branchen ermöglicht, ihre etwaigen besonderen Interessen in eigens dazu berufenen Verhandlungen zu besprechen, das genüge doch; übrigens wäre es ganz gut, wenn die Angehörigen anderer Branchen Gelegenheit haben, in solchen Beratungen sich ebenfalls mit den Verhältnissen ihrer Nebenarbeiter vertraut zu machen. Was die Zigarettenfabriksteuer anlangt, so möge man ja nicht vergessen, daß die Monopolpläne der Regierung trotz aller Erklärungen noch lange nicht aus der Welt sind.

**Ebert** - Juidau zweifelt daran, ob die Mitglieder in Sachsen für eine Beitragserhöhung zu haben sein werden. Die Verschmelzung mit den Sortierern werde kommen müssen, und wenn diese nicht wollen, dann werde der Gewerkschaftslogneß einmal ein Wort mitzureden haben.

**Frau Prenert** - Dresden: Der Kampf in Dresden war nicht zu verhüten, ohgleich man den Wünschen der Fabrikanten nach Möglichkeit entgegengekommen ist. Der Truß gab den Ausschlag. Die Fabrikanten hatten sich auch in den Arbeiterinnen getäuscht, sie glaubten, diese würden nach einem verlorenen Streik dem Verband den Rücken kehren, und darauf kam es ihnen an. Aber die Arbeiterinnen waren einsichtsvoller, sie wußten, daß dann die Löhne noch mehr fallen würden. Schwer hatten die Streikenden unter den Hausarbeitern zu leiden; Frauen von gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern, sogar in führender Stellung als Kartell-delegierte, Vertrauensleute, Gewerbedeputierte haben Streikbrecherdienste geleistet. Dagegen haben die streikenden Mädchen einen bewundernswürdigen Mut gezeigt. Darum brauche Geyer sich auch nicht vor einer „Weibergewerkschaft“ zu fürchten. Die Unterstufungseinrichtungen seien für die Werbung unter den Kolleginnen

von größtem Werte; habe man sie aber erst, dann hielten sie trenn und fest zu den eigentlichen gewerkschaftlichen Ideen.

**Penz** - Hamburg: In der Frage, wie das Verhältnis der Zentral-Krankenkasse zum Verbands werden solle, kann es sich nur um die Auflösung handeln; eine Verschmelzung sei aus gesetzlichen Gründen unmöglich. Es frage sich aber, ob der Verband an der Auflösung überhaupt ein Interesse haben könne. Die Mitgliederzahl gehe jährlich zurück; von den noch vorhandenen 7500 seien wenigstens 3000 schon im Verbands, dazu kämen 2000 Nichtversicherungspflichtige und eine ganze Anzahl, die überhaupt nicht mehr dem Verbands angehören. Bestimmte Erklärungen könne er nicht abgeben. Dafür sei nur die Generalversammlung der Kasse maßgebend.

**Hente** - Bremen: Wenn Elm die Interessen der Tabakarbeiter bei den Sortierern so warm vertritt, wie er hier die Interessen der Sortierer verteidigt, dann wäre zur Einigung viel erreicht. Die Neutralität ist für die Agitation durchaus nicht so wichtig, wie Elm sie hinstellt. Tarifverträge sind die notwendige Folge der Entwicklung, die dahin geht, daß organisierte Arbeiter organisierten Unternehmern gegenüberstehen. Besonders die Akkordarbeiter haben ein großes Interesse an Tarifverträgen.

**Rising** tritt dafür ein, daß beim Unterstufungsweßen die Dauer der Leistung sich nach der Länge der Mitgliedschaft richten müsse. Länger wie 26 Wochen sollten Unterstufungen nicht gezahlt werden, für die Krankenunterstützung seien 13 Wochen genug. Um die Unterstufungen in der bisherigen Höhe zu gewähren, reiche auch eine Beitragserhöhung von 5 Pf. nicht aus, daher müsse die Krankenunterstützung beschnitten werden.

**Burgoldt** - Braunschweig erörtert die Frage einer Verschmelzung der Redaktion mit dem Verbands. Gehe das nicht an, dann solle ein zweiter Redakteur angestellt werden, damit Geyer mehr für die Agitation frei werde. Bei den Kollegen, die in der Reichstagsfraktion sitzen, sollte man dahin wirken, daß sie bei den Vorgesetzten auch die Wünsche und Beschwerden der Tabakarbeiter zum Ausdruck bringen.

**Elm** verteidigt sich gegen Geyer, er vertrete seinen Standpunkt, weil er ihn für die Arbeiterkraft als den besten erachte, auch für die Tabakarbeiter. Wenn man den Sortierern sage, sie schädigen durch ihre Branchenorganisation die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung, so sage er, daß man Branchenorganisationen bis zu einem gewissen Zeitpunkt durchaus für zweckmäßig erachten könne. Es komme darauf an, wie viel Leute man mit der einen oder anderen Organisationsform gewinnen könne. Durch die Branchenorganisation seien mehr Sortierer der Organisation gewonnen worden, als dies durch den Tabakarbeiterverband möglich gewesen wäre. Er habe nicht gesagt, die Sortierer können mit Prinzipien überhaupt nicht gewonnen werden, sondern nur, daß „lediglich“ Prinzipien nicht zum Ziele führten. Die Neutralität der Gewerkschaften sei keine Phrase, wohl aber sei der Vorwurf der Neutralitätsduselei nichts als Phrase. Die Gewerkschaften seien nicht bloß Streikorganisationen, sie müssen auf alle Verhältnisse des Lebens Rücksicht nehmen. Die Neutralität nehme Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie in den rückständigen Bezirken liegen. Wenn im Reichstags die Beschwerden der Tabakarbeiter vorgebracht werden sollen, dann mögen die Kollegen für die Herbeischaffung des erforderlichen Materials sorgen.

Es tritt die Mittagspause ein.

Der Verband Berliner Absteiner-Verette label zu seinem ersten öffentlichen Vortragabend am Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, in dem Bürgercafé des Rathauses ein. Thema: „Das Interesse des Akkordkapitals an der Mäßigkeit“. Jedermann willkommen. Eintritt frei.



# Schulbedarfs-Artikel



Von Freitag, den 6. Oktober bis Mittwoch den 11. Oktober soweit der Vorrat reicht

Schreibhefte 20 Blatt	Dutzend 70 Pf.
Diarien	8, 18, 25 Pf.
Diarien mit Wachstuchdeckel	18, 38 Pf.
Octavhefte 32 Blatt	5 Pf.
Aufgabebücher	4, 6, 8 Pf.
Löschblätter	25 Stück 5 Pf.
Etiquettes	100 Stück 10 Pf.
Umschläge blau	25 Bogen 10 Pf.
Löschblatt-Oblaten	50 Stück 9 Pf.
Bleistifte Joh. Faber „Bafael“	4 Pf.
Schulbleistifte	Dutzend 22, 35 Pf.
Reissnägel	Karton, 5 Dutzend 7 Pf.
Griffel	Dutzend 7 Pf.
Schul-Atlanten	95 Pf.
Bleistiftanspitzer „Kosmos“	20 Pf.
Federbüchsen	3, 4 Pf.
Butterbrodpapier 100 Blatt	18 Pf.
Kaisertinte	5, 10, 25 Pf.

Tuschkasten	35 Pf.
Federhalter	8 Stück 10 Pf.
Schulfedern	3 Dutzend 15 Pf.
Echte „Perry“ Federn	No. 17 8, No. 28 10 Pf. Dtl.
<b>Schulmappen für Knaben</b>	
Ledertuch	90, 1.10, 1.50
Leder	2.65, 3.65
Rindleder	5.75, 6.00
<b>Schulmappen für Mädchen</b>	
Ledertuch	90, 1.35
Leder	2.85, 3.45
Rindleder	5.75, 6.00
Radirgummi 10x10, 15x15	5, 10, 15 Pf.
Ordnungsmappen	22, 38, 55 Pf.
Censurenmappen	35, 55, 75 Pf.
Federkasten	9, 18, 35 Pf.

Schiefertafeln	18, 22 Pf., poliert 45 Pf.
Reisszeuge	25, 45 Pf. bis 20.00
Reissbretter	1.10, 1.75
Reisschienen, Winkel	33, 45 Pf.
Frühstückstaschen	42, 90 Pf.
Knaben Jockey-Mütze	35 Pf. Cheviot od. Velvet 48, 95 Pf.
Knaben-Schirmmützen	48, 75 Pf. 1.25
Knaben-Matrosen-Mützen	60, 95 Pf. 1.60
Mädchen Matrosen-Mützen	mit Federbusch 75, 95
Schul-Schirme für Knaben u. Mädchen	1.25
<b>Kinder-Hänger</b> schwarz, farbig besetzt	
Länge ca.	55 60 65 70 75 80 cm.
	1.25, 1.35, 1.50, 1.65, 1.85, 2.00
<b>Reform Kinder-Hänger</b> schwarz, hübsch besetzt	
Länge ca.	60 65 70 75 80 cm.
	1.45, 1.60, 1.75, 1.95, 2.15
<b>Reform Kinder-Hänger</b> schwarz elegant ausgeführt	
Länge ca.	55 60 65 70 75 80 cm.
	1.75, 1.90, 2.10, 2.25, 2.45 2.65

# A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17 Ecke Leipziger Strasse      BELLE ALLIANCE-STR. 1/2 Am Blichherplatz      GROSSE FRANKFURTER STR. 113 Ecke Andrea-Strasse      BRUNNEN-STR. 19/21 Ecke Veteranen-Strasse



Der Ueberfall auf der Untergrundbahn.

Die Gerichtsverhandlung, die mit der Freisprechung des Angeklagten endete, nahm gestern ihren Fortgang. Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Pusch finden zunächst Erörterungen über die Weckeruhren der Zeugin Frau Döwedeck statt. Es handelt sich bekanntlich darum, die Aussage dieser Zeugin zu kontrollieren, die dahin ging, daß der Angeklagte Schönborn in der Nacht des Ueberfalles nicht schon um 1 Uhr nach Hause gekommen sei, wie er behauptet, sondern erst gegen 2 1/2 Uhr. Die Zeugin hatte befunden, daß sie mit einem Streichholze nach der Weckeruhr geleuchtet und sich überzeugt gehabt habe, daß Schönborn um 2 Uhr noch nicht zu Hause war. Die gestern Erbegehobenen zwei Weckeruhren waren während der Nacht an Gerichtsstelle geblieben. Es stellte sich aber heraus, daß die Reimacherfrauen bei ihren Frontierungen an die Uhren herangekommen waren. Die Frauen werden als Zeugen darüber vernommen, in welchem Umfange dies geschehen ist. Die Möglichkeit, daß sich Frau Döwedeck in der Stunde getäuscht haben könnte, gibt noch Veranlassung zu weiteren Diskussionen. Der Angeklagte protestiert gegen die gestrige Aussage des Zeugen William, welcher behauptet hatte, daß er bei seiner Nachhausekunft in der fraglichen Nacht Licht angezündet und gesehen habe, daß Schönborn mit offenen Augen im Bett gelegen habe. Der Angeklagte tritt an die im Saale aufgestellte große Tafel und sucht an der Hand des Situationsplanes nachzuweisen, daß es nach der Lage der Betten gar nicht möglich sei, daß der Lichtstrahl bis zu seinem Bette fiel. Als der Vorsitzende dem Angeklagten Vorhaltungen über seine plötzlichen Einwendungen gegen eine besagte Zeugen-aussage macht, beantragt Rechtsanwalt Dr. Werthauer die Abhaltung eines Positivtermins an Ort und Stelle und Vernehmung der sämtlichen Geschworenen. Der dem Angeklagten jetzt gemachte Vortwurf sei ein so schwerer, daß es unbedingt notwendig sei, einmal an diesem Beispiel festzustellen, wie sich die Angaben eines Angeklagten zu den Aussagen eines Zeugen verhalten. Der Gerichtshof hält sich eine Beschlußfassung vor.

Eine ganz neue Wendung

nimmt die Beweisaufnahme bei der dann folgenden Vernehmung des Betriebsinspektors Rosenfeld von der Hochbahn. Er bekundet, daß der Angeklagte, der auf seinen Wunsch abgegangen, im Dienste gut, aber vorlaut und dreist gewesen sei. — Rechtsanwalt Dr. Löwenthal bezeichnet dem Zeugen eine Anzahl von Hochbahn-Schaffnern und Zugführern nach ihren Dienstnummern, die ihm auf seinen Fahrten auf der Hochbahn in der letzten Zeit wegen ihrer Keuschheit mit dem Angeklagten aufgefallen seien. Der Zeuge gibt in allen Fällen eine gewisse Keuschheit zu, die sich jedoch bei einzelnen dadurch einschränkt, daß die Betreffenden ein stärkeres Gesicht, dunkleres Haar usw. haben.

Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal: Ist dem Zeugen der Postkassierer Adolf Kühn bekannt, der auch unter dem Verdachte der Täterschaft stand? — Zeuge: Ja. — Vert.: Die Polizei hat seinerzeit festgestellt, daß dieser Kühn schwarz sei. Ist das richtig? — Zeuge: Er ist blond. — Vert.: Wir behaupten, daß die Polizei sich mit einem ganz anderen Kühn befahrt hat. Ist es nicht Ihnen und anderen Beamten aufgefallen, daß dieser Kühn am Morgen nach dem Ueberfall mit einer neuen Mütze in den Dienst kam? — Zeuge: Ja, wohl, das war uns aufgefallen. — Vert.: Wo ist jetzt dieser Kühn? — Zeuge: In Südwesafrika. Er hat den Dienst am 31. Mai verlassen, nachdem er selbst vorher gekündigt hatte. — Vert.: Sie kennen doch auch Hrl. Effenberg. Was können Sie über diese sagen? — Zeuge: Sie war eine Durchschnitts-beamtin. — Vert.: War sie nicht eine sehr erregte und nervöse junge Dame? — Zeuge: Nach dem Vorfalle erst zeigte sich dies. — Vert.: Ist die Zeugin nicht mit der Hochbahnverwaltung in Differenzen geraten? — Zeuge: Hrl. Effenberg sollte nach Beendigung ihres Urlaubs Schalterdienst am Stralauer Tor tun, da ihre Arbeiten im Bureau nicht befriedigten und eine Stelle im Bureau auch nicht frei war. Hrl. E. erklärte, daß sie zunächst mit ihrer Mutter sprechen müsse. Sie legte bald darauf einen Brief auf meinen Tisch, wonach sie die Tätigkeit am Stralauer Tor nicht aufnehmen könne. Die Frage, ob dies als Kündigung anzusehen sei, hat sie bejaht

und ist dann aus dem Dienste geschieden. Sie ist am 29. Mai abgegangen und erhebt Entschädigungsansprüche gegen die Hochbahnverwaltung. — Vert.: Wieviel hat er eigentlich so auf, daß Kühn am Morgen eine neue Mütze hatte? — Zeuge: Kühn versäumte am nächsten Morgen seinen Dienst. Er kam dann ins Bureau und sagte, daß er Malheur mit dem Hade gehabt habe. Es fiel auf, daß er einen

gerissenen Mantel

und eine funkelneue Mütze trug. Den Mantel hatte er erst kurze Zeit vorher bekommen und nun war er an der Naht gerissen. — Vert.: Wissen Sie, daß Kühn erzählt haben soll, daß er Fräulein Effenberg schon lange kennt? — Zeuge: Nein! — Vert.: Was war dem Kühn für ein Name? — Zeuge: Er war dem Trunke ergeben und zu Gewalttätigkeiten geneigt. — Präsi.: Wo hat denn der Verteidiger alle diese Notizen her, die er hier plötzlich vorbringt? — Rechtsanw. Dr. Löwenthal: Darüber möchte ich das Amtsgeheimnis bewahren. — Präsi.: Seit wann ist es Ihnen denn bekannt geworden, daß das Tragen der neuen Mütze den Beamten aufgefallen war? — Vert.: Seit einiger Zeit. — Präsi.: Dann begreife ich nicht, daß Sie nicht früher damit hervorgetreten sind, denn dann würde doch eigentlich eine Vertagung und die Verschaffung des Kühn aus Südwesafrika notwendig erschienen sein! — Rechtsanw. Dr. Werthauer wendet sich gegen diese Vorhaltung und meint, daß nach seiner Meinung dies alles ziemlich unerheblich sei; denn wenn das Belastungsmaterial überhaupt schlüssig wäre, könnte es dadurch nicht einträufelt werden. — Staatsanw. Schmidt: Sieht denn der Kühn dem Angeklagten überhaupt ähnlich? — Zeuge Rosenfeld: Die Größe ist ebenso, aber Kühn ist etwas stärker und dunkler blond als der Angeklagte.

Kriminalinspektor Krause:

Nach den Feststellungen der betreffenden Beamten hatte Kühn nachgewiesen, wo er in der bestimmten Nacht gewesen. — Präsi.: Schönborn stand ja wohl zuerst überhaupt nicht in Frage, er wurde vielmehr erst hineingezogen, als der Zerstörerführer sich meldete und von einem Manne sprach, den er zuerst irrtümlich „Schönborn“ genannt hatte. Ist denn mit den Polizeibeamten auch erörtert worden, daß der Kühn im Dienste mit einer neuen Mütze und einem gerissenen Mantel erschienen sei? — Zeuge Kriminalinspektor Krause: Meines Wissens ja! — Rechtsanw. Dr. Werthauer: Wir wollen ja gar nicht behaupten, daß Kühn der Täter gewesen ist! — Präsi.: Dann setzen Sie sich aber in Widerspruch zu dem Angeklagten, der gestern doch behauptet hat, daß Kühn als Täter in Betracht kommen könne. — Rechtsanw. Dr. Werthauer: Meines Wissens hat er dies gar nicht behauptet. — Präsi.: Beweist hat er diese Behauptung aufgestellt. — Rechtsanw. Dr. Werthauer: Dann beantrage ich, den Rechtsanwalt Dr. Löwenthal darüber zu vernehmen, daß der Angeklagte gestern nicht behauptet hat, daß er aus eigenem Wissen sagen könne, daß Kühn den Mordversuch gemacht hat. Das konnte er doch gar nicht sagen, denn sonst hätte er ja dabei gewesen sein müssen! Der Angeklagte hat nur behauptet, daß auch Kühn zu den vielen Leuten gehöre, die ihm ähnlich sehen und gegen die der Verdacht mindestens ebenso gerechtfertigt wäre, wie gegen ihn. — Der Gerichtshof lehnt die Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal ab, da es darüber seiner Beweisaufnahme bedürfe, was zur Kenntnis des Gerichts in der Verhandlung gelangt sei. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Meint der Zeuge Rosenfeld aus seiner Kenntnis der Verhältnisse denn, daß der Ueberfall auf Hrl. Effenberg

überhaupt vorgekommen ist

oder hält er es für möglich, daß vielleicht ihr Bräutigam, den sie nicht nennen will, mit ihr Streit bekommen hat und dann ausgehauert worden ist? (Die antworfende Zeugin Hrl. Effenberg bricht hier in lautes Schluchzen aus.) — Zeuge Rosenfeld: Darüber kann ich selbstredend nichts sagen. — Präsi.: Soll denn überhaupt die Vermutung bestehen, daß der ganze Raubansfall fingiert war? — Rechtsanw. Dr. Werthauer verweist auf die Zeitungsnotizen, wonach Hrl. Effenberg wegen ihrer Entschädigungsansprüche an die Unfallversicherung verwiesen worden sei und diese eine Entschädigung abgelehnt habe.

Darauf folgt das Gutachten des Gerichtschreibers Dr. Jeserich, dem die Aufgabe gestellt war, festzustellen, ob an

dem Mantel und dem am Tatorte aufgefundenen Beil Blut Fleck befunden habe. Dr. Jeserich hat auch die zwei Haare untersucht, die an dem Schwefelheder der am Tatorte vorgefundenen Mütze aufgefunden worden sind. Nach einer eingehenden Darlegung der von ihm angewandten Untersuchungsmethode kommt er zu dem Ergebnis, daß an der unteren Kante des Beils Blut vorhanden war. Was die Haare anbelangt, so könne nie gesagt werden, daß das untersuchte Haar von einer bestimmten Person herrühren müsse. Der Untersuchende könne immer nur sagen, daß die Haare bis ins kleinste Detail mit den als Vergleichsobjekte vorliegenden Haaren übereinstimmen. Dies sei der Fall. Die an der Mütze vorgefundenen Haare stimmen in Farbe, Aufbau, Größenverhältnissen und Formenanordnung mit den Haaren des Angeklagten überein. — Vert.: Können nicht in Berlin und an anderen Orten noch viele Leute existieren, bei denen eine solche Übereinstimmung auch vorliegen kann? — Sachvers. Dr. Jeserich: Beweist.

Der als Sachverständiger von der Verteidigung geladene Prof. Dr. Lassar

schließt sich diesem Gutachten durchaus an. Eine solche streng wissenschaftlich und sorgfältig ausgeführte Haaruntersuchung dürfe nicht als Identitätsbeweis benutzt werden. Man könne nicht sagen, daß es dieselben Haare sein müssen, vielmehr war, daß sie es sein können. Zur Entlastung könne die forensische Haaruntersuchung sehr wohl verwendet werden, indem man Unterschiede feststellt, wenn man aber in positiver Form sagen wollte: die untersuchten Haare sind von einem ganz bestimmten Menschen, so würde man die Individualisierung zu weit treiben.

Zeuge Rosenfeld bestätigt eine Frage des Staatsanwalts dahin, daß Kühn einen schwarzen Schnurrbart hatte.

Staatsanw. Schmidt: Will denn der Verteidiger nun noch die Behauptung aufrecht erhalten, daß der Polizeibeamte einen ganz falschen Kühn gesehen hat?

Rechtsanw. Dr. Löwenthal: Nein, nachdem sich nun herausstellt, daß die Persönlichkeit nur indirekt festgestellt worden ist. Es hat sich aufgeklärt, daß überhaupt kein Kühn gesehen worden ist.

Der Zeuge Kriminalinspektor Krause erklärt, daß er infolge seiner Redereien den Kühn von Status und Angehörigkeit sehr genau kenne und nur sagen könne, daß zwischen ihm und dem Angeklagten absolut keine Ähnlichkeit bestehe.

Staatsanw. Schmidt: Nach dem Gange der Beweisaufnahme stehe er auch heute noch ganz fest auf der Ansicht, daß niemand anders der Täter sei, als der Angeklagte. (Der Angeklagte ruft laut dazwischen: Ich war es nicht!) Man sollte nicht sagen: „so wie der Angeklagte sieht ein Mörder nicht aus“, denn vorgeschriebene Masken für einen Mörder gebe es nur auf dem Theater. Nebenbei habe aber der Angeklagte auch böse Augen und so wie er, verteidige sich niemand, der sich unschuldig fühle. Mit aller Entschiedenheit müsse der Gedanke zurückgewiesen werden, daß der angeklagte Ueberfall vielleicht ein blutig endendes Liebeskonter des Fräulein Effenberg gewesen sei. Der Alibibeweis des Angeklagten sei glänzend mifflüssig. Der Angeklagte habe sich ja nicht in Not befunten, er habe Geld verdient, hatte 100 M. Kaution bei der Hochbahn und 300 M. bei dem Architekten Schönborn zu stehen, aber er halte große Verluste erlitten und aus Gohßucht und in dem Bestreben, das Verlorene wieder einzubringen, habe er den Ueberfall geplant und ausgeführt. Der Staatsanwalt beantragt das Schuldig im Sinne der Anklage.

Die Rechtsanwälte Dr. Löwenthal und Dr. Werthauer verzweifeln die Gründe, die der Staatsanwalt für seinen Indizienbeweis anführt und plädieren auf Freisprechung. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Nichtschuldig, worauf die Freisprechung des Angeklagten sich von selbst ergab.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. M. Penzig. Lebenspredigten von neuem Menschentum. 16 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag Dofar Hemel, Göttesberg (Schlesien). Dramaturgische Blätter. Monatschrift für das gesamte Theaterwesen, herausgegeben von Karl Ludwig Schröder. Halbjährlich 4 M. (Hr.) 1 Jahrg. Heft 9.

Advertisement for Sunlight Soap. The illustration shows a woman in a dark dress washing clothes in a large wooden tub. She is holding a bar of Sunlight Soap. The text 'Sunlight Seife' is written in large, stylized letters. To the right, there is a column of text describing the benefits of the soap. The text reads: 'Sunlight Seife Mit wenig Arbeitsaufwand bewältigen Wäscherinnen und die Waschanstalten beim Gebrauch von Sunlight Seife die schwierigsten Wäschestücke. Sie bedürfen dann keinerlei scharfer Chemikalien und teuflischer Erfindungen zur Erleichterung der Arbeit auf Kosten der Wäsche. Sunlight Seife reinigt allein durch ihre eigene Reinigungskraft — ohne daß derselben bei ihrer Herstellung nur der geringste scharfe Bestandteil beigemischt ist — und zwar durch ihren hohen Fettgehalt. Die Reinheit der zu ihrer Fabrikation verwendeten Fette und Öle wird garantiert. Die Wäsche wird geschont, die Hände und die Haut werden nicht angegriffen. Sunlight Seife erspart Geld und Zeit, Gesundheit und Kraft.'

Anika's Brautstand

in vier Bändchen

getreue Wiedergabe des Milieus der damaligen Zeit aus. Die einzelnen Personen sind meisterhaft gezeichnet und gilt dies besonders von der Heldin der Dichtung. Der Roman ist von Künstlerhand in hervorragender Weise illustriert und elegant in Original-Künstler-Einband gebunden, im Buchhandel zum Preise von 2 M. erhältlich. Den Konsumenten der Sunlight Seife wird er kostenlos und portofrei vom Verlag geliefert. Die Bezugsbedingungen ersieht man aus den jedem Paket Sunlight Seife beigegebenen Erklärungen. Sunlight Seife ist in jedem Kolonialwaren-, Seifen-, Drogen- und anderen einschlägigen Geschäften käuflich.

von Carola von Eynatten.

Der Roman, ein Originalwerk aus der Feder der beliebten Schriftstellerin, spielt zur Zeit der letzten Erhebung in Russisch-Polen in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts und zwar in den höchsten Kreisen der polnischen Aristokratie. Er zeichnet sich durch spannende Handlung, packende Schilderungen und



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 6. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.)

Schauspielhaus. Der Schmutz der Dreda.

Neues. Ein Sommernachtstraum.

Welken. Der Opernhaus.

Walhalla. Eine tolle Nacht.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Der Traum ein Leben.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Schauspielhaus)

Die Ehre des Vaters!

Restaurant: Dresdener Sänger.

General. Zur indischen Witwe.

Leffing. Die Erziehung zur Ehe.

Die stille Forderung.

Reifend. Die Höhle des Löwen.

Kleines. Die Wa.

Trianon. Madame Torera.

Lustspielhaus. Der Familientag.

Thalia. Was ist um Ringe!

Carl Weiß. Der Weltumsegler wider Willen.

Schiller. Spezialitäten.

Luffen. Das Erbe.

Deutsch. Amerik. fischer. Aber, Herr Herzog!

Kaffee. Der Adelmann.

Apollon. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tanzel.

Metropol. Auf - in's Metropol!

Herrnfeld. Die Meyerhains.

Wintergarten. Rosario Guerrero.

Spezialitäten.

Folles Caprice. Nach dem Zapfenstreich.

Soll und Haben.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Passage. Der Mann mit den Hüten.

Walden a. D. × Miss Clifford a. D.

Bänder × Giampietro

Josephi × Massary × Frid-Frid

Steldl × Lilly Walter.

Rauchen in all Räumen gestattet.

Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:

Madame Torera

(Madame L'ordonnance).

Schwanz in 3 Akten v. Jules Gance.

Deutsch von Max Schoenau.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm. Das Ende der Liebe.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Glänzender Erfolg!

„Der Adelsnarr.“

Neu! Rheingold-Trio.

Witz mit dreifachem Pfan etc. etc.

Sonntag nachmittags 4 Uhr.

„Ein Sehn des Volkes.“

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

Marshall

der Mann mit den Hüten.

Georg u. Gusti Edler

Zwölfer Duettisten.

14 erstklassige Nummern.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Heute 3. 25. Rote u. folgende Tage:

Anfang 8 Uhr:

Die Höhle des Löwen.

Schwanz in 3 Akten v. R. Hennequin

und B. W. Haud.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Theater Folies Caprice

Budapester Possen-Theater

132 Linienstr. 132

Ecke Friedrichstraße.

Nach dem Zapfenstreich.

Militär-Humoreske von Satyr.

Vorher:

Soll und Haben

und der ausgezeichnete

Spezialitätenteil.

Kasseneröffnung 7 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Vor-

stellung zu halben Preisen.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Der Weltumsegler wider Willen.

Anfang 8 Uhr.

Sonabend nachmittags 3 1/2 Uhr:

Kinderdarstellung: Die sieben Raben.

Abends 8 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.

Fröbels Allerlei-Theater

Schaubühnen Allee Nr. 148.

Jeden Sonntag, Montag.

Mittwoch:

Konzert, Theater, Spezialitäten.

Stets wechselnde Spielfolge.

Am Sonntag 6 Uhr. Ende 40 Pf.

Wochentl. 8 Uhr. Ende 30 Pf.

Nach der Vorstellung: Tanz.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr:

Der Familientag

### Urania

Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:

Herr O. G. Schillings: Tierleben

der ostafrikanischen Steppe.

Nachmittags 4 Uhr:

Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte

Invalidentstr. 57/62.

P. GASTAN'S

PANOPTICON

Friedrichstr. 165.

Joëls Traum.

!! Pompeji !!

Die Ehre des Vaters!

Restaurant:

Dresdener Sänger.

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr

zum 28. Male:

Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u.

Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.

Musik von Viktor Holländer.

Dirigent Kapellmeister Max Roth.

In Szene gesetzt vom Direktor

Richard Schultz.

Walden a. D. × Miss Clifford a. D.

Bänder × Giampietro

Josephi × Massary × Frid-Frid

Steldl × Lilly Walter.

Rauchen in all Räumen gestattet.

Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:

Madame Torera

(Madame L'ordonnance).

Schwanz in 3 Akten v. Jules Gance.

Deutsch von Max Schoenau.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm. Das Ende

der Liebe.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Glänzender Erfolg!

„Der Adelsnarr.“

Neu! Rheingold-Trio.

Witz mit dreifachem Pfan etc. etc.

Sonntag nachmittags 4 Uhr.

„Ein Sehn des Volkes.“

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

Marshall

der Mann mit den Hüten.

Georg u. Gusti Edler

Zwölfer Duettisten.

14 erstklassige Nummern.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Heute 3. 25. Rote u. folgende Tage:

Anfang 8 Uhr:

Die Höhle des Löwen.

Schwanz in 3 Akten v. R. Hennequin

und B. W. Haud.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Freitag, abends 8 Uhr:

Der Traum ein Leben.

Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen

von Franz Grillparzer.

Sonabend, abends 8 Uhr:

Flachsmann als Erzieher.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Der Traum ein Leben.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Flachsmann als Erzieher.

### Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Freitag, abends 8 Uhr:

Flachsmann als Erzieher.

Romäne in drei Aufzügen von

Dito Ernst.

Sonabend, abends 8 Uhr:

Zum Einsiedler.

Überaus: Augen rechts.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Die Ehre.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Zum Einsiedler.

Überaus: Augen rechts.

## Freie Volksbühne.

III. Serie: 2 Novitäten. Uraufführung

für Berlin:

Die Wölfin. Sizilianische Volksszenen

von Giovanni Verga.

Fräulein Freshbolzen. Komödie von

Klara Fiebig.

Darstellerin der Frau Rosa Bertens.

Titelrollen:

Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Metropol-Theater.

11./12. Abteilung

Nummer Achtzig

und

Der Panzer

9. Kunst-Abend

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr.

Schumann-Heine

Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der

Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.

Sonabend, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

in der Brauerei Friedrichshain:

Herbst-Fest.

Festmarken a 60 Pfg. inkl. Programm in allen Zahlstellen.

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Mitwirkende:

Der gemischte Battkesche Chor. Leitung: Max Battke.

Solisten: Konzertmeister Alexander Wittenborg. Fräulein

Ellenor Westa, Konzertsängerin. Fräulein Olga

Pommerenk, Pianistin. Herr Alexander Dallmann,

Oratorionsänger. Herr Kapellmeister Hans

Hochapfel.

Zur Aufführung gelangen u. a.:

Die Kreuzersonate . . . . . L. v. Beethoven.

Schön Ellen (Battkescher Chor) . . . . . Max Bach.

Loreley Finale (Battkescher Chor)

Der Vorstand. 229/17

Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

### Hasenheide. Neue Welt. Hasenheide.

Sonntag, den 15. Oktober 1905

Große Wohltätigkeits-Matinee

zum Besten der 2342b

Streikenden u. Ausgesperrten der in der Elektro-Industrie beschäft. Arbeiter

und Arbeiterinnen

veranstaltet von dem Gesangsverein „Sorgenfrei“, M. d. A.-S.-B.

und dem Musikverein „ECHO“, Rixdorf.

Eröffnung 11 Uhr. Entree 20 Pf. Anfang 12 Uhr.

XI. Berliner Saison.

Zirkus Busch.

Komischer Galaabend.

Zum 16. Male:

Mexiko.

Große Ausstattungs-Pantomime

aus dem mexikanischen Pflanzenleben.

Inszeniert vom Kommissions-

rat Busch. Verfaßt und ein-

studiert von Herrn Burkhardt-

Footitt. Tänze vom italienischen

Hofballermeister Ottavi. Musik

von Kapellmeister Taubert.

Die Helden vom Yalu u. Port Arthur

in ihren milit. Infanterie-Exerziten.

Japanische Infanterie.

Ausgesuchte Repräsentanten der

Armee des Mikado.

Vier Securs Atletas.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.

Auf vielfachen Wunsch, noch einmalige

Aufführung:

Zumpenmüllers Lieschen.

Schauspiel in 5 Akten u. 3. Heimbürgs

gleichnamigem Roman in d. „Garten-

laube“ von Hugo Busse.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 22Rln. v. Dd. Börse.

Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Das brillante Oktober-Programm.

Romas

mit ihren Picannines.

Serra Comp.

Berliner beste Komposition.

Ein Kater

Schwanz

und neun erstklassige Nummern.

Familienkatten sind in allen

Barbiers, Friseurs- u. Zigarren-

geschäften sowie im Theater-

bureau unentgeltlich zu haben.



Rosario Guerrero

Spanische Tänzerin.

Gebürder Artos, kom. Rockkünstler.

Die mysteriösen Husaren.

Ludwig Amann. Mimiker.

Haroldus Wunderortens.

Coilo de Lössé Dus, Drahtseilakt.

London bei Nacht, Pantom. v. Karno.

### Theater des Westens.

Station Zoolog. Garten. Kantstr. 12.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Versammlung der Bauauschläger

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschickenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

152/13

Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 5 Uhr:

## Versammlung

aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Baage über: „Entstehung und Abstammung des Menschen“. 2. Diskussion. 3. Der Streik bei Siemens und Halske, Ronnenbaum. 4. Erziehung zur Agitationstommission.

Nach der Versammlung:

15 Pf. Entree. Gemütliches Beisammensein mit Tanz. 15 Pf. Entree. Die Ortsverwaltung.

# Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonnabend, den 7. Oktober, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114, dem größten Lokale Berlins:

## Erstes Stiftungsfest.

Reigen- und Kunstfahren,

ausgeführt von den Arbeiter-Radfahrer-Vereinen: Luckenwalde, Rixdorf, der Vereinsliga, sowie dritten Abteilung (Damen u. Herren) des Berliner Vereins.

Turnerische Aufführungen. Humoristische Vorträge. Festpolonaise mit Präsentverteilung etc.

Im großen neuen Saale sowie im Gartensaale: Großer Ball bei drei stark besetzten Orchestern.

Eintritt 50 Pf. — Anfang 9 Uhr.

Räder werden kostenlos und sicher aufbewahrt. Eintrittskarten in der Genossenschaft, Oderbergerstr. 30, erhältlich. Um recht zahlreichen Zuspruch bittet Das Festkomitee.

NB. Arbeitlose Mitglieder haben freien Eintritt. Legitimation ist an der Saalkontrolle vorzulegen.

Sonntag, den 8. Oktober, zur Nachfeier nach Johannisthal, Krüger, Start 2 Uhr an den bekannten Abteilungsplätzen; bei schlechtem Wetter per Bahn, Görlitzer Bahn 2,35, Schlesiische Bahn 2,50. Gäste willkommen.

## „Vorán II“ Einkaufsgenossenschaft des „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

(Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“).

Donnerstag, 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

## General-Versammlung.

Die Geschäftsstelle befindet sich Oderbergerstr. 30 im Laden.

Geführt von 10-2, 4-9; Sonntag 7-10.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

## Musikinstrumenten-Arbeiter!

## Werkstatt-Delegierte! Kollegen!

Die Sammellisten für die Ausgesperrten der Elektro-Industrie sind heute Freitagabend von 8 Uhr an bei Krüger, Raunowstr. 78, in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter. C. Haßner.

# Oeffentliche Versammlung

aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Strawattenbranche

am Freitag, den 6. Oktober ev., abends 8 1/2 Uhr, in E. Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Der augenblickliche Stand unserer Tarifbewegung und was geschieht morgen? Referent: P. Keller. 2. Diskussion.

Kollegen, Kollegeninnen, agitiert für obenstehende Versammlung, es ist vielleicht die wichtigste, welche wir je in unserer Branche haben werden. Es scheint alle, da in dieser Versammlung Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefasst werden, es also auf jede einzelne Stimme ankommt. Niemand darf fehlen.

Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

## Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 8. Oktober, vormittags präzise 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die

## Bezirks-Sitzungen

statt. Tages-Ordnung (in allen Bezirken): Welche Vorteile bietet uns die Lohnarbeit, eventuell wie stellen sich die Kollegen zur allgemeinen Einführung derselben innerhalb unserer Branche?

In Anbetracht obiger Tagesordnung ist es Ehrenpflicht, daß ein jeder Kollege das ihm nächstliegende Bezirkslokal besucht.

Montag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 2):

## Kommissions-Sitzung.

Der Obmann.

94/4

# Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!

(Schönhauser Vorstadt.)

Sonntag, den 8. Oktober, abends 6 Uhr, in den Berolina-Festsälen, Schönhauser Allee 28:

## Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Davidsohn über: Den hiden Wilhelm. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein Der Vertrauensmann.

Achtung!

Achtung!

# Streikende und Ausgesperrte!

Freitag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4, eine Versammlung für alle diejenigen Ausgesperrten der Elektrizitäts-Industrie statt, welche Schadenersatz für nicht fertig gestellte Aufträge von ihren Firmen erheben wollen.

152/12

Das Zentral-Streikkomitee. J. A. U. Cohen.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

134/15

## Sektion der Putzer!

Sonntag, den 8. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Dachne über „Das Unfallversicherungs-Gesetz und Unfallverhütungsvorschriften“. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1905. 3. Interne Vereinsangelegenheiten. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die örtliche Verwaltung. J. A. U. Neumann.

Kollegen! Im Anbetracht des Riesenkampfes, welcher, hervorgerufen durch eine über alle Massen proflig Kapitalistenherrschaft, den Berliner Arbeitern in der Elektrizitäts- und Metallindustrie aufgebunden worden ist, hat der Vorstand beschlossen, dem Rufe der Berliner Gewerkschaftskommission folgend, Sammellisten für die Ausgesperrten auszugeben und ersuchen wir die Kollegen, sich wenn irgend möglich noch im Laufe dieser Woche in den Besitz derselben zu setzen, damit unverzüglich mit dem Sammeln begonnen werden kann. Die Listen sind im Bureau der Putzer oder am Sonntag in der Versammlung in Empfang zu nehmen.

D. C.

# Achtung! Maurer! Achtung!

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umg.

Sonntag, den 8. Oktober, vormittags Punkt 10 Uhr:

## General-Versammlung.

in der Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion vom 20. September über die in der Feenpalast-Versammlung angenommene Resolution. 2. Anträge des Ausschusses und Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten.

Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet! Mitgliedsbuch legitimiert!

NB. Da in dieser Versammlung Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefasst werden sollen, ist es Pflicht der Mitglieder, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Die Sammelunterlagen werden ersucht, die Sammelungen für die ausgesperrten Metallarbeiter einzuleiten. Sammellisten sind im Bureau Hirtenstr. 20 in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

# Sechs populäre Volks-Vorträge

frei nach Ernst Häckel über

## Die Abstammung des Menschen

mit 49 künstlerischen Lichtbildern

gehalten von Herrn August Kahl-Jena.

Diese sechs Vorträge werden im Interesse der Volksaufklärung von der Berliner Freireligiösen Gemeinde arrangiert. Der Vortrag des Herrn Kahl sowie die dazu gehörigen Lichtbilder sind von Herrn Professor Ernst Häckel geprüft und die Lichtbilder sowie die Anordnung des Vortrages von ihm mit dem Prädikat vortrefflich belegt worden.

Zutritt für jedermann. Entree nur 20 Pf.

Die Vorträge finden statt abends Punkt 9 Uhr und zwar:

Donnerstag, den 19. Oktober, bei Keller (Großer Saal), Koppenstr. 29.

Freitag, den 20. Oktober, bei Ballschmieder, Gesundbrunnen.

Sonnabend, den 21. Oktober } Lokale werden noch bekannt gegeben. Saalbesitzer, welche diese Tage noch frei haben, mögen sich bei den Unterzeichneten melden.

Sonntag, den 22. Oktober

Montag, den 23. Oktober, im Volkshaus, Charlottenburg.

Dienstag, den 24. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Es finden nur diese sechs Vorträge statt.

Vereinsvorstände werden ganz besonders auf diese Vorträge aufmerksam gemacht.

Billets im Vorverkauf an den Billettsstellen der Freireligiösen Gemeinde und bei A. Hoffmann, Stamenstr. 141, W. Mohs, Fichtstr. 70 II und B. Schröder, Passauerstr. 3, Laden. Gegen Einzahlung des Betrages nebst Porto auch direktlich.

# Arbeiter-Samariter-Kolonne. Winter-Kursus 1905/06.

Der Kursus beginnt in der 1. Abteilung Dresdenstr. 45 am Dienstag, den 10. Oktober; 2. Abteilung: Montag, den 16. Oktober, Brunnenstr. 154; 3. Abteilung: Donnerstag, den 12. Oktober, bei Obit, Schönberg, Reisingerstr. 8; 4. Abteilung: Donnerstag, den 19. Oktober, in Lichtberg in der Schul-Aula Kronprinzenstr. jedesmal 9 Uhr abends beginnend. Der erste Vortrag in jeder Abteilung lautet: Zweck und Ziele der Kolonne und Anatomie (Bau des menschlichen Körpers). Das Einschreibegeld beträgt 25 Pf., der Monatsbeitrag 25 Pf. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Im Anschluß an die Vorträge finden praktische Übungen statt. Ebenso steht den Mitgliedern die Bibliothek zur Verfügung. Mitglied kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin werden, welche das 18. Lebensjahr erreicht haben.

Am Freitag, den 13. Oktober, findet ein einführender Vortrag im Restaurant des Genossenschaftshauses, Stargarderstr. 3, statt. Bei genügender starker Beteiligung wird daselbst eine 5. Abteilung für das Schönhauser Viertel eröffnet.

Um zahlreiche Beteiligung an den Kursen ersucht

Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Weihenfer.

Am 4. d. M. nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Möbelpolierer

## Franz Sonneberger.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Köpenstr. 48, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

98/00

# General-Versammlung

der Kranken-Unterstützungs- u. Begräbniskasse

der Lederzurichter

Berlin (G. P. Nr. 50)

am 15. Oktober, vormittags 10 Uhr,

bei Feind, Weinstraße 11.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung vom dritten Quartal 1905. 2. Wahl der Revisoren. 3. Geschäftliches.

Der Vorstand.

J. A. U. Gustav Busse, Vorsteher.

# Arb.-Radf.-Verein „Kette“ Tegel.

Sonnabend, den 14. Oktober 1905:

## 5. Stiftungsfest

in W. Trapp's Festsälen verbunden mit

Reigenfahren, Radf.-Pantomime, Aufführung lebender Bilder und

BALL.

Da die Sportgenossen freundlichst eingeladen sind.

Der Vorstand.

# Ortskrankenkasse der Möbelpolierer.

Die Zahlstelle (Südost) Raunowstr. 6, befindet sich vom 7. Oktober 1905 ab in der

Mariannenstraße 35

bei Schabbeek.

Berlin, den 4. Oktober 1905,

Der Vorstand.

# Reeller Gelegenheitskauf! Umzug

um schnell zu räumen verkauft

Teppiche, Sofa-Größe 3,50 bis 7,50

Teppiche, auch für größere Zimmer 8,50 - 25,00

Teppiche, auch Salon-Größe, in prima Velour u. and. Prima-Qualitäten

27,50, 32,50, 37,50, 45,00 etc.

Teppiche, gute Arbeit und Einlage, 3,00 3,50

4,50, 6,50, 7,50, 9,50 etc.

Teppiche, große Auswahl.

2,50, 3,50, 4,50, 6,50, 7,50, 9,50 etc.

Teppiche, auch in Erbstill u. Spaehel sehr billig

Portieren in Plüsch und Tuch, abgepaßt für Fenster und Türe,

komplett 4,00, 5,00, 6,50, 8,50 etc.

Tischdecken in Plüsch, Tuch und Wolle 2,50, 3,50,

4,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,00,

4611L\* 8,00, 9,00 etc.

Läuferstoffe in großer Auswahl, Reste für die Hälfte.

Teppichhaus Rosenberg

82 Landsbergerstr. 89.

98/10

# Achtung! Buchdruckerei-Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen!

Bei der Firma Hempel & Co. sind Differenzen zwischen der Geschäftsleitung der Firma und dem Hilfspersonal ausgebrochen, die zur Arbeitsentziehung des Hilfspersonals geführt haben. Wir bringen dies zur Kenntnis des organisierten Hilfspersonals mit dem Ersuchen, Zugunsten streng fernzubleiben.

Die Ortsverwaltung Berlin II.

# H. Zimmermann

Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,

Uhren-Großhandlung. 4192L\*

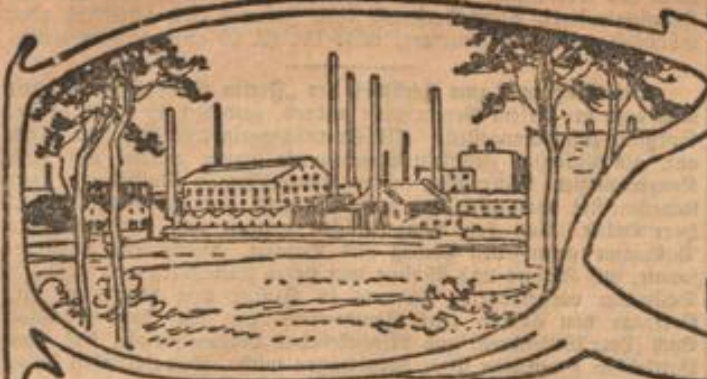
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur. Strong rooll. — Billigste Preise.

98/10



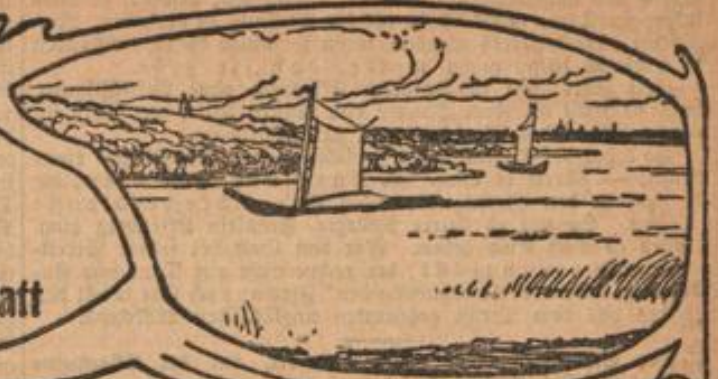






# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1933.

Nr. 234. Freitag, den 6. Oktober 1905.

Inserate Sechspaltige Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Rixdorf.** Sonntag ist Flugblattverbreitung. Die Parteigenossen versammeln sich morgens 8 Uhr in den bekannten Lokalen. Reges Beteiligung ist geboten.

**Wilmersdorf.** Sonntag früh 7 1/2 Uhr ist von den bekannten Bezirken aus Flugblattverbreitung. Die Parteigenossen werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

**Steglitz.** Zur Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter sind von heute ab Sammlungen beim Obmann F. Döring, Steglitz, Hubertusstr. 5, Stfl. IV, zu haben. Ueber die Sammlungen wird öffentlich im „Vorwärts“ quittiert werden. Gewerkschaftskommission von Steglitz und Umgegend.

**Gehweiler.** Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht der Genossen, sich ohne Ausnahme daran zu beteiligen.

**Reich.** Am Sonntag findet eine „Vorwärts“-Verbreitung statt. Ausgabe morgens 7 1/2 Uhr in den Bezirkslokalen. Pünktliche Beteiligung aller Genossen erwartet. Der Vorstand.

**Friedrichshagen.** Sonntag morgen 8 Uhr ist Flugblattverbreitung. Die Parteigenossen werden gebeten, sich pünktlich bei Loose, Luisenstraße 20, einzufinden.

**Waidmannslust und Umgegend.** Der Wahlverein hält Sonntag nachmittags 4 Uhr in Waidmannslust bei Hoffmann (Schweizerhändchen) eine öffentliche Mitgliederversammlung ab. Stadterordneter Genosse Krogge-Berlin referiert über die Frage: „Was will die Sozialdemokratie?“ Außerdem steht zur Verhandlung der Entwurf eines Organisationsstatuts für die Provinz Brandenburg (siehe „Vorwärts“ vom 3. Oktober). Die wichtige Tagesordnung macht es allen Genossen zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

**Johannisdahl—Nieder-Schönau—Rudow.** Sonntagnachmittag 4 Uhr ist im Lindenhof, Friedrichstr. 61 zu Johannisdahl, eine öffentliche Parteiverammlung mit der Tagesordnung: „Verichterstattung vom Parteitag“. Frauen haben Zutritt. Ueber die von den Wahlvereinen der Orte ausgegebenen Billets zur Kranlaborstellung ist Sonntag, den 15. Oktober, abzurechnen.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

**Die Wucherer an der Arbeit.** Ein Sprüchlein unserer freistündigen Kommunalpolitiker lautet, daß Grundbesitzer ein weit größeres Interesse an der Entwicklung der Gemeinde haben als arme Schüler und daß sich schon daher die Zweidrittel-Majorität in der Gemeindeverwaltung rechtfertige. Einige Proben für dies Argument: In der Kampsche Ostbahndrücke in der Frankfurter Chaussee befindet sich eine der wenigen gärtnerischen Anlagen. Den Streifen Landes anzukaufen, der bisher einer der vielen Terracinggesellschaften gehörte, die hier ihre Millionen verdienen, war der Gemeinde seit Jahren nahegelegt. Die etwa 30 000 M. betragende Ankaufssumme sollte angeblich zu dem Nutzen eines solchen Platzes nicht im Verhältnis stehen. Nun ist dieser Streifen für 60 000 M. an einen Baumunternehmer verkauft worden, der sich mit etwa 18 000 M. „Verdienst“ begnügen will, wenn die Gemeinde den Streifen als „Platz“ erhalten wissen möchte.

Die Ederische Fabrik hat zur Arrondierung ihrer Fabrikanlagen zwei Nachbargrundstücke angekauft. Zur besseren Ausnutzung dieser Grundstücke wird die Aastierung einer im Bebauungsplan vorgeschlagenen, aber noch nicht angelegten Straße verlangt. Um zunächst der Gemeinde die Dringlichkeit nahe zu legen, drohte die Gesellschaft im Belagerungsfall mit Verlegung der ganzen Anlage nach einer anderen Gemeinde. Nebenbei gesagt, ist der Direktor des Eder-Werkes Gemeindevorsteher. Da nun die Interessen anderer — darunter auch eines Gemeindevorstehers — die Verbeibehaltung der Straße erforderlich erscheinen ließen, so wurde der Antrag abgelehnt. Jetzt werden Entschädigungsansprüche an die Gemeinde geltend gemacht. Der Antrag, das zur projektierten Straße benötigte Land zu bebauen, wurde abgelehnt. Deshalb fordert die Gesellschaft als Besitzende im Interesse der Gemeinde für den Quadratmeter 20 M. Das in diesem Jahre angekaufte Hübnerische Grundstück war für 1904 mit 6 M. pro Quadratmeter zur Grundwertsteuer veranlagt. Das von derselben Gesellschaft mit 30 M. pro Quadratmeter angekaufte Hellerische Grundstück brachte für 1904 8 M. pro Quadratmeter Grundwertsteuer. Im selben Verhältnis dürften die „Besitzenden“ der „ererbten Ländereien“ eingeschätzt sein — alles im Interesse der Gemeinde!

Die Terracinggesellschaft am Zentralbahnhof hat von der Gemeinde die Abänderung des Bebauungsplanes zugunsten einer besseren baulichen Ausnutzung ihres Geländes erreicht. Als Entschädigung für das Entgegenkommen und im besonderen für die bewilligte Verkleinerung eines öffentlichen Platzes verlangt die Gemeinde Grundstücke für öffentliche Zwecke im Gesamtumfang von 6 Morgen, das ist nicht die Hälfte des freigegebenen Platzterrains. Die Gesellschaft ist erbötig, 2 Morgen zu bewilligen. Der Mittergutsbesitzer Müller hat auf seinem Fabrikterrain einen Platz der Gemeinde aufzulassen; diesen Platz mit Eisenbahngleisen zu belegen und als Rangierbahnhof auszubauen hält er sich auf Grund des Einverleibungsvertrages für berechtigt, im Interesse der Gemeinde. Wird er seinen Zweck erreichen?

Diese Beispiele können fortgesetzt werden.

### Steglitz.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins zu Steglitz erstatteten die Vereinsfunktionäre den Jahresbericht. Aus den Mitteilungen des Vorsitzenden sei folgendes erwähnt. Es fanden 12 Mitgliederversammlungen statt, von denen acht Berichte über die verschiedensten Gegenstände brachten. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 13 Sitzungen, zwei davon waren Schiedsgerichtsungen. Die Bezirksführer wurden achtmal zu geschäftlichen Zwecken zusammengerufen. Außerdem fanden fünf öffentliche Versammlungen statt. Flugblattverbreitungen wurden sechs vorgenommen. Die Landtagation wurde auf zwei Agitationstouren erledigt, welche unsere „leichte Kavallerie“ mit gewohnter Präzision ausführte. — Der Mitgliederbestand, welcher 1903: 130, 1904: 259 betrug, hat sich auf 383 gehoben; im Vergleich zu den bei öffentlichen Wahlen für unsere Partei abgegebenen Stimmen muß die Mitgliederzahl eine kleine genannt werden; es ist demnach noch ein

reiches Arbeitsfeld vorhanden. Ausgetreten sind im Laufe des Jahres 9 Mitglieder, gestorben ist ein, der Genosse Kieker; dessen Andenken wird in üblicher Weise geehrt. Die einzelnen Berufe sind wie folgt vertreten: Manier 91, Arbeiter 70, Tischler 27, Zimmerer 24, Topfer 10, Gastwirth 12, Bauarbeiter 11, Maler und Schlosser je 10, Stukaturer 9, Steinseger 8, Buchbinder 7, Buchhändler, Klempner, Tapezierer 5, Bäcker, Finger Kaufleute, Metallarbeiter 4, Drechsler, Schuhmacher, Dachdecker, Barbier, Schneider, Kleber, Wärtner, Steinmeyer, Pflanzhändler, Maschinenführer, Zeitungshrediteur, Topfwarenhändler, Gewerkschaftsbeamter, Radler, Schirmmacher, Rohrleger, Schriftsteller, Kapellmeister, Sattler, Schleifer, Mechaniker, Kutscher, Gelbgießer, Uhrmacher, Kolonialwarenhändler, Ristenmacher, Lagerhoffer, Marmorhändler, Lithograph, Bleienleger je 1 Mitglied. Der Massenbericht für das vierte Quartal ergibt eine Einnahme von 302,00 M., an den Zentralverein wurden abgeführt 261,75 M., am Orte verausgabt 40,82 M., bleibt Bestand 100,03 M. Die gesamte Jahreseinnahme betrug 1814,66 M., die Gesamtausgabe 1378,58 M. Der Bibliothekar sagt über schwache Benutzung des Bücherchapes. Auch der Obmann der Lokalkommission kann nicht Erfreuliches berichten. Die Neuwahlen gingen ziemlich glatt vonstatten, indem der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt wurde, ergänzt durch Genossen Diering als stellvertretender Bibliothekar. Auch von den Bezirksführern und deren Stellvertretern wurden die meisten der bisherigen Genossen wiedergewählt; jedenfalls ein erfreuliches Zeichen einerseits von Arbeitsfreudigkeit und von Vertrauen der Mitglieder andererseits. — Vor den Wahlen wurde noch beschlossen, daß eine einjährige Mitgliedschaft Bedingung ist für Uebertragung eines Amtes. Ferner wurde beschlossen, von jetzt ab die Bibliothek an jedem Mittwoch nach dem 1. und 15. des Monats zu öffnen. — Die Diskussion über den Entwurf des Statuts der Organisation von Groß-Berlin wurde vertagt. — Der Antrag auf Aufhebung des Hausfassens wurde abgelehnt. — Ein Ausschlußantrag wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Nachzutragen aus dem Bericht des Vorsitzenden ist noch die für die Mitglieder beschämende Tatsache, daß von den 383 Mitgliedern nur 224 „Vorwärts“-Leser sind. — Zur Vorbereitung eines demnächst zu veranstaltenden Kunstabends wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt. — Neu aufgenommen wurden vier Genossen.

### Spandau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins zu Spandau erstattete Kieger Bericht vom Parteitag in Jena. Während Kieger in längeren Ausführungen sich mit den dort gefassten Beschlüssen im wesentlichen einverstanden erklärte, gab in der Diskussion Tempeler zu erkennen, daß er nicht so befriedigt sei wie der Referent. Tempeler bekämpfte das Organisationsstatut, weil darin nicht scharf genug zum Ausdruck komme, wer Parteigenosse sei. Auch die Waiseier-Resolution lasse der Waiseier Tür und Tor offen. Was die Frage des Massenstreiks betreffe, so scheine Bedenken der klaren Waiseier für die Stimmung der Arbeitermassen zu fehlen, bei denen der Idealismus aufhöre, wo der Hunger anfangen. Er zweifle an dem Erfolge eines Massenstreiks. Der Streit zwischen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ hätte offen vor dem Parteitag erledigt werden sollen. Es trage nicht zur Hebung der „Neuen Zeit“ bei, wenn so unerquidliche Erörterungen, wie die über „Wem und Aber“ unserem wissenschaftlichen Organ überwiegen werden. Solz kritisierte die Stellung verschiedener Gewerkschaftsführer in der Waiseierfrage, erklärte sich aber im allgemeinen mit dem Resultat des Parteitages einverstanden. In einem podenden Schlusswort wies Kieger darauf hin, daß es jetzt Sache der Parteigenossen sei, für Ausführung der Beschlüsse des Parteitages zu sorgen. Nachdem der Redner noch zur Unterstützung der Opfer des Ausstandes in der Elektrizitäts-Industrie aufgerufen hatte, nahm die Versammlung mit allen gegen drei Stimmen folgende Resolution an:

Die Versammlung des Spandauer Wahlvereins erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und dem Verhalten der zum Parteitag delegierten Genossen des Wahlkreises Spandau-Ostbaveland einverstanden. Insbesondere ist sie einverstanden mit der Art und Weise, wie der Parteitag die Waiseier- und Generalstreikfrage erledigt hat. Jedoch hätte sie gewünscht, daß der Parteitag etwas mehr für die Aufklärung der militärgerichtlichen Jugend getan hätte, da ja die Aufklärung der Arbeiterschaft und insbesondere der militärpflichtigen Jugend im engsten Zusammenhang mit der Generalstreikfrage steht.

Außerdem wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung spricht den mutigen Kämpfern gegen den prohenhaften Hebermut der Berliner Elektropolitiker ihre uneingeschränkte Sympathie und Anerkennung aus und fordert sie auf, in diesem ihnen aufgezwungenen Kampfe tapfer auszuhalten. Die Versammelten verpflichten sich, für eine tatkräftige finanzielle Unterstützung der Streikenden zu sorgen und richten deshalb an den Kreisvorstand den Antrag, unverzüglich eine Sammlung im Kreise zu veranstalten.

## Berliner Nachrichten.

### Die Pläne der Großen Berliner.

Der Freiherr v. Hedlich-Reulich leistet sich einen ganz großen Leiharzettel im „Tag“, um den Nachweis zu liefern, daß nach dem heutigen Stande der Kleinbahnengesetzgebung gegen die hier schon geltend gemachten Pläne der Großen Berliner Straßenbahn nichts einzuwenden sei. Die Stadt Berlin habe eigenlich, so meint der Freiherr Octavio, nichts weiter als Ja und Amen zu den Projekten zu sagen, denn das Kleinbahngesetz gestatte ihr nicht einmal die Prüfung der Baupläne in ihren Einzelheiten. — Es würde direkt der gesetzgeberischen Absicht zuwiderlaufen, wenn die Beschlussfassung über die Zustimmung (der Stadt Berlin zu dem Projekt) von einer Einzelprüfung des Planes abhängig gemacht werden wollte, wie sie im Genehmigungsverfahren zu erfolgen hat. Das ließe geradezu der alle in den Staatsbehörden übertragene Entscheidungsvorgang und wäre eine durchaus unangehörige starke Vereinfachung und Verzögerung des Verfahrens, weil die etwa vorhandenen Rationen dubitandi (Wedenken) ohnehin bei dem Genehmigungsverfahren voll zur Geltung kommen und, wenn sie als begründet erkannt werden, zur Verfassung der Genehmigung oder zu deren nur bedingungsweise Erteilung führen.“

Aus dem freiherrlichen Juristenarzen in verständliches Deutsch übertragen, heißt das: die hochwohlwollende Staatsbehörde wird sich einen Druck um die Ansehen der Berliner Stadtverwaltung kümmern; sie entscheidet selbstherrlich über die ihr zur Genehmigung vorgelegten Projekte, ohne daß die Stadt auch nur das geringste dabei mitzureden hat!

So sieht es mit dem berühmten Selbstverwaltungsrecht auf einem der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens.

An der Tat hat nach dem Kleinbahngesetz von 1892 die Genehmigung einer Kleinbahn nur einen polizeilichen Charakter; sie wird dem Ansucher ohne Rücksicht auf ein etwa bestehendes oder nicht bestehendes Bedürfnis erteilt, verbürgt ihm aber auch nicht die Möglichkeit der Ausführung, weil mit der Kleinbahnkonzeption die Erteilung des Enteignungsrechts nicht (wie das bei der Erteilung des Verbleibens zur Erbauung einer Vollbahn immer der Fall) verbunden ist. Wer eine Kleinbahn, deren Konzeption ihm von der staatlichen Verwaltungsbehörde, nämlich dem Landrat oder dem Regierungspräsidenten, in Berlin dem Polizeipräsidenten, übertragen wurde, bauen will, muß sich also auch noch das Enteignungsrecht erwirken, oder den Wegeunterhaltungspflichtigen zu bestimmen lassen, daß er ihm die Benutzung öffentlicher Wege gestattet. Diese Benutzungserlaubnis kann nun freiwillig durch die Verwaltungsbehörde „ergänzt“ werden; die „Ergänzung“ ist aber, ebenso wie die Erteilung des Enteignungsrechts, an den Nachweis geknüpft, daß ein öffentliches Interesse für die Bahn besteht.

Aus diesen Angaben sieht man schon, daß das preussische Kleinbahngesetz der Willkür der Bureaucratie geradezu Tür und Tor öffnet. Berlin hat so einen Vorgeschmack davon zu verspüren bekommen, als der verflorenen Thielens seinem früheren Ministerialdirektor Wiede die Konzeptionsverlängerung bis 1949 für das jetzt bestehende Bahngesetz der Großen Berliner ohne Benachrichtigung der Stadtbehörden schenkte. Es ist einfach unerhört, daß die Konzeptionserteilung oder -Verlängerung unter dem Ausschluß des Rechtsweges in letzter Instanz von dem Ministerium abhängt. Die Interessen der Gemeinden werden durch das Kleinbahngesetz geradezu mit Füßen getreten. Führende Juristen, wie der bekannte Herr Eger, haben sogar behauptet, es sei den Städten, die doch die Eigentümerinnen der Straßen sind, nicht einmal erlaubt, die Feststellung und Genehmigung der Projekte sich zu erzwingen, ebensowenig wie die Festsetzung von Kaufpreisen, Sicherheitseinrichtungen, Betriebsystem, Spurweite, Art der Befestigung des Bahnlagers, Konstruktion der Betriebsmittel, Aufstellung bestimmter Fahrpläne, Abmessung der Teilstrecken, Einföhrung bestimmter Tarife u. a. m. Alles das steht höchstens der Konzeptionsbehörde, also der Polizei, zu. Freiherr v. Hedlich hat genau in dieselbe Herde und denunziert die habsbischen Behörden schon jetzt wegen etwa möglicher Kompetenzüberschreitungen!

Aber der Liebe Mühe wird umsonst bleiben. Nach § 6 des Kleinbahngesetzes können sich die Wegeunterhaltungspflichtigen (d. h. hier die Gemeinde Berlin) den Erwerb der Bahn nach Ablauf einer bestimmten Frist vorbehalten. Die Große Berliner kann im Jahre 1919 von der Stadtgemeinde angekauft werden; die Konzeptionsverlängerung bis 1949 ändert daran gar nichts. Mit der kann Herr Wiede dann spazieren gehen. Wann jetzt die Straßenbahn ihre Konzeption erweitern haben will, so mag sie dabei vielleicht der freundwilligen Mithilfe der Staatsbehörden sich schon vorher gesichert haben. Aber das ist wiederum für Berlin bedeutungslos. Geht den Fall, die „Große“ baute ihre Tunnelstrecken wirklich; dann müßte die Stadt sehr unglücklich beraten sein, wenn sie auch auf diese ihr Ankaufsrecht im Jahre 1919 ausübte. Damit könnte sie gut und gerne z. B. bis 1949 warten! Die Straßenbahn bildet sich wahrscheinlich ein, durch das „Gesetz betr. das Hindernis an Privatbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsverpflichtung in dieselben“ vom 10. August 1895 würde der Kleinbahn (hier der Großen Berliner) der Charakter einer Einheit im rechtlichen Sinne mit der Wirkung gegeben, daß sie nunmehr nur noch als Ganzes zum Gegenstand von Rechtsgeäften gemacht werden könne. Danach wäre dann gegebenenfalls die Stadt verpflichtet, die Bahn 1919 mit allen den Tunnelstrecken oder aber überhaupt nicht zu übernehmen. Das ist nach unserer Ansicht durchaus rechtswidrig. Die Abmachungen aus § 6 des Kleinbahngesetzes tragen den Charakter gewöhnlicher Verträge und unterliegen der zivilen Rechtspflege; über Änderungen und Erweiterungen der im Verträge stipulierten Rechte und Pflichten kann nur ein neuer Vertrag entscheiden. Und dabei hält die Stadt alle Trümmer in ihrer Hand. Trotz Herrn Wiede und seinem Freiherrn v. Hedlich!

### Dank vom Hause Siemens u. Halske.

Aus dem soeben beendeten Prozeß wegen des Raubmordanschlages auf eine Hochbahnverläuferin der Hochbahn verdient eine Episode, die in der Schwurgerichtsverhandlung nur nebenbei erwähnt wurde, eine nähere Besprechung. In dem Prozeßbericht heißt es, Fräulein Esfenberg, das Opfer des Raubmordanschlages, sei infolge des Ueberfalles und der Beschädigung ihrer Gesundheit jetzt ergriffen, denn sie sei aus dem Dienste der Hochbahn entlassen worden.

Man stelle sich vor: Ein junges Mädchen wird durch einen Raubgesellen überfallen und zu Boden geschlagen. Sie nimmt ihre letzte Kraft zusammen, schreit um Hilfe, jagt dadurch den sechsen Räuber in die Flucht und rettet auf diese Weise für die Direktion der Hochbahn die ganze Tageskasse, mehr als tausend Mark. — Man sollte meinen, die Eigentümerin der Hochbahn, die Firma Siemens u. Halske, würde das in Ausübung seiner Berufsaufgabe überfallene und gesundheitslich geschädigte Mädchen nicht nur für die ausgestandenen Leiden schadloß halten, sondern es auch noch für die Rettung des Geldes besonders belohnen. Gehört doch diese Firma zu denjenigen, die sich gerade jetzt mit ihren Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter in bürgerlichen Zeitungen genalig drücken.

Aber nein. Statt Dank und Anerkennung erhält das unglückliche junge Mädchen die Entlassung. — Die Firma kann zwar den Entwand machen, Fräulein Esfenberg sei nicht entlassen worden, sondern habe ihre Stellung selbst aufgegeben. Formell ist das richtig. In Wirklichkeit hat man der Dame jedoch das Verbleiben im Dienste der Hochbahn unmöglich gemacht, so daß ihr nichts anderes übrig blieb als zu gehen.

Als Fräulein Esfenberg nach dem Ueberfall sich wieder zum Dienst meldete, hat sie, man möge sie im Bureau beschäftigen, wo sie schon vor der Ausübung des Schalterdienstes tätig war. Fräulein Esfenberg begründete dies Ersuchen mit der Gesundheitschädigung, die sie infolge des Ueberfalles davongetragen hatte, sie könne wohl die leichtere Bureauarbeit, aber nicht mehr den schweren Schalterdienst verrichten. Die Bitte wurde jedoch nicht erfüllt. Fräulein Esfenberg sollte wieder Fahrkarten verkaufen, aber nicht wie früher auf der Station Zoologischer Garten, sondern am Stralauer Tor. Da der Schalterdienst morgens 7 Uhr beginnt, nach Schluß des Vorkaufbetriebes erst endet und dann noch Kasse gemacht werden muß, so würde das junge Mädchen, da es in Charlottenburg wohnt, nur eine Nacht von etwa zwei Stunden gehabt haben. Und das, wo ihre Gesundheit durch den räuberischen Ueberfall ohnehin geschwächt war. Da man ihr die Bureauarbeit nach wie vor beibrachte und auf der Ver-



richtung des Schallerdienstes am Scauer Tor bestand, so blieb der junge Mann nicht übrig, als die Stellung zu verlassen. Man wird ihm ohne weiteres glauben, wenn die unter diesen Umständen den Eindruck hatte, man wolle, daß sie gehe.

Seit jener Zeit ist Fräulein Effenberg ohne Beschäftigung. Wenn sie nicht an ihrer Mutter eine Stütze hätte, wer weiß, in welchem Winkel des Elends sie jetzt zu finden wäre.

So lohnt der Kapitalismus, so lohnt eine „noble Firma“ treue Dienste. — Merkt es Euch, Ihr Handlungsgehilfen, die Ihr jetzt in den Elektrifizationswerken Streifenarbeiterdienste verrichtet. So wie es Eurer Kollegin, Fräulein Effenberg ging, so wird es auch Euch gehen. Wer von Euch bei seiner Streifenarbeiterarbeit der ungünstigen, der rasch nicht auf Dank und Anerkennung seitens der „wohlwollenden“ Firma; auch ihm winkt das Los des aus dem Dienst geprägten unglücklichen Mädchens.

**Der Schnell-Omnibus.** Wie gemeldet, hat die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft der Verkehrspolizei vorgeschrieben einen Probezug für Personen-Transport vorzuführen, nach dessen Muster noch mehrere solcher Wagen in Bestellung gegeben worden sind. Der neue Wagen wird nicht, wie in einigen Blättern irrtümlich gesagt war, elektrisch, sondern durch Benzol-Rotoren angetrieben. Wahrscheinlich wird später Spiritusbetrieb gefordert werden, wie dieser ja auch für die Automobildroschen vorgezogen ist. Das neue Modell ist der Vorbote einer gänzlich umgestalteten des Omnibus-Vertriebes, es ist der erste „Schnell-Omnibus“, der nicht, wie die jetzt zirkulierenden Wagen dieser Spezies, überall nach Bedarf, sondern nur an bestimmten Haltepunkten, wie die Straßenbahnwagen, Halteplätze aufnehmen und abgeben soll. Wenigstens soll der Betrieb mit mehreren „Schnell-Omnibussen“ zu werden für die einzelnen Linien, nach Einvernehmen mit der Verkehrspolizei, Haltestellen festzulegen; bis dahin wird, während des Probebetriebes, ein Beamter der Gesellschaft die Linienpunkte der Linie markieren, an welchen der „Schnell-Omnibus“ regelmäßig halten soll.

**Ein geheimnisvolles Heilmittel gegen die Tuberkulose** soll Professor Behring, dem die Wissenschaft das Diphtherieserum verdankt, nach Pariser Mitteilungen entdeckt haben. Professor Behring ist zurzeit auf dem in Paris tagenden Tuberkulose-Kongress, hat dort aber über sein Heilmittel, über das schon früher allerdings verlautete, wider Erwarten geschwiegen. Nun wird gemeldet, daß er den Forschern Mour und Reichnikow in Paris, sowie einem — Interviewer Aufklärungen gegeben habe. Diesem Herrn sagte er angeblich, daß er glaube, das Mittel zur Verhütung und Heilung der Tuberkulose gefunden zu haben; es handle sich weder um ein Serum noch um eine Impfung. Aber er sei seiner Sache vollkommen sicher, die Kranken dürften hoffen und er gebe im August nächsten Jahres sein Geheimnis den Ärzten zum besten. Aus verschiedenen Ursachen fühle er sich zu einer Mitteilung an den Kongress nicht veranlaßt. Ferner soll Behring noch erklärt haben, daß er für sein Studium alles in den letzten Jahren Erworben herausgibt habe und daß er sich Kaiser Wilhelm II. verpflichtet fühle, weil dieser durch die ihm in Marburg geschaffene Situation die Beendigung der Forschungen ermöglicht habe. Das alles klingt ein bisschen nach Charlatanerie. Hoffentlich täuschen sich aber weder Professor Behring noch die Kranken, die jetzt auf ihn bauen.

**Patriotismus und Geisteskrankheit.** Polizeilich aufgelöst wurde gestern abend eine Pädler-Versammlung, die erste, die Graf Pädler nach seinem Wlogauer Prozeß und dem längeren Aufenthalt in Klein-Tschirne wieder in Berlin abhielt. Der Versammlungssaal bei Büggenshagen war überfüllt. Das Thema war: „Meine letzte Gerichtsverhandlung in Wlogau“. Wie er einleitend bekannt machte, will Graf Pädler jetzt den letzten entscheidenden Kampf gegen das Berliner Judentum aufnehmen. Nachdem er die bekannnten Vorgänge seiner Verhaftung und des Prozesses in Wlogau geschildert hatte, beklagte er, daß alle seine Opfer für das deutsche Volk beinahe nutzlos erschienen, denn noch immer sei kein Jude in Berlin verbannt worden. Zur Lösung der Judenfrage machte er dann Vorschläge, die so drastisch waren, daß der überwachende Polizeileutnant die Versammlung auflöste. Die personellste Menge blieb zunächst im Saale, brachte dem Grafen stürmische Ovationen und sang „Deutschland über alles“. Etwa 20 Schupste, die plötzlich aus einem Nebenzimmer kamen, räumten darauf den Saal gewaltsam. Graf Pädler war über die Auflösung sehr erregt.

**Wolle vor dem Kaufmannsgericht.**

Vor etwa Monatsfrist hatten wir Gelegenheit, über eine Verurteilung der Firma G. Wollle zu berichten und schon wieder sind wir in der Lage, unseren Lesern einen neuen Streitfall aufzuzeichnen, der viel des Interessanten bietet, was sich so hinter den grauen Mauern der Volksherrschaft abspielt. Diesmal liegt der Streitfall fast ein Jahr zurück und der Kläger hat sich die Sache nur bis zur Eröffnung der Kaufmannsgerichte vorbehalten. Die Verhandlung fand gestern vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Herrn Hofassessor Liebrecht statt. Für die beklagte Firma erschienen wieder Herr Dr. Karl Wollle nebst einem feinen Zeugenapparat, der eventuell der Lage den Boden entziehen helfen sollte. Der Kläger war nach längerer Tätigkeit als Kantorist bei Wollle im August vorigen Jahres plötzlich gekündigt worden, da er sich nach der Meinung einiger Vorgesetzten nicht mehr für den Beruf eigne. Da es ihm nun aber nicht gelang, sofort eine andere Stellung zu finden, so erklärte sich Wollle bereit, den Kläger in einem anderen Bureau zu beschäftigen, jedoch mußte er einen Noters unterschreiben, in welchem er sich mit einer einjährigen Kündigungsfrist einverstanden erklärte. Das Bureau, in dem er nun beschäftigt wurde, führt den Namen „Warenechnungs-Bureau“, aus dem wöchentlich nicht weniger als 44 000 Rechnungen herausgeschafft werden müssen. Als nun der junge Mann eines schönen Tages durch irgend ein geringfügiges Versehen wieder einmal das Mißfallen eines Vorgesetzten erregt hatte, wurde er, wenige Wochen vor dem Weihnachtsfest, Anwalt und Hof vor die Tür gesetzt. Der Kläger verlangte nun bis zum Ablauf der damaligen monatlichen Kündigungsfrist das Gehalt für 1½ Monat in Höhe von 225 Mark, indem er sich darauf stützte, daß das Gesetz eine einjährige Kündigungsfrist nicht kennt. Die Firma Wollle aber habe es zum Gebrauch erhoben, Arbeitskräfte mit täglicher Kündigung einzustellen, um sich so den gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfrist auf Kosten der letzteren nicht auf honorarischen Angelegenheiten zu entziehen. Herr Dr. Karl Wollle machte, da er mit der einjährigen Kündigungsfrist einverstanden war, geltend, daß der betreffende Posten nur eine Ausschäftsstellung repräsentiere und nachher nicht mehr besetzt worden sei. Er führte auch, um dieses dem Gericht glaubwürdig zu machen, einige seiner Angestellten als Zeugen vor, die natürlich unter einem unwiderstehlichen Druck alle seiner Behauptung beistimmten. Aber auch der Kläger hat einen Zeugen, nämlich denjenigen Herrchen, der nach seiner Entlassung seiner Rollen eingekommen hat, und diese Tatsache auch offen bezeugt. Durch diesen einen Zeugen wurden die Aussagen des Herrn Wollle und seiner Zeugen vollständig hinfällig, und es konnte als erwiesen hingestellt werden, daß auch von einer Ausschäftsstellung keine Rede gewesen sein kann. Es mußte also auch hier wieder das Urteil gegen Wollle ausfallen. Da es dem Kläger möglich gewesen war, sich während der Kündigungszeit circa 50 R. durch Adressenschriften zu verdienen, so mußte er sich auf Antrag der Beklagten diese Summe von dem Klageobjekt abgeben lassen, so daß ihm nur noch 175 R. als berechtigte Forderung zugesprochen werden konnten.

**Arbeiter-Samariter-Kolonne.** Wir machen die Arbeiterschaft Berlins und der Vororte darauf aufmerksam, daß in unseren An-

teilungen demnächst ein neuer Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfeleistung bei plötzlichen Unglücksfällen beginnt. Der erste Vortrag in jeder Abteilung betrifft den Bau des menschlichen Körpers; es steht jedem der Besuch dazu frei. Die Kolonne hat ihren Wirkungsfreis durch Errichtung von zwei Vorortabteilungen bedeutend erweitert. Es beginnt der Kursus in der ersten Abteilung Dienstag, den 10. Oktober; in der zweiten Abteilung Montag, den 16. Oktober; in der dritten Abteilung Donnerstag, den 12. Oktober; in der vierten Abteilung Donnerstag, den 19. Oktober. Die Eröffnung einer fünften Abteilung ist bei genügender Beteiligung beschlossene worden. Der Einführungs-Vortrag hierzu findet am Freitag, den 13. Oktober im Restaurant des Genossenschaftshauses Stargarderstr. 3 statt. Das Samariterwesen zu erlernen ist für Arbeiter und Arbeiterinnen ganz besonders zweckmäßig, denn es dauert bei Unglücksfällen auf Bauten und in Fabriken häufig recht lange, bis ein Arzt zur Stelle ist, der dann auch meistens nicht weiter tun kann, als Notverbände anlegen und den Transport ins Krankenhaus anordnen. Bis der Arzt kommt, kann zum Vorteil für den Verletzten von einem ausgebildeten Samariter sehr viel geleistet. Deshalb ist der Besuch eines Kursus jedem, namentlich auch den Frauen und denen, welchen ein Verbandskasten zur Verfügung steht, zu empfehlen. Allen Interessenten wird auf Wunsch der Lehrplan vom Vorsitzenden C. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, zugehändelt. Wir erlauben, ganz besonders die Inserate in der Sonntags-Nummer zu beachten.

**Auf Säuerwohnung** ist ein Mord- und Selbstmordversuch zuzuführen, der sich in der vorerwähnten Nacht in Nixdorf ereignete. Der dem Trunk ergebene 42jährige Arbeiter Hermann Heimers, der in der Hermannstr. 22 wohnt, ergriff vorgestern im Zustande des Deliriums ein Messer, mit dem er seine Ehefrau zu erschlagen versuchte. Mit Mühe wehrte die Frau die Beihilfe ab, indem sie sich mit einem vorgehaltenen Stuhl schützte. Der Kärrer weckte die schlafenden Kinder. Sie sprangen aus den Betten und stiehlen den Töblichen an, die Mutter lebte zu lassen. Der Kärrer brachte einen Moment, und dies beunruhigte Frau Heimers, um mit den Kindern aus der Wohnung zu flüchten. Sie eilten zur Polizei, die drei Schupstele nach dem Hause absandte. Als die Beamten ankamen, lag Heimers zusammengebrochen am Fußboden. Er hatte eine Flasche mit Lysol geleert. In bedenklichem Zustande wurde er nach dem Nixdorfer Krankenhaus übergeführt.

**Verbrecher oder Geisteskranker?** Ein seltsames Treiben eines unbekanntem Mannes ist zur Kenntnis der Kriminalpolizei gekommen. Bei Hausbesuchen erschien um die Mittagszeit ein gutgekleideter Mann, der sich als Kriminalkommissar Groß vorstellte und mitteilte, er habe von der Staatsanwaltschaft den Auftrag, falsches Papiergeld und gefälschte Wertpapiere zu beschlagnahmen. Der Hausbesitzer sei ebenfalls verdächtig, solche Fälschungen in den Verkehr zu bringen. Er müsse ihn daher erfragen, ihm alles, was er an Papiergeld und Wertpapieren besitze, zur Verfügung zu übergeben. Hierbei entnimmt der Mann seiner Mappe ein Stück Papier, das so ausseht, als ob es von der Staatsanwaltschaft oder sonst einer Behörde herrühre, verzeichnet alle Papiere, die man ihm übergibt, schreibt Groß, Kriminalkommissar darunter, steht das Verzeichnis mit den Papieren in einen Umschlag und verschließt diesen, um ihn mitzunehmen. In einem Falle teilte er einem Hausbesitzer, der ihm versicherte, daß er keinerlei Papiere besitze, mit, daß er eine Verfügung von der Staatsanwaltschaft bekommen werde. Einem alten Herrn dagegen, der ihm alles ansahndigte, nahm er mit nach dem Polizeipräsidium und führte ihn hier über viele Treppen und Gänge, indem er hier und da an eine verschlossene Tür klopfte. Sobald er merkte, daß der Hauseigentümer nicht nachkam, gab er ihm den Umschlag mit den Papieren zurück und bat ihn, einen Augenblick zu warten, entfernte sich unter dem Vorwande, daß er noch rasch erst einen Kollegen sprechen wolle, und kam nicht wieder. In seinem Fall hat der sonderbare Mann, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, Geld oder Geldewert erbeutet. Man nimmt an, daß er entweder kommt, um Selbsterlösen zu beschaffen und Einbrüchen oder Verbrechen auszuführen, oder daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hat. Wahrscheinlich ist dieses. Denn der falsche Kriminalkommissar ist nach der Ermordung der Frau Schürm auch in der Zeuthener Gegend aufgetreten. Die Hauswirte, die er regelmäßig um die Mittagszeit aufsucht, sind alte Leute, die auf seinen Schwindel leichter eingehen als jüngere. Der falsche Kommissar ist etwa 30 Jahre alt und schlank, hat einen dunkelblonden Schurzort, spricht ein dialektfreies Deutsch, geht gut gekleidet und trägt eine dunkelbraune Alenmappe unter dem Arm. Niemand sollte einem Besucher, der sich als Kriminalbeamter einführt, etwas ansahndigen, ohne sich die Erlaubungsmarle zeigen zu lassen, die jeder Beamte führen muß, sei es ein Kommissar oder ein Unterbeamter.

**Ein schreckliches Ende** nahm gestern abend spät eine Ehe, die erst seit acht Tagen bestand. Der 22 Jahre alte Konditor Wilhelm Haas erbt von seinen Eltern, die in Darmstadt eine Konditorei besaßen und vor 1½ Jahren starben, ein ansehnliches Vermögen. Er ging nach München und war dort bis vor drei Monaten beschäftigt. Dann kam er nach Berlin. Hier heiratete er vor acht Tagen ein Fräulein S., das in München Direktice in einem Konfektionsgeschäft gewesen war, und das er dort kennen gelernt hatte. Das Ehepaar machte nun in der Eisslerstr. 17 einen Zigarettenladen auf. Haas hatte aber schon nach wenigen Tagen seinen Gefallen mehr an dem Unternehmen. Von jeder leichtsinnig, vernachlässigte er das Geschäft und lag viel in Kneipen, wo er alle Gäste freizulassen pflegte und mitunter am einem Abend einige Hundert Mark ausgab. Gestern holte ihn seine Frau um 11 Uhr abends aus einem übelbeleuchteten Lokal in der Eisslerstraße nach Hause. Hier kam es darüber zu einem heftigen Wortwechsel. Bald nach Mitternacht bat Haas seine Frau, ihm ein Glas Wasser zu holen. Als sie nach der Küche ging, jagte er sich in Zimmer eine Revolverkugel in den Kopf. Nach 10 Minuten starb er unter den Händen eines Arztes, der von der Unfallstation in der Eichenborststraße geholt wurde.

Um 10 600 Mark befristet wurde gestern nachmittag eine Dame in einem großen Geschäftshause in der Spandauerstraße. Sie hatte den Betrag in Papiergeld zu sich gesteckt, um ihn auf eine Bank zu bringen. Statt gleich dorthin zu gehen, nahm sie ihn in ihrem grauweißen Handtäschchen mit in das Geschäftshaus, wo sie sich einen Hut kaufen wollte. Nur einen Augenblick legte sie das Täschchen, das einen Metallverschluss und ein Riefelchen hat, in der Damenabteilung aus der Hand. Als sie sich dann wieder nach ihm umwandte, war es verschunden. Das Täschchen enthielt außer dem Papiergeld (10 Tausendmark) und 6 Einhundertmarktscheinen) noch ein Täschchen mit Visitenkarten, einen silbernen Taschenspiegel, ein silbernes Notizbuch und eine Marke zum Abholen eines Käfers von der Firma Sauerwald in der Leipzigerstraße. Die Beschlagnahme merkte alsbald ihren Verlust und machte der Kriminalpolizei Anzeige. Die Nachforschungen nach dem Täschchen und der Diebin blieben jedoch erfolglos. Der Täschchen verdächtig ist eine Frau, die sich mit einem Knaben schon längere Zeit in der Damen-Stubenabteilung aufgehalten, die Fragen der Verkäuferinnen, ob sie schon bedient werde, jedesmal bejahte, bei der Entdeckung des Diebstahls sich aber entfernt hatte. Zurückgelassen hat die vermutliche Diebin ihre Handtasche, eine wertvolle schwarzlederne Tasche mit einem edigen auf der einen Seite durchgehenden und auf der anderen Seite glatten Metallbügel und Kurbelverschluss und gelber Metallkette. Diese Tasche enthielt eine kleine Teeserviette mit Franzen und siebenziger Krone, aber ohne Zeichen.

**Vermißt** wird seit dem 27. v. M. der Laufbursche Bruno Purps, 10. 12. 1890 in Berlin geboren, Schönbergerstraße 18 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Er ist 155 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, braune Augen, vollständige Zähne und gesunde Gesichtsfarbe. Bei seinem Fortgang war er bekleidet mit weißem, schwarzen Hut, dunklem Jacketanzug, Schnürhiebeln, schwarzen Strümpfen und weißen Hosen. Führt vor Strafe dürfte wohl die Veranlassung seines Verschwindens sein. Nachrichten über den Ver-

bleib des Vermissten werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstraße 8/6, Zimmer 334, schriftlich oder mündlich zu Tagebuchnummer 6036 IV. 33. 05 entgegengenommen.

**Das Programm zum Herbstfest der „Freien Volkshäuser“** ist, wie man dies bei diesem Verein nicht anders gewohnt ist, mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Als Ehrenpräsident tritt Fräulein Beska auf, als Pianistin Fräulein Sommerer; ferner wirken mit Herr Konzertmeister Wittenberg, Herr Konzertführer Dallmann, Herr Kapellmeister Holzappel und als Dirigent des gemischten Chors Herr Vaitle. Aus den Konzertsälen nennen wir den von Herrn Dallmann gesungenen Prolog aus Volzazi, Beechobens Kreuzer-sonate, auf Klavier und Violine von Herrn Wittenberg und Fräulein Dallmann vorgetragen, Kantate in F-Dur von Beechoben und Verania von Chopin (Fräulein Sommerer), Air von Joh. Sebastian Bach (Herr Wittenberg) und Mendelssohns Vorschau-Finale, das vom Vaitleisen gemischten Chor vorgetragen wird. Das Herbstfest findet am Sonnabend, 14. Oktober, abends 8½ Uhr, statt.

**Das Programm des Passage-Theaters** ist in diesem Monat vortrefflich zusammengestellt. Der Humorist Werner Goldmann wech mit seinen oft recht witzigen Einfällen das Publikum zu unterhalten und der Mimiker Hugo Soltoro ist ein tüchtiger Darsteller von Charakterrollen. Unter den Aktiven nennen wir die Schauspieler Herr als tüchtige Artisten und ebenso die Gebrüder Germania. Als Jongleur leistet Herr Marschal ganz ungewöhnliches. Unter den Damen ist Tina Servais als vorzüglich geschulte Sängerin zu nennen; die „Fleurs d'Orange“ stellen bühnliche Szenen aus dem holländischen Leben dar und die graziose Mad Deserz tanzt in ihrer eigentümlichen Weise einen originalen Föhlykentang. Auch ein weiblicher Improvisator tritt auf: Henri Gnuicard verblüfft durch die Gewandtheit, mit der sie ihre Witzspitzungen zum besten gibt. Zum Schluß nennen wir noch als sehr stimmungsvoll die Apenjane von Georg und Gusti Eder und die russische Gesangs- und Tanztruppe Kuanamaroff. Alles in allem ist den Leistungen des Passage-Theaters das Beste zu folgen.

**Ueber die Bekämpfung des Menschen** wird Herr August Kahl aus Jena auf Veranlassung der freireligiösen Gemeinde sechs öffentliche Vorträge halten, die von 40 künstlerisch angeführten Bildtafeln begleitet sind. Der Eintrittspreis zu diesen Vorträgen beträgt nur 30 Pf. Herr Kahl ist im Zoologischen Institut zu Jena unter Leitung des Professors Hädel tätig und besitzt von dem berühmten Gelehrten die besten Empfehlungen. Hoffentlich wird das Vorhaben der freireligiösen Gemeinde durch zahlreichen Besuch belohnt. Näheres ist im Inseratenteil der heutigen Nummer enthalten.

**Die erste Brauerei-Maschinen-Ausstellung**, verbunden mit einer Gerste- und Hopfen-Ausstellung sowie einer Pferdeausstellung, wird auf dem Gelände des Instituts für Gärungswende, Berlin A, Seestraße, am 7. Oktober mittags 12 Uhr eröffnet. Die Ausstellung dauert bis zum 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

**Urania.** Der Afrikareisende C. O. Schillings hat sich bereit erklärt, seinen Vortrag „Tierleben in der ostafrikanischen Steppe“, welchen er mit einer großen Anzahl neuer Bilder heut vor dem Kolonialkongress halten wird, am Montag noch einmal persönlich im wissenschaftlichen Theater der Urania zu wiederholen.

### Vermischtes.

**Ueber die Festnahme eines Hamburger Betrügers** wird aus Boston, 4. Oktober, telegraphiert: Auf Ersuchen der Hamburgischen Polizei wurde ein mit dem Red Star-Dampfer „Marquette“ hier eingetroffener Deutscher namens Wilhelm Strauch von den Einwanderungsbehörden festgenommen. Der angebliche Wilhelm Strauch soll in Wirklichkeit ein gewisser Julius Etanus sein, der mit 100 000 Dollar Vertrauensgeldern flüchtig geworden ist. In seiner Begleitung befand sich eine Frau, die sich Marks nannte. Sie wurde ebenfalls festgenommen, da die Tatsache, daß beide zusammen reisen, nach den amerikanischen Einwanderungsregeln für ihre Festhaltung genügt, bis die Identität des Strauch festgestellt ist.

**Tunnelskurs.** Wien, 5. Oktober. Der „Neuen Freien Presse“ wird von einem besonderen Berichterstatter gemeldet: Nach Nachrichten aus Raibach haben im Bocheiner Tunnel zwei Einstürze stattgefunden, der eine auf der Nordseite des Tunnels bei Wimbbaum auf eine Länge von 80 Metern, der zweite auf dem Südbau. Die Eröffnung der Bocheiner Bahn soll dadurch eine Verzögerung von einem halben Jahre erleiden. — Wien, 5. Oktober. Die Wittermeldung von Einstürzen im Bocheiner Tunnel werden von amtlicher Seite als unbegründet bezeichnet.

**Gefundene Antiquitäten-Sammlung.** In Paris wurde dem amerikanischen Egyptologen Zimmermann in einem Hotel seine Sammlung ägyptischer Altertümer im Werte von angeblich 1 Million Frank gestohlen. Ein in demselben Hotel wohnhafter Engländer wurde verhaftet, doch wurden bei ihm nur einige wenige Stücke der Sammlung gefunden.

**Eisenbahnunglück.** Mailand, 5. Oktober. Ein von Modena kommender Personenzug stieß infolge falscher Weichenstellung mit einem stehenden Zuge zusammen. Ein Bremser und fünf Reisende sind schwer verletzt, zwei Wagen vollständig zerrummert.

**Berliner Marktpreis.** Aus dem amtlichen Bericht der kaiserlichen Reichsanwaltschaft. Rindfleisch la 65-71 pr. 100 Pfund, Ia 58-63, IIa 52-57, IVa 48-50, Kalbfrisch la 86-93, IIa 75-83, IIIa 63-72, Hammelfleisch la 66-76, IIa 52-64, Schmelzfleisch 68-75, Kaninchen Stück 60-80 Pf. Retwid Pfund 30-50 Pf. Rebhühner, junge la 1.00 bis 1.25, junge IIa 0.60-0.90, junge keine 0.00-0.00, alte Ia 0.70-0.80, alte IIa 0.00-0.00. Hühner, alte 1.00-1.50, junge 0.50-1.20 das Stück. Tauben, junge 0.35-0.50, alte 0.00-0.00. Enten, junge 1.20-2.50, Gänse, junge Ia 3.50-4.30, IIa 2.50-3.00 pr. Stück, Ia 0.55-0.61, IIa 0.45-0.52 pr. Hund. Gochte 102-114 Pf. Schafe 112 Pf., Kalb, groß 93.00, mittel —, Wölfe 46-51 Pf. Karven 67-70, Zerk —, Schellfische —, Runder 19-25 pr. 100 Pfund. Schottische Wolle (gefalten) 40-43 Pf. Krelle, keine, Schaf 0.00, unsortiert —, Her, Schaf 3.50-4.00, Woller pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 100-108, Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 1.60-2.00, Rosen 1.60-1.75, blaue 0.00-0.00, runde weiße 1.50-1.75, Wintertoll pr. Schaf 3.00-7.00, Weißtoll 2.00-5.00, Rottoll 4.00-6.00, Saure Enten, neue Schaf 2.—

**Weiter-Prognose für Freitag, den 6. Oktober 1905.** Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und ziemlich starken nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstand am 4. Oktober.** Elbe bei Hufsch — 0.20 Meter, bei Dresden — 1.63 Meter, bei Magdeburg + 1.13 Meter, — Hückner bei Strauburg + 1.15 Meter, — Oder bei Waidlober + 0.98 Meter, bei Weickan Übergel + 4.88 Meter, bei Weickan Untergel — 1.58 Meter, bei Frankfurt + 0.88 Meter, — Weickel bei Zwanzünde + 2.21 Meter, — Warthe bei Posen —, — Meter, — Neys bei Huf + 0.90 Meter.

**Charlottenburg.**  
F. Kunstmann,  
nur Wallstr. 1  
Uhren und  
Goldwaren.  
Großes Lager  
Billige Preise. 1698  
Reparaturen schnell und billig.



**Charlottenburg.**  
Für Anfertigung sämtlicher Schloßarbeiten sowie Reparaturen in eigener Werkstatt empfiehlt sich den Parteilichen  
1978  
**Otto Kühnke,**  
Wilmersdorferstr. 48.